



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
29. September 2016

Protokoll **Nr. 51**

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 30. Juni 2016, 09.00–16.35 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann

Präsenz:
Anwesend sind 44–46 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:
Judith Dörflinger Muff und Joseph Schärli für die ganze Sitzung, Reto Kessler bis 14.30 Uhr und Stefan Sä-gesser bis 14.10 Uhr

Der **Stadtrat** ist vollzählig erschienen.

Vereidigung von Beat Züsli als neuer Stadtrat und Stadtpräsident (Seite 48).

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	3
2. Wahl der Spezialkommission Neues Theater Luzern (NTL)	4
3. Genehmigung des Protokolls 48 vom 21. April 2016	5
4. Bericht und Antrag 2/2016 vom 13. April 2016: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015	5
4.1 Interpellation 321, Noëlle Bucher und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 1. März 2016: 19 Millionen Ertragsüberschuss: Wie kommt der Stadtrat zu diesem Ergebnis?	20
4.2 Motion 322, Noëlle Bucher und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 1. März 2016: Der Ertragsüberschuss soll dem städtischen Personal zugutekommen!	20
4.3 Interpellation 333, Ali R. Celik, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 23. März 2016: Wie wirkt sich das kantonale Konsolidierungsprogramm auf die Stadt Luzern aus?	24

5.	Bericht 12/2016 vom 4. Mai 2016: Tagesstrukturen in der Volksschule. Entwicklungen und Konsequenzen 2018–2021	29
5.1	Postulat 300, Noëlle Bucher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion vom 23. November 2015: Additive Tagesschule quaternah umsetzen!	42
5.2	Postulat 303, Noëlle Bucher und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 14. Dezember 2015: Einführung Mittagstisch in der Sekundarschule	42
–	Dringliche Interpellation 350, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion, Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion vom 8. Juni 2016: „Rechtsstaatlichkeit verlangt Transparenz!“	42
6.	Bericht und Antrag 10/2016 vom 20. April 2016: Gletschergarten Luzern – Beitrag an das Projekt „Fels“	49
7.	Bericht und Antrag 11/2016 vom 27. April 2016: Abschreibung von Motionen und Postulaten	55
8.	Interpellation 302, Theres Vinatzer und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. Dezember 2015: Sind KITAS für Familien und Alleinerziehende in den unteren Einkommensklassen zu teuer?	56
9.	Postulat 311, Joseph Schärli und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016: Verbesserung der ÖV-Anbindung Reussbühl	59
10.	Interpellation 306, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Januar 2016: Was kostet das Parking Musegg den Steuerzahler bereits heute?	59
11.	Postulat 304, Martina Akermann und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion sowie Albert Schwarzenbach vom 23. Dezember 2015: Luzern wird eine Fair Trade Town	60

Eingänge

1. Einladung zur 51. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 30. Juni 2016
2. Protokoll 48 Grosser Stadtrat vom 21. April 2016
3. Protokoll 34 Bildungskommission vom 30. Mai 2016
4. Protokoll 40 Geschäftsprüfungskommission vom 2. Juni 2016
5. Protokoll 16 Geschäftsleitung vom 9. Juni 2016
6. Bericht und Antrag 2/2016 vom 13. April 2016: „Stadtratsbeschluss 368: Geschäftsbericht

und Jahresrechnung 2015. Rückmeldung GPK"

7. Bericht und Antrag 13/2016 vom 25. Mai 2016: „Initiative ‚Lebendiges Inseli statt Blechlawine‘“
8. Bericht und Antrag 14/2016 vom 22. Juni 2016: „Neues Theater Luzern / Salle Modulable. Perspektiven für das künftige Theaterangebot in Luzern“
9. Interpellation 349, Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion, Laurin Murer und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 7. Juni 2016: „Neue Tiefgarage im Sentihof“
10. Dringliche Interpellation 350, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion, Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion, Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion vom 8. Juni 2016: „Rechtsstaatlichkeit verlangt Transparenz!“
11. Postulat 351, Katharina Hubacher und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, Roger Sonderegger und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion vom 20. Juni 2016: „Bauen mit einheimischem Holz fördern“
12. Stellungnahme zum Postulat 304, Martina Akermann und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion sowie Albert Schwarzenbach vom 23. Dezember 2015: „Luzern wird eine Fair Trade Town“
13. Antwort auf die Interpellation 306, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Januar 2016: „Was kostet das Parking Musegg den Steuerzahler bereits heute?“
14. Stellungnahme zum Postulat 311, Joseph Schärli und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016: „Verbesserung der ÖV-Anbindung Reussbühl“
15. Stellungnahme zum Dringlichen Postulat 347, Noëlle Bucher, Ali R. Celik, Urban Frye und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 30. Mai 2016: „Verantwortungsvolles Vorgehen und transparente Kommunikation im Rahmen des Projekts ‚Reorganisation Stadtverwaltung‘“

Beratung der Traktanden

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann begrüsst die Anwesenden zur Sitzung und gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Deckblatt).

Bei der Vereidigung von Beat Züsli, die gleich nach der Mittagspause stattfindet, wird Robert Knobel für die Neue Luzerner Zeitung ein paar Fotos machen. Bei Traktandum 6, Gletschergarten, wird Raphael Prinz vom Schweizer Radio und Fernsehen SRF Filmaufnahmen erstellen. Die Sprechende wünscht Korintha Bärtsch alles Gute zum Geburtstag. [Der Rat singt „Happy Birthday“.]

Zur Traktandenliste

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Der Stadtrat opponiert nicht der **Dringlichkeit** der **Motion 348**, Lisa Zanolla-Kronenberg, Mirjam Fries, Martina Akermann, Ernst Brunner, Reto Derungs, Sandra Felder-Estermann, Urban Frye, René Meier und András Özvegyi namens der Bildungskommission vom 31. Mai 2016: „**Pensensituation Schulleitungen Volksschule Stadt Luzern**“.

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion 348 für dringlich. Sie wird an der übernächsten Sitzung vom 29. September 2016 behandelt.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Der Stadtrat opponiert nicht der **Dringlichkeit** der **Interpellation 350**, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion, Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion vom 8. Juni 2016: „**Rechtsstaatlichkeit verlangt Transparenz!**“

Der Grosse Stadtrat erklärt die Interpellation 350 für dringlich. Sie wird im Anschluss an Traktandum 5.2 behandelt.

2. Wahl der Spezialkommission Neues Theater Luzern (NTL)

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann schlägt vor, die Kommissionsmitglieder in globo und offen zu wählen.

Aus dem Grossen Stadtrat opponiert niemand diesem Vorgehen.

Der Grosse Stadtrat wählt folgende Mitglieder in die Spezialkommission Neues Theater Luzern (NTL):

Michael Zeier-Rast (CVP)
Albert Schwarzenbach (CVP)
Sandra Felder-Estermann (FDP)
Fabian Reinhard (FDP)
Korintha Bärtsch (G/JG)
Urban Frye (G/JG)
Jules Gut (GLP)
Maria Pilotto (SP/JUSO)
Simon Roth (SP/JUSO)
Marcel Lingg (SVP)
Peter With (SVP)

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann wünscht der Kommission eine gute Arbeit und bittet die gewählten Mitglieder sowie Finanzdirektor Stefan Roth und Baudirektorin Manuela Jost,

in der Morgenpause zum Stadtschreiber-Stv. Daniel Egli zu gehen, um die Sitzungstermine zu vereinbaren.

In der Nachmittagspause sind die Geschäftsleitungsmitglieder gebeten, mit der Agenda bei Stadtschreiber Toni Göpfert und der Sprechenden vorbeizugehen.

3. Genehmigung des Protokolls 48 vom 21. April 2016

Das Protokoll 48 vom 21. April 2016 wird genehmigt.

4. Bericht und Antrag 2/2016 vom 13. April 2016: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015

EINTRETEN

Geschäftsprüfungskommissionsvizepräsident Peter With: Die Geschäftsprüfungskommission hat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung an ihrer Sitzung vom 2. Juni beraten. Dabei gab insbesondere der hohe Gewinn Anlass zu Diskussionen. Der Stadtrat zeigte auf, dass das erfreuliche Ergebnis vorwiegend durch einmalige und schwer zu budgetierende Erträge entstand. Mit der Auslagerung der städtischen Heime gab es einen Buchgewinn durch Wertberichtigung in der Höhe von 9,6 Mio. Franken, hinzu kamen überdurchschnittlich hohe Grundstücksgewinne und Erbschaftssteuern in der Höhe von 8,3 Mio. Franken sowie höhere Gebührenerträge durch mehr Amtshandlungen. Inhaltlich hatte die Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung keine Anträge. Aber bei der Gewinnverwendung gab es zwei Änderungen. So lehnte die Kommission eine Rückstellung von 3,3 Mio. Franken für eine zukünftige Sanierung der Pensionskasse ab. Nachdem die Pensionskasse mit dem B+A 4/2016: „Ausgleichsgutschriften auf den Altersguthaben des städtischen Personals“ gerade erst erneut saniert wurde, sieht eine Mehrheit der Kommission keine Notwendigkeit, schon wieder eine Vorinvestition in eine weitere zukünftige Sanierung zu planen. Die Kommission lehnte es ebenfalls ab, eine Einlage in die Vorfinanzierung Energiesparmassnahmen für stadteigene Liegenschaften in der Höhe von 1 Mio. Franken vorzunehmen. Wenn die Stadt Luzern energetische Sanierungen bei eigenen Liegenschaften tätigen will, kann sie das Geld direkt aus dem Eigenkapital nehmen und braucht dazu nicht den Umweg über eine Vorfinanzierung ohne konkrete Projekte zu gehen. Durch diese Änderung bei der Gewinnverteilung würde sich der Ertragsüberschuss von 9,1 Mio. Franken auf neu rund 13,4 Mio. Franken erhöhen, und der Gewinn würde dem Eigenkapital zugeschlagen, das neu 22,5 Mio. Franken betragen würde. Die GPK war für Eintreten und stimmte dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung zu.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Nach dem Eintreten oder auch schon während des Eintretens kann zu Traktandum 4.1 (Interpellation 321) gesprochen werden.

René Peter: Der Geschäftsbericht zeigt die Vielfalt der Aufgaben einer Stadt auf und ist gleichzeitig Zeugnis der in der Stadt Luzern täglich erbrachten Leistungen. Man kann stolz sein auf das, was mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erreicht wurde.

Erfreulicherweise schliesst die Rechnung der Stadt Luzern nach 2014 zum zweiten Mal mit einem Überschuss ab. Das Ergebnis ist geprägt von zum Teil einmaligen Ereignissen wie der Verselbstständigung der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen zur Viva Luzern AG und durch höhere Einnahmen bei den Sondersteuern, Grundstücksgewinnsteuern und Erbschaftssteuern. Dank einer hohen Ausgabendisziplin ist es gelungen, die Ausgaben zu senken und die Budgetvorgaben einzuhalten. Deshalb gebührt ein grosser Dank dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung.

Die finanzielle Lage der Stadt Luzern ist etwas weniger angespannt und hat für die Zukunft etwas Luft; das sieht man auch in der Finanzplanung bis 2021. Die FDP-Fraktion warnt aber vor einer Euphorie und hofft, dass weiterhin haushälterisch mit den Finanzen umgegangen wird. Die Herausforderungen in den kommenden Jahren sind gross, wenn man an die Schulhäuser mit einem Investitionsvolumen von über 150 Mio. Franken denkt. Deshalb ist die Fraktion auch mit der Einlage von 8 Mio. Franken in die Vorfinanzierung der Schulinfrastruktur einverstanden. Mit dem Projekt Haushalt im Gleichgewicht hat man den richtigen Weg eingeschlagen. Der Finanzhaushalt kann auch in der kommenden Periode 2017–2021 ausgeglichen gestaltet werden. Jedoch soll primär durch Effizienzsteigerung in der Verwaltung und nicht an der Front bei den Bürgern gespart werden.

Trotz des guten Abschlusses braucht es weiterhin eine wirksame Konsolidierung des städtischen Finanzhaushalts. Die Stadt muss als Daueraufgabe stets über Leistungen und Leistungsstandards diskutieren und die Positionierung als Gemeinwesen auch innerhalb des Kantons festigen. Gerade mit dem KP17 soll sich die Stadt Luzern mit allem dafür einsetzen.

Der Selbstfinanzierungsgrad übertraf den Zielwert von 100 % deutlich, und das Ziel „Stopp der Nettoverschuldung“ konnte erfreulicherweise ebenfalls erreicht werden.

Die Stadt Luzern braucht neben dem gemeinnützigen Wohnungsbau auch Wohnungen auf dem freien Markt, die hohen Ansprüchen genügen. Ebenso gefragt sind Büroflächen. Zusätzliche Gelder sollen nicht durch Schrauben am Steuerfuss, sondern in erster Linie mit Wachstum erzielt werden. Für die FDP-Fraktion kommt eine Steuererhöhung in den nächsten Jahren deshalb gar nicht in Frage.

Was der Fraktion aber Sorge bereitet, ist die Wirtschaftsförderung der Stadt Luzern. Trotz Aufstockung der Stelle für Wirtschaftsfragen verlassen namhafte Firmen wie Swisscom, Mobility, Musik Hug oder EF Schulen die Stadt Luzern. Der Wirtschaftsstandort Luzern muss unbedingt durch vermehrtes Engagement und verbesserte Rahmenbedingungen der Stadt Luzern gestärkt werden.

Die FDP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Rechnung ein und wird bei der Gewinnverwendung grossmehrheitlich den Anträgen der GPK folgen. Grundsätzlich ist die FDP-Fraktion gegen verschiedene „Kässeli“. Dies widerspricht der Transparenz und auch den buchhalterischen Grundlagen. Rückstellungen sind legitim, wenn es ein konkretes Projekt gibt, wie z. B. die Schulhäuser. Ein allgemeines Kässeli wie bei der Einlage in die Vorfinanzierung Energiemassnahmen steht im Widerspruch zu den buchhalterischen Grundsätzen. Es geht hier um Buchhaltung und nicht um das Thema Energie. Auch die FDP-Fraktion unterstützt energetische Massnahmen, ist jedoch der Meinung, dass diese jeweils im Voranschlag oder im entsprechenden Projekt transparent budgetiert werden sollen.

Daniel Furrer: Ganze 27 Mio. Schweizer Franken beträgt der eigentliche Überschuss der Stadt Luzern im Jahr 2015. Zählt man gar noch die zwei einmaligen Erträge aus der Auslagerung HAS und der Anpassung Steuerdelkredere dazu, sind wir bei sage und schreibe 79 Mio. Franken. Das sind die Zahlen vor den vielen Rückstellungen, Einlagen und Wertberichtigungen, die dieses Wahnsinnsergebnis schlussendlich auf 9,118 Mio. Franken schrumpfen liessen. Die Stadt Luzern hat sich also bei der Budgetierung unter dem Strich um 79 Mio. Franken verschätzt. An die Medienschaffenden: Diese Zahlen sollte die Öffentlichkeit wissen. Eigentlich müsste man sich ja freuen über ein solches Ergebnis. Über positive Zahlen in einem Jahresabschluss hat sich der Sprechende aber noch selten so geärgert wie dieses Mal und noch selten kam er sich so an der Nase herumgeführt vor. Nicht nur, dass der Stadtrat mit der späten Herausgabe des Jahresabschlusses das Resultat der Budgetabstimmung wesentlich beeinflusste. Nein, noch gut hat der Sprechende die Diskussionen in den Kommissionen und hier im Rat im Ohr, wo teilweise um läppische Beträge, wie z. B. 25'000 Franken für den Quartierpool, gefeilscht wurde – ohne Erfolg. Eine Mehrheit glaubte den Horrorszenarien des Stadtrates und sperrte sich gegen jeden Kompromiss. Vergebens wies die SP/JUSO-Fraktion immer wieder darauf hin, dass die finanzielle Situation der Stadt Luzern nicht so schlecht ist, wie sie schlechtgeredet wird, und dass ein Sparen auf Vorrat deshalb auch keinen Sinn macht. Vergebens bekniete sie sogar die CVP-Fraktion – notabene die Partei des Finanzdirektors –, doch wenigstens in ein paar wenigen Punkten nachzugeben, um ein zeit-, nerven- und geldaufreibendes Referendum abzuwenden. Die Frage – wie sie in der Interpellation 321 von der G/JG-Fraktion gestellt wurde –, wieso ein solches Ergebnis nicht früher vorhersehbar war, und warum nicht früher informiert wurde, ist sehr berechtigt, und die Antwort wenig zufriedenstellend. Angesichts dieser fast schon gigantischen Fehleinschätzung muss man sich schon die Frage stellen, ob nicht das stadtinterne Controlling grundlegend neu aufgelegt werden müsste.

Es geht hier nicht darum, dass die Linken das Budgetreferendum verloren haben. Es geht eher darum, dass wichtige Leistungen und nachhaltige Entwicklungsmassnahmen unnötig gestrichen wurden. Das Allerschlimmste an diesem sagenhaften Jahresabschluss ist aber die Tatsache, dass die Glaubwürdigkeit des Stadtrates bei den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt arg gelitten hat. Auch wenn der Sprechende niemandem Absicht unterstellen möchte, so ist es doch so, dass die Bevölkerung von anderen Fakten ausging, als sie nun tatsächlich gegeben sind, und der Sprechende fragt sich ernsthaft, wie die Bevölkerung künftig reagiert, wenn es wirklich wieder einmal ans Eingemachte geht. Welches Vertrauen hat sie dann noch in die Zahlen des Stadtrates?

Bei aller Kritik möchte der Sprechende aber auch eines festhalten: Eine Jahresrechnung – wie übrigens auch das Budget und sämtliche Sparpakete – ist nicht allein das Werk der Finanzdirektion. Der ganze Stadtrat ist hier in der Verantwortung, und der Sprechende hofft schwer, dass dieser die Verantwortung in Zukunft besser wahrnimmt. Ganz sicher nicht vertrauensfördernd ist die Art und Weise, wie das Rechnungsergebnis schlussendlich dargestellt wird, und wie der Überschuss mittels Nachtragskrediten auf ein Minimum reduziert wird. So z. B. die Wertberichtigung Viva: Nach HRM2 hätte diese Beteiligung einen Wert von 78 Mio. Franken. Über die anzuwendende Bewertungsmethode kann man sich streiten, das ist klar. Tatsache ist aber, dass bei einem schlechteren oder negativen Jahresabschluss auf eine Wertberichtigung in dieser Höhe verzichtet worden wäre. Auch die Rückstellungen für die Pensionskasse

wurden ohne Zwang und teils ohne Grund, d. h. nur aufgrund des positiven Ergebnisses gemacht. Auch bei den anderen Nachtragskrediten liegt der Verdacht nahe, dass es sich um Ergebniskosmetik handelt, auch wenn deren Zweck durchaus Sinn macht und wünschenswert ist. Aber Fakt ist, keiner dieser Posten wurde budgetiert, und sie können nur gemacht werden, weil das Ergebnis so gut war. Der Sprechende sagt nicht, dass man das nicht darf, aber man sollte Tatsachen dann zumindest offener und transparenter darstellen. Das ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion hier nicht der Fall, womit der Sprechende wieder beim Thema Glaubwürdigkeit und Vertrauen wäre.

Abschliessend möchte er aber doch noch einen Dank aussprechen. Das so positive Ergebnis ist ja letztendlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Stadt zu verdanken, welche sich auch in einem manchmal schwierigen Umfeld mit Engagement und Loyalität für die Stadt Luzern und ihre Bevölkerung einsetzen.

Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den B+A ein. Bei den Nachtragskrediten wird sie einzelne Positionen ablehnen, sich teilweise enthalten und bei einigen zustimmen.

Franziska Bitzi Staub: Die CVP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2015 genehmigen. Bei der Bewilligung der Nachtragskredite folgt die Fraktion voraussichtlich, abhängig von der bevorstehenden Diskussion und mit Ausnahme der Einlage in den Energiefonds, den Anträgen der GPK.

Im Jahr 2015 beschäftigte vor allem das Projekt Haushalt im Gleichgewicht HiG die Verwaltung und den Stadtrat, aber auch das Parlament sehr. Die Auslagerung der Heime und Alterssiedlungen HAS per 1. Januar 2015 bringt Anpassungen in der Sozialdirektion mit sich, damit verbunden ist auch die ganze Überprüfung der ganzen Direktion und der Verwaltungsorganisation. Es war sicher sinnvoll, mit dem Projekt REO zu warten, bis das Projekt HiG abgeschlossen war. Die vielen Projektarbeiten binden neben dem Tagesgeschäft grosse personelle Ressourcen. Auch das Parlament muss darauf achten, dass es nicht ständig nach einer schlanken Verwaltung ruft, sie aber gleichzeitig mit Sonderaufträgen überlastet. An dieser Stelle spricht die Sprechende ein herzliches Dankeschön an den Stadtrat und die Mitarbeitenden aus, die sich täglich für die schöne Stadt Luzern einsetzen, damit diese auch bei knappen Finanzen kundenorientiert und lebenswert bleiben kann. Speziell danken möchte die CVP-Fraktion auch dem Finanzinspektor für seine umsichtige Arbeit. Letztlich auch im Zusammenhang mit der Auslagerung der HAS wurde für das Personal eine fünfte Ferienwoche eingeführt; das betrachtet die Fraktion immerhin als ein kleines Dankeschön und positives Zeichen für das Personal. Für die mittel- und längerfristige Betrachtung ist im Geschäftsbericht der Überblick über die Meilensteine zu den Fünfjahreszielen der einzelnen Direktionen interessant. Dort wird der Zusammenhang hergestellt zwischen den einzelnen B+A bzw. Projekten und der strategischen Mehrjahres-Gesamtplanung. Zu den einzelnen Bereichen wie Kinder, Jugend, Familie, Kulturstandort, Verkehr oder Stadtplanung u. v. m. wird dort sichtbar, woher die Stadt kommt und wohin sie sich auf den Weg begeben hat.

Zu den Zahlen: Der Abschluss 2015 ist erfreulich. Der grosse Ertragsüberschuss kam unerwartet und als er kurz vor der HiG-Abstimmung kommuniziert wurde, stellte sich die CVP-Fraktion schon auch Fragen zur Budgetgenauigkeit und zur Verlässlichkeit der städtischen Finanzplanung im Allgemeinen. Inzwischen liegen aber der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung mit den Detailausführungen vor. Die CVP-Fraktion kann nachvollziehen, dass der Ertragsüberschuss hauptsächlich auf einmalige, ausserordentliche Faktoren zurückzuführen ist

– auch darauf hatte die Auslagerung der HAS Einfluss. Weil es um einmalige, ausserordentliche Erträge geht, wäre es falsch, jetzt entweder eine Steuersenkung zu verlangen oder aber die Sparschraube zu lockern. Der eingeschlagene Weg ist richtig. Ein paar Erkenntnisse aus den Abweichungen flossen bereits in die Budgetvorgaben 2017 ein, wo gewisse Parameter justiert wurden.

Die CVP-Fraktion teilt die Ansicht des Stadtrates, dass die Stadt aufgrund dieser ausserordentlichen Einflüsse, die man so nicht erwarten konnte, jetzt finanziell gut aufgestellt ist für die kommenden grossen Investitionsprojekte.

Laura Kopp: Das Ergebnis der Jahresrechnung 2015 überraschte und mutete, wie schon gehört, einige Ratsmitglieder ein bisschen schräg an. Auch die GLP-Fraktion stellte sich anfänglich die Frage, inwiefern die Massnahmen im Rahmen des Projekts Haushalt im Gleichgewicht jetzt noch zu rechtfertigen sind. Die Fraktion ist aber nach wie vor davon überzeugt, dass die beschlossenen Entlastungsmassnahmen richtig und wichtig waren. Auch ist sie überzeugt, dass es immer eine unvoreingenommene Diskussion über die Notwendigkeit städtischer Leistungen und Angebote sowie über deren Finanzierung brauchen wird. Auch in Zukunft wird es für die GLP-Fraktion diesbezüglich keine Tabus geben. Aufgrund der aktuellen finanziellen Ausgangslage der Stadt Luzern ist die Fraktion aber der Ansicht, dass in naher Zukunft weder über umfangreiche Entlastungsprogramme noch über Steuererhöhungen diskutiert werden muss, auch wenn der Kanton Luzern und – wie man gestern hören konnte – auch der Bund derzeit andere Zeichen aussenden. Sowohl der Kanton als auch der Bund werden sich noch länger mit Entlastungsmassnahmen beschäftigen müssen, die dann allenfalls auch auf die Stadt Luzern einen Einfluss haben könnten. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Luzern jetzt auf finanziell sicheren Beinen steht. Deshalb freut sich die GLP-Fraktion auch über das aussergewöhnlich gute Jahresergebnis. Diese Ausgangslage erlaubt es, jetzt über den finanzpolitischen Tellerrand hinauszuschauen und sich mit der zukünftigen Entwicklung der Stadt zu beschäftigen. Und zwar, so hofft die Fraktion ganz stark, mit Leadership und Mut seitens des Stadtrates, der Stadtverwaltung und auch des Grossen Stadtrates. Dass die Verwaltung bereit ist, sich für unsere Stadt einzusetzen – auch wenn es manchmal wehtut –, bewies sie im letzten Jahr mehr als einmal. Z. B. ist der Ausgabenrückgang zu einem grossen Teil ihr zu verdanken.

Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und genehmigt ihn. Bei den einzelnen Anträgen zur Verwendung des Gewinns folgt die Fraktion teilweise der GPK. Auch die GLP-Fraktion hat das intern diskutiert und ist nicht ganz glücklich mit der Art und Weise, wie die Anträge gestellt werden. Daniel Furrer hat in diesem Zusammenhang eigentlich schon alle Argumente vorgebracht, sodass die Sprechende darauf verzichtet, diese zu wiederholen. Die GLP-Fraktion möchte den Stadtrat an dieser Stelle aber bitten, die Kritik ernst zu nehmen und in Zukunft – auch noch vor der Einführung von HRM2 – zu berücksichtigen.

Katharina Hubacher: Wie gehört, kann ein Geschäftsbericht Emotionen hervorrufen, das war auch in der G/JG-Fraktion der Fall; sie diskutierte engagiert und emotionsgeladen über den Geschäftsbericht. Der Ärger ist riesig, wenn man sieht, wie viele Sparmassnahmen letztes Jahr beschlossen wurden. Das Jahr 2015 stand politisch stark unter dem Einfluss des Sparpakets HiG. Wenn man jetzt die Rechnung und die finanzielle Zukunft der Stadt Luzern anschaut, muss nochmals gesagt werden: Da wurde mit dem Holzhammer gearbeitet. Die Massnahmen,

die vor allem im Bildungs- und Sozialbereich durchgeboxt wurden, wären in diesem Ausmass sicher nicht nötig gewesen. Die Folgen davon werden uns wahrscheinlich das eine oder andere Mal wieder einholen. Sparen auf Vorrat ist definitiv nicht nötig und aus Sicht der G/JG-Fraktion auch nicht zielführend. Auch die Enttäuschung ist gross, wäre es doch im Herbst nach dem internen Controlling noch möglich gewesen, Korrekturen einzubringen. Der Stadtrat hätte klarer sagen können, wie die Situation aussieht, und er hätte auch den Mut aufbringen können, zu sagen, er korrigiere noch. Passiert ist aber das Gegenteil: Der Stadtrat hielt daran fest und sagte, die finanzielle Zukunft der Stadt Luzern sei nur zu schaffen, wenn das ganze Sparpaket umgesetzt würde – andernfalls gerate man in ein Fiasko. Damit, das wurde auch schon gesagt, schaffte sich der Stadtrat in der Bevölkerung wohl nicht viel Vertrauen. In der nächsten Sparrunde dürfte es nicht so einfach sein, der Bevölkerung glaubhaft zu vermitteln, dass jetzt gespart werden muss. Die G/JG-Fraktion weiss: Die Abstimmung hat sie verloren. Sie ist aber auch überzeugt, dass es andere Wege gegeben hätte, die für den Stadtrat wie auch für die ganze Stadt Luzern schlussendlich einen grösseren Gewinn als den finanziellen gebracht hätten, nämlich den Gewinn an Glaubwürdigkeit.

Die G/JG-Fraktion möchte dem Personal danken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt leisteten im letzten Jahr enorm viel, wie die vielen Berichte und Projekte zeigen, an denen gearbeitet wurde. Sie arbeiteten hart, obwohl sie wussten, dass sie für ihre Aufgaben nicht viel Geld zur Verfügung haben, und dass es auch beim eigenen Lohn nicht supergut aussieht, sodass sie – auch wenn sie sich wahnsinnig viel Mühe geben – keine zusätzlichen finanziellen Gewinne davontragen werden. Letzten Sommer wurde hier gefordert und abgelehnt, dass das Personal zusätzliche Leistungen erhält. Vonseiten des Stadtrates hiess es damals, es könnten vielleicht noch Leistungsanerkennungen ausgezahlt werden, wenn die Zahlen Ende Jahr gut sind. Das ist leider auch nicht passiert. Wenn die CVP-Fraktion sagt, es gebe eine Woche mehr Ferien, stimmt das. Gleichzeitig wurden aber auch Feiertage gestrichen, sodass unter dem Strich noch zwei Tage mehr bleiben.

Das gute Jahresergebnis ist die eine Seite, die Arbeitsrealität des Personals in der Verwaltung ist die andere Seite; die HiG-Sparmassnahmen müssen jetzt umgesetzt werden, wobei keine neuen Stellen realisiert werden, auch wenn solche dringend nötig wären. Die Konsumausgaben dürfen sicher nicht wachsen. Das Thema Sparen ist im Alltag also immer noch präsent. Der einzige Unterschied zum letzten Jahr ist, dass jetzt nicht mehr gefragt wurde, wo sich noch mehr sparen liesse.

Die Sprechende ist froh, dass die Ressourcenknappheit im Geschäftsbericht immer wieder durchscheint. In den Direktionsberichten kann man mehrmals lesen, dass gewisse Sachen nicht realisiert werden konnten und zurückgestellt werden mussten, weil das Geld und die Personalressourcen dazu fehlen. Das Parlament bleibt gefordert, sich zu überlegen, ob es so weiterfahren will, oder ob es nicht doch sinnvoll wäre, die eine oder andere Stelle mehr zu bewilligen, damit gut und zielgerichtet gearbeitet werden kann.

Es war aber auch das erste Jahr ohne HAS. Eine grosse Abteilung wurde aus der Verwaltung gelöst und wird nun eigenständig geführt. Auch wenn die Rechnung der Viva Luzern AG positiv abschliesst, ist eine vertiefte Bewertung dieses Schrittes wohl erst in ein paar Jahren wirklich möglich. Was der Rat heute beschliesst, sind die finanziellen Auswirkungen auf die Rechnung der Stadt Luzern. Der Stadtrat beschloss, eine Wertberichtigung zu machen. Der Nominalwert der Viva-Aktien beträgt 78 Mio. Franken, diese werden jetzt mit einem Minus von 39,4 Mio. Franken in der städtischen Rechnung geführt. Auch hierzu gibt es unter Finanzex-

perten verschiedene Meinungen, und diese sind sich auch nicht ganz einig, ob es der richtige Schritt ist, es so zu verbuchen.

Die Rechnung 2015 hat vor den Abschlussbuchungen einen Überschuss von 27 Mio. Franken, nach den Abschlussbuchungen sind es noch 19,1 Mio. Franken. Der kommunizierte Ertragsüberschuss beträgt 9,1 Mio. Franken. Zur Erinnerung: Budgetiert waren 0,8 Mio. Franken.

Die vom Stadtrat vorgeschlagene Gewinnverteilung ist zumindest ungewöhnlich, und die G/JG-Fraktion kann ihr auch nicht in allen Punkten folgen. Die Fraktion findet, eine Gewinnverteilung kann nicht in dieser Grösse gemacht werden. Gewinne müssen ausgewiesen werden, anschliessend sagt man, welche Projekte später damit finanziert werden sollen. Wenn man das Vertrauen der Bevölkerung behalten oder wiedererlangen will, muss man doch klar sagen, wie viel eingenommen und verbraucht wurde, wie gross der Überschuss ist, und welche Projekte und Ziele die Stadt Luzern erreichen soll.

In diesem Sinn wird die G/JG-Fraktion beim Beschlussesantrag in einigen Punkten der GPK folgen sowie auch eigene Anträge stellen. Die Fraktion wird dem Geschäftsbericht zustimmen.

Was **Marcel Lingg** jetzt macht, ist eigentlich nicht fair: Die Verwaltung und der Stadtrat arbeiteten ein Jahr lang, damit dieses dicke Buch erstellt werden konnte, und nun handelt der Sprechende es innerhalb von ein, zwei Minuten ab. Er wird sich relativ kurz fassen, möchte aber trotzdem die Gelegenheit wahrnehmen, auf ein paar vorangegangene Wortmeldungen einzugehen.

Es wurden Fehlbudgetierungen erwähnt. Der Sprechende glaubt, die Fehlbudgetierungen müssen ein bisschen relativiert werden. Erstens wurde auf der ersten Seite relativ ausführlich begründet, wieso das Resultat jetzt anders herauskam – das wurde ja nicht verheimlicht. Es wurde erwähnt, dass viele ausserordentliche Fälle, teilweise sogar Buchungsfälle, dazu führten. Gemeindeaufgaben oder laufende Aufgaben trugen nur, aber immerhin, einen Teil von etwa 10 Mio. Franken dazu bei, dass es der Stadt Luzern besser geht, als budgetiert war. Hier zeigt sich auch der Unterschied zwischen linker und rechter Politik. Die linke Seite ist entsetzt und verärgert über einen besseren Abschluss, während die bürgerliche Seite einfach erleichtert ist.

Die SVP-Fraktion wird den Geschäftsbericht in diesem Sinn genehmigen und – wie der Stadtrat bzw. die GPK es vorschlägt – im Beschlussdispositiv den zehn oder elf Positionen zustimmen. Die Fraktion möchte aber auch warnend darauf hinweisen, dass man jetzt nicht meinen sollte, das Geld liege in Zukunft auf der Strasse. Wenn es der Stadt Luzern gut geht, geht es immerhin einem Gemeinwesen gut – wie gehört, geht es dem Kanton Luzern und dem Bund sehr schlecht. Es muss damit gerechnet werden, dass früher oder später auch wieder etwas vom Kanton oder vom Bund auf die Gemeinden fallen wird. Zudem besteht ein grosser Investitionsstau. Man sollte froh sein, dass man jetzt ein bisschen Geld hat, um die grossen Aufgaben in den Bereichen Bildung, Kultur und Verkehr schneller und zackiger angehen zu können. Das ist besser, als wenn man jetzt tiefrote Zahlen präsentieren müsste. Der Sprechende dankt für die Aufmerksamkeit.

Noëlle Bucher nimmt Stellung zur Interpellation 321 der G/JG-Fraktion. Am 19. Februar 2016 wurde der provisorische Rechnungsabschluss 2015 präsentiert. Für die G/JG-Fraktion war ziemlich schnell klar: Entweder kommunizierte der Stadtrat das Ergebnis zu spät, oder die

Erkenntnisse zum Rechnungsergebnis lagen der Finanzdirektion viel zu spät vor. Die Sprechende möchte kurz auf die einzelnen Fragen bzw. Antworten eingehen, wobei der Sprecher der SP/JUSO-Fraktion schon vieles vorweggenommen hat.

Zur 1. Frage: Die Erläuterungen des Stadtrates zur Kommunikation des Rechnungsergebnisses sind an sich zwar plausibel. Für die G/JG-Fraktion jedoch nicht nachvollziehbar ist, dass die Finanzdirektion erst im Februar zur Erkenntnis gelangte, dass das Geschäftsjahr 2015 mit dem höchsten Gewinn seit 1999 schliessen wird. Da hat entweder das interne Controlling versagt, oder aber der Stadtrat wollte bewusst nicht früher kommunizieren.

Zur 2. Frage, die der Stadtrat leider nicht beantwortet hat. Zwar wurde das Rechnungsergebnis gemäss Stadtrat zum frühestmöglichen Zeitpunkt kommuniziert, und dieser lag vor dem Abstimmungstermin über Haushalt im Gleichgewicht. Zu diesem Zeitpunkt hatte ein Teil der Stadtbevölkerung aber bereits abgestimmt. Es ist anzunehmen, dass sich diejenigen, die dem Voranschlag 2016 zustimmten, bei Vorliegen der Informationen zum Gewinn eher anders entschieden hätten.

Zur 3. Frage: Die Nettoauswirkungen durch die Verselbstständigung der Heime und Alterssiedlungen in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft sind einmalig, die anderen Faktoren, die zu diesem überraschend hohen Rechnungsergebnis beitrugen, aber nicht. Die G/JG-Fraktion erwartet von der Finanzdirektion, dass sowohl bei der Grundstückgewinnsteuer als auch bei der Erbschaftsteuer in Zukunft realistische Erträge kalkuliert werden. Es überrascht die Fraktion, dass die Mehrerträge oftmals als einmalig, Mehrausgaben aber sofort als strukturelle und wiederkehrende Ausgaben beurteilt werden.

Zur 4. Frage: Im Gegensatz zu seiner Antwort kommunizierte der Stadtrat eben genau nicht hauptsächlich den Gewinn von 27 Mio. Franken ohne Abschlussbuchungen, sondern als Headline, so wie es dann auch in den Medien zu lesen war, einen Gewinn von 19 Mio. Franken nach Abschlussbuchungen. Weil man das Ergebnis mit dem Voranschlag vergleichen muss, findet die Fraktion das nicht in Ordnung. Zu den Nachtragskrediten und den Vorfinanzierungen wird sich die Fraktion in der Detailberatung noch ausführlich äussern.

Aufgrund der Antwort des Stadtrates auf die 6. Frage erwartet die Fraktion, dass zumindest in der Finanzplanperiode 2017–2021 keine weiteren Sparpakete präsentiert werden.

Stadtpräsident Stefan Roth: 2015 war ein sehr intensives Jahr. Der Stadtrat nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Arbeit, die die Verwaltung im letzten Jahr leistete, durchwegs positiv ästiniert wurde. Der Stadtrat hat grosse Freude am Resultat 2015. Der Sprechende glaubt, man muss wieder lernen, Freude über positive Ergebnisse auch zu zeigen – das kam in den letzten Jahren ziemlich abhanden. Im Geschäftsbericht, dieser umfassenden Darlegung des Jahres 2015 wurde nachvollziehbar und transparent begründet, wie es 2015 lief; was die Verwaltung und die Politik leisteten, welche Projekte umgesetzt wurden, was in den einzelnen Direktionen geschah. Es ist wichtig zu wissen, dass ein Geschäftsbericht nicht nur aus Zahlen besteht; hinter den Zahlen steckt Output, Leistung. Deshalb sollte in der Würdigung eines Geschäftsjahrs der Fokus nicht primär auf das Zahlenmaterial gelegt werden. Haushalt im Gleichgewicht ist die Grundvoraussetzung für die Gesundung der Stadtfinanzen, das bedeutet, HiG wird weiterhin vollumfänglich – wie vom Volk beschlossen – umgesetzt und in der Finanzplanung auch eingestellt. Die entsprechenden HiG-Massnahmen, die im Jahr 2016 zirka 10 Mio. Franken Auswirkung haben und ab dem Jahr 2017 jeweils 12,8 Mio. Franken, führen dazu, dass die Gesundung der städtischen Finanzen weitergeführt werden kann. Der gute

Abschluss führt auch dazu, dass das Personal partizipieren kann. Von der Politik wird tendenziell gar nicht mehr gewürdigt, dass es dank dem Abschluss gelungen ist, dem aktiven Personal Ausgleichszahlungen in die individuellen Konti bei der Pensionskasse zu ermöglichen. Der Stadtrat wollte dieses gute Ergebnis bewusst nutzen, um dem Personal etwas zurückzugeben. Es wurde jetzt Handlungsspielraum geschaffen. Die Finanzplanung 2017–2021 sieht weiterhin ausgeglichene bzw. positive Ergebnisse vor. Die Bevölkerung akzeptiert die Reduktion gewisser Leistungen im Wissen darum, dass andere wieder ausgebaut werden – das geschieht jetzt z. B. im Bildungsbereich mit dem additiven Angebot, das auf der Sekundarschulstufe zusätzlich geschaffen wird. Auch deshalb war HiG ein wichtiger Meilenstein. In vergleichbarer Weise lässt das Volk etwa über eine Steuererhöhung, aber auch über eine Steuersenkung mit sich reden. Ziel des Stadtrates ist es, aus dem jährlichen Sparmodus hinauszukommen. Was erzielt wurde und auch zukünftig zu erzielen ist, führt zusammen mit dem, was im Bereich Finanzen planerisch eingestellt ist, dazu, dass der Investitionsplafond erhöht werden kann. Der Stadtrat möchte mehr investieren, ohne sich neu zu verschulden. Es geht also darum, jetzt eine Ausgangslage zu schaffen, in der hinsichtlich Investitionen zusätzliche Akzente möglich sind. Den Investitionsüberhang will der Stadtrat vor allem im Bereich der Schulhausinfrastrukturen abtragen, denn dort besteht jetzt ein Bedarf. Früher wurden solche Akzente im Bereich der Alterszentren oder der Sportstätten gesetzt. In diesem Sinn dankt der Sprechende für die Kenntnisaufnahme und die positive Rückmeldung in Bezug auf das Ziel, den Sparmodus zu verlassen und gelassener in die Zukunft zu blicken. Auch wenn jetzt noch schwarze Wolken sichtbar sind, so kann sich die Stadt Luzern in Zukunft doch auch wieder anderen wichtigen Fragestellungen widmen.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst möchte ein Wort nachschieben: Es wird ja gern gesagt, es sei schlecht budgetiert worden, gerade auch im Hinblick auf die sogenannten einmaligen ausserordentlichen Einnahmen. An Noëlle Bucher gerichtet: Wahrscheinlich wird der Stadtrat nächstes Mal eine Kristallkugel budgetieren müssen, um in die Zukunft blicken zu können und zu sehen, wer z. B. sterben wird, oder wer ein Grundstück verkaufen wird. Über Erbschafts- und Grundstücksgewinnsteuern sind nun einmal keine genauen Zahlen voraussehbar, das mag man dem Stadtrat zum Vorwurf machen. Aber man müsste diesbezüglich etwas sorgfältiger argumentieren und unterscheiden zwischen Bereichen, die sich klarer und besser budgetieren lassen und solchen, wo das eben nicht möglich ist. Erbschafts- und Grundstücksgewinnsteuern sollte man vielleicht besser nicht als ausserordentliche einmalige Einnahmen, sondern schlicht und einfach als nicht budgetierbar bezeichnen.

DETAIL

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann ruft die einzelnen Kapitel auf und bei Kapitel 3 auch die Unterkapitel.

Keine Wortmeldung.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Im StB 368 vom 22. Juni 2016 hält der Stadtrat an seiner Haltung fest.

Geschäftsprüfungskommissionsvizepräsident Peter With: Die Geschäftsprüfungskommission stimmte über jeden Punkt einzeln ab; der Sprechende wird die Resultate jeweils vor der Abstimmung über die einzelnen Ziffern bekannt geben. Insgesamt abgelehnt wurden die Massnahmen III. Rückstellung Pensionskasse und X. Einlage in die Vorfinanzierung Energiesparmassnahmen.

Roger Sonderegger spricht zum Antrag X. Einlage in die Vorfinanzierung Energiesparmassnahmen für stadteigene Liegenschaften: Die CVP-Fraktion möchte am Antrag des Stadtrates festhalten. Sie sieht die Berechtigung nämlich ein, und der Sprechende hat das Gefühl, in der GPK fehlten ein paar wichtige Informationen zu diesem Kässeli. Das Kässeli wurde nicht vom Stadtrat oder von der Verwaltung erfunden, sondern es steht eine Geschichte dahinter, an die sich manche vielleicht erinnern können: 2008 gab es die Initiative „Für eine aktive Energiepolitik der Stadt Luzern“ von den Grünen oder Jungen Grünen. Die aktive Energiepolitik haben wir heute. Der Gegenvorschlag zur Initiative enthielt im Wesentlichen dieses Kässeli; das Volk sagte Ja zur Initiative und zum Gegenvorschlag, und bei der Stichfrage sprach es sich für den Gegenvorschlag aus. Dahinter steht also eine Volksabstimmung und somit die höchste demokratische Legitimation. Jetzt kann man sagen, es brauche aber kein Geld, denn man wisse ja ohnehin nicht so genau, was damit passieren würde. Dabei weiss man es sehr genau, es passiert Folgendes: Der Projektleiter der Stadtverwaltung investiert das Geld, um Schulhäuser, Verwaltungsgebäude und andere stadteigene Liegenschaften (früher auch noch Altersheime) auf einen guten technischen Stand zu bringen. Der Erfolgsausweis sieht so aus: Minus 23 % Energie, minus 42 % CO₂ in zehn Jahren, und das bei einem Flächenwachstum von 10 % – der Sprechende findet die Bilanz ziemlich beeindruckend. Wenn die Stadt Luzern überall so arbeiten würde, wäre sie bald Kopenhagen oder sonst weltweit führend. Jetzt geht das Geld in diesem Topf aus, und 2018 wäre Schluss. Jetzt besteht die gute Chance, eine Energiepolitik weiterzuführen, die der Rat schon oft legitimierte, und die 2008 sogar in einer Volksabstimmung bestätigt wurde. Die Rechnung ist transparent, es gibt eine jährliche Abrechnung gegenüber der Energiefondsverwaltung. Der Sprechende empfiehlt das dem Grossen Stadtrat wärmstens zur Annahme und somit, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

Korintha Bärtsch spricht ebenfalls zu Punkt X. Einlage in die Vorfinanzierung Energiesparmassnahmen: Roger Sonderegger sagte schon viel, und die Sprechende möchte ihn ergänzen. Geschichtlich fing es eben schon in den 90er-Jahren an, als der Topf geschaffen wurde. Im Zuge dieser Initiative der SP wurden 2 Mio. Franken hineingetan, weil bei den eigenen Liegenschaften ein grosser Nachholbedarf bestand. Das zeigte das Audit der Energiestadt und zeigt es eben immer noch. 2007 wurden 2 Mio. Franken aus der Rechnung genommen, aber seither wurde nichts mehr hineingetan, und das goutiert die G/JG-Fraktion nicht. Im Grundsatz würde die G/JG-Fraktion die Sachen gern ordentlich budgetieren, das würde dem Stadtrat eben auch die Wichtigkeit dieser Themen aufzeigen. Der Stadtrat füllte dieses sehr wichtige Kässeli immer nur dann, wenn es gerade gut lief – zuletzt nämlich 2007. Die G/JG-

Fraktion findet, man soll dem Thema die Priorität geben und das Geld regelmässig zur Verfügung stellen. Weil es aber vor allem auch in den letzten Jahren mit dem Sparpaket im ordentlichen Gebäudeunterhalt der städtischen Immobilien sehr grosse Konkurrenz gibt, findet die Fraktion es total wichtig, dass die Einlage von 1 Mio. Franken in den Topf erfolgt. Die G/JG-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag des Stadtrates.

Sonja Döbeli Stirnemann: Es ist nicht so, dass die FDP-Fraktion irgendwie gegen Energiesparmassnahmen wäre. Wir sind nicht mehr in den 90er-Jahren, heute ist sogar im rechtesten bürgerlichen Lager angekommen, dass das ein Thema ist, und dass man in Energiesparmassnahmen investieren muss. Deshalb plädiert die FDP-Fraktion dafür, dass das ganz normal in ein Budget hineinkommt; dass es im Jahr 2016 kein Sonderkässeli mehr braucht. Wie René Peter schon ausführte, sind Rückstellungen nur möglich, wenn man konkrete Projekte hat, und das haben wir hier nicht. Deshalb wird die FDP-Fraktion an den GPK-Entscheiden festhalten.

Marcel Lingg: Der SVP-Fraktion geht es ähnlich. Was der Rat hier macht, ist reine Buchhaltungskosmetik; er beschliesst nicht über Ausgaben, sondern es geht wirklich nur darum, reine Buchungsbelege zu kreieren. Die SVP-Fraktion steht der sogenannten Kässeli-Bildung kritisch gegenüber, vor allem – wie soeben von der FDP-Fraktion erwähnt – für Ausgaben, die im konkreten Fall gar noch nicht fassbar sind. Energiesparmassnahmen für eigene Gebäude – aber welches Gebäude, welches Projekt? Das ist einfach noch offen. Der Politik der Kässeli-Bildung steht die SVP-Fraktion sehr skeptisch gegenüber, wobei „Kässeli“ eigentlich der falsche Ausdruck ist, denn es ist nichts anderes als ein Konto mit einer Buchung darauf. Bei einer Position stimmt die SVP-Fraktion heute auch zu, nämlich bei der Schulrauminfrastruktur, wo man immerhin sagen kann, dass bereits Anfang des nächsten Jahrs mit dem Schulhaus Stafeln eine konkrete Projektierung beschlossen wird, sodass die heute beschlossene Rückstellung theoretisch bereits eingesetzt werden kann. Grundsätzlich ist die Fraktion aber gegen die Bildung diverser solcher Kässeli und folgt entsprechend dem Antrag der GPK und bei Abweichungen nicht dem Antrag des Stadtrates.

Katharina Hubacher möchte in Erinnerung rufen, dass jetzt vielleicht nicht ganz konkrete Projekte auf dem Tisch liegen, diese aber durchaus vorhanden sind. Es besteht ein konkreter Auftrag aufgrund der Volksabstimmung, und damit ist klar: Das „Kässeli“, wie es bezeichnet wird, ist zu führen, und die Massnahmen werden umgesetzt. Es liegt also ein klarer Auftrag vor, und diesen gilt es umzusetzen.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die Stadt Luzern hat auch den Auftrag, Schulen zu haben, und auch das wird über die ordentliche Budgetierung geführt. Die Sprechende meint, auch dieser Auftrag hier soll über das ordentliche Budget abgewickelt werden. Die FDP-Fraktion sieht die Differenz nicht ganz.

Es ist vielleicht etwas kompliziert, wenn **Christian Hochstrasser** jetzt noch einen **Antrag** stellt, im Sinn einer Gesamtauslegeordnung macht er es aber. Es geht um **Ziffer VIII. Schulrauminfrastruktur**, gewisse Ratsmitglieder haben sich bereits dazu geäussert. Die G/JG-Fraktion **lehnt diesen Nachtragskredit ab** und beantragt dem Rat, dies ebenfalls zu tun. Der Sprechende gibt

Marcel Lingg und anderen, die sich gemeldet haben, sehr Recht; hier werden einfach Belege konstruiert, und eigentlich wird eine Rechnungsglättung vorgenommen. Warum glättet man ein Ergebnis, damit am Schluss weniger Gewinn oder weniger Verlust vorhanden ist – je nachdem auf welcher Seite? In der Privatwirtschaft ist der Grund den meisten klar, dort macht man es, um die Steuern zu optimieren. Das versucht der Sprechende ab und zu auch seinen Lernenden beizubringen – natürlich alles im legalen Rahmen. Warum aber macht der Staat, der ja keine Steuern optimieren kann, das? Ein entscheidender Grund ist entweder, dass er dadurch die Finanzen im Griff hat und sich auf die Schultern klopfen kann. Oder aber, wie ein Ratskollege es dem Sprechenden vor der Sitzung mitteilte, man darf nicht zu viel Gewinn machen, weil die Bürger sonst das Gefühl haben, der Staat habe Geld im Überfluss. Da stellt sich für den Sprechenden schon die Frage, warum das Budget und der Voranschlag nicht mit den gleichen Grundlagen verglichen werden dürfen.

Bei der Schulrauminfrastruktur werden jetzt 8 Mio. Franken aus dem Gewinn herausgenommen und statt in das Eigenkapital in die Vorfinanzierung getan, anschliessend wird es wieder ausgegeben und ist entsprechend nicht im Investitionsplafond – und dann kann man sich auch da auf die Schulter klopfen und sagen, man habe die Investitionen im Griff, weil man nicht über den Plafond gehe. Nicht zu sehen, wie viel die Investition in den Schulraum wirklich beträgt, macht aber eigentlich keinen Sinn. Schwankungen sind erlaubt, es darf einmal mehr und einmal weniger Investition sein. Das Ziel ist ja ein Eigenfinanzierungsgrad der Investitionen von 100 %, darüber wurde in den letzten Jahren lang diskutiert. Wenn man den Geschäftsbericht heute anschaut, liegt der Eigenfinanzierungsgrad letztes Jahr bei 308 %, d. h., die Zahlen schwanken dermassen, dass es fragwürdig ist, warum man das Gefühl hat, man müsse jedes Jahr so ausnivellieren, dass man am Schluss sagen kann, es sei alles so wie geplant. Darum lehnt die G/JG-Fraktion das bei der Schulrauminfrastruktur ab und ist grundsätzlich auch bei allen anderen Nachtragskrediten kritisch. Warum die G/JG-Fraktion es bei Ziffer X anders beurteilt, haben Katharina Hubacher und Korintha Bärtsch bereits mitgeteilt.

Als liberalem Geist ist es **Jules Gut** natürlich schon klar, dass sich die Kässeli-Politik nicht wirklich mit einer sauberen und transparenten Geschäftsführung verträgt – „allein mir fehlt der Glaube.“ Warum hat man solche Kässeli? Weil man es eben schon oft erlebt hat, und darum gibt es vielleicht auch die GLP. Wenn es hart auf hart kommt, heisst es dann immer, jetzt müsse man bei diesem Bauprojekt noch 1 Mio. Franken sparen – und wo spart man dann? Bei der Energie. Deshalb gibt es diese Kässeli ja eigentlich, und der Sprechende ist froh darüber. Die GLP-Fraktion wird aber nicht geschlossen abstimmen, denn einige der Fraktion haben tatsächlich das Vertrauen, dass unterdessen auch die Bürgerlichen gemerkt haben, dass es irgendwo Investitionen in die Energie braucht. Vielleicht ist es zu schaffen, dass in fünf Jahren auch die Mehrheit des Parlaments dieses Vertrauen hat. Aber die GLP-Fraktion ist sehr froh, dass es das Kässeli die nächsten paar Jahre noch geben wird.

Der grüne Sprecher hat es am Schluss doch noch gesagt, **Marcel Lingg** möchte es aber noch bemerken: Er kommt jetzt effektiv auch nicht mehr ganz draus. Die Argumentation mit der Schulraumrückstellung kann er in einem gewissen Sinn verstehen, aber wenn man sie eins zu eins umsetzen oder diese Argumentation auch auf die Energiesparmassnahmen übertragen würde, müsste die G/JG-Fraktion konsequenterweise auch diesen Punkt ablehnen. Gut, das Gleiche könnte man natürlich auch von der SVP-Fraktion behaupten... Der Sprechende er-

wähnte aber bereits, dass eine Zustimmung vermutlich auch nicht möglich wäre, wenn nicht bereits im nächsten Geschäftsjahr das Schulhaus Staffeln erscheinen würde. Vielleicht lässt sich ja noch ein Kompromiss finden, sodass alle drei Punkte abgelehnt werden.

Daniel Furrer teilt zwar viele Aspekte von dem, was Christian Hochstrasser vorher gesagt hat. Die SP/JUSO-Fraktion ist schlussendlich mit allen Nachtragskrediten nicht so ganz glücklich, weil sie die Transparenz beeinträchtigen. Aufgrund des wirklich hohen Bedarfs an Investitionen in die Schulhausinfrastruktur und im Sinn einer Gewinnverwendung, über die vorher lange gesprochen wurde, stimmt die SP/JUSO-Fraktion der Vorfinanzierung Schulinfrastruktur aber trotzdem zu.

Stadtpräsident Stefan Roth: Ein Hinweis zum Antrag der G/JG-Fraktion, die Rückstellung in die Schulrauminfrastruktur nicht zu machen: Es geht hier nicht um eine Glättung und auch nicht darum, dass man in Zukunft – wie es beschrieben ist – Investitionen in den Plafond einsparen möchte. Sondern der Stadtrat will die Investitionen erhöhen, und die Investitionsplanung zeigt, dass bei den Schulrauminfrastrukturen Nachholbedarf besteht. Die Vorfinanzierung ist kein Instrument zur Umgehung der Investitionsrechnung, das möchte der Sprechende noch einmal betont haben. Als er in der GPK die Budgetrichtlinien zusammen mit den Ausichten über die nächsten Jahre aufzeigte, sagte der Stadtrat, ab dem Jahr 2019 möchte er den Plafond vier Jahre lang im Durchschnitt um 10 Mio. Franken, insgesamt um 40 Mio. Franken erhöhen. Die Vorfinanzierung ist eben eine vorausschauende Finanzpolitik, die übrigens die Städte St. Gallen und Bern aktuell ebenfalls machen. Der Stadtrat will versuchen, aus dem guten Ergebnis teilweise bereits heute die Finanzierung sicherzustellen, denn wer sagt ihm, dass in dem Jahr, wenn der Plafond erhöht wird, auch tatsächlich noch Eigenkapital vorhanden ist? Keine zusätzliche Verschuldung ist das Ziel, und das ist der Mecano, der dahinter steckt. Der Sprechende bittet den Rat, den Anträgen des Stadtrates zu folgen.

III. Rückstellung Pensionskasse für zukünftige Sanierung aufgrund der aktuellen Marktlage (Konto 2040.19)

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die GPK beantragt, die Rückstellung Pensionskasse zu streichen. Der Stadtrat lehnt dies ab.

Geschäftsprüfungskommissionsvizepräsident Peter With: In der GPK wurde der Antrag des Stadtrates mit 3 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

In der Abstimmung obsiegt der Antrag der GPK, somit wird Ziffer III. gestrichen.

VIII. Einlage in die Vorfinanzierung Schulinfrastruktur (Konto 999.385.20)

Geschäftsprüfungskommissionsvizepräsident Peter With: Bei diesem Antrag folgte die GPK mit 9 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat. Der Antrag der G/JG-Fraktion, diesen Nachtragskredit abzulehnen, wurde in der GPK nicht gestellt.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der G/JG-Fraktion ab und bewilligt diesen Nachtragskredit.

- X. Einlage in die Vorfinanzierung Energiesparmassnahmen für stadteigene Liegenschaften (Konto 999.385.13)**

Geschäftsprüfungskommissionsvizepräsident Peter With: Der stadträtliche Antrag wurde in der GPK mit 3 : 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrates obsiegt, somit ist dieser Nachtragskredit bewilligt.

Seite 244 Abstimmung

- I. Der Grosse Stadtrat stimmt mit 39 : 0 : 6 Stimmen zu.**

- II. Der Grosse Stadtrat stimmt zu.**

- (III. gestrichen)**

- IV. Der Grosse Stadtrat stimmt zu.**

- V. Der Grosse Stadtrat stimmt zu.**

- VI. Der Grosse Stadtrat stimmt zu.**

- VII. Der Grosse Stadtrat stimmt zu.**

- (VIII. bereits zugestimmt)**

- IX. Der Grosse Stadtrat stimmt zu.**

- (X. bereits zugestimmt)**

- XI. Der Grosse Stadtrat genehmigt den Geschäftsbericht.**

XII.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Der Aufwand beträgt neu Fr. 687'690'141.62, und der Ertragsüberschuss liegt neu bei Fr. 12'417'503.24. Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet: Fr. 12'417'503.24 werden in das Eigenkapital (Konto 2390.10) eingelegt.

Der Grosse Stadtrat stimmt zu.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 2 vom 13. April 2016 betreffend:

Geschäftsbericht 2015,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 60 Abs. 1, Art. 63, Art. 68 lit. c und

Art. 69 lit. a Ziff. 2 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie
Art. 53 f. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

Zulasten der Rechnung 2015 werden folgende Nachtragskredite bewilligt:

- I. Fr. 38'400'000.– Wertberichtigung Beteiligung Viva Luzern AG (Konto 1154.50);
- II. Fr. 8'600'000.– Rückstellung Pensionskasse für einmalige Einlage in Alterskonten der versicherten Arbeitnehmenden zur Abfederung der Auswirkungen aus der Senkung des Umwandlungssatzes (Konto 2040.19);
- III. Fr. 2'380'293.– Zusätzliche Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen (Konto 991.332.00);
- IV. Fr. 5'360'146.– Zusätzliche Abschreibung der Aufzahlungsschuld Luzerner Pensionskasse [LUPK] (Konto 991.332.07);
- V. Fr. 1'900'000.– Rückstellung für Ferien- und Mehrzeitguthaben des rapportierenden Verwaltungspersonals (Konto 2040.25);
- VI. Fr. 877'754.– Negative Ergebnisabweichung der Dienstabteilung Geoinformationszentrum;
- VII. Fr. 8'000'000.– Einlage in die Vorfinanzierung Schulinfrastruktur (Konto 999.385.20);
- VIII. Fr. 1'000'000.– Einlage in den Sozialfonds (Konto 999.384.06);
- IX. Fr. 1'000'000.– Einlage in die Vorfinanzierung Energiesparmassnahmen für stadteigene Liegenschaften (Konto 999.385.13).

X. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2015 wird genehmigt.

XI. Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2015, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand Fr. 687'690'141.62

Ertrag Fr. 701'107'644.86

Ertragsüberschuss Fr. 12'417'503.24

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:

Fr. 12'417'503.24 Einlage ins Eigenkapital (Konto 2390.10)

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 736'613'635.61 abschliessen.

XII. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**4.1 Interpellation 321, Noëlle Bucher und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 1. März 2016:
19 Millionen Ertragsüberschuss: Wie kommt der Stadtrat zu diesem Ergebnis?**

Wurde zusammen mit Traktandum 4 behandelt.

Die Interpellation 321 wurde beantwortet.

**4.2 Motion 322, Noëlle Bucher und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 1. März 2016:
Der Ertragsüberschuss soll dem städtischen Personal zugutekommen!**

Der Stadtrat lehnt die Motion ab.

Noëlle Bucher: Der Stadtrat schreibt in seiner Stellungnahme zur Motion, dass ihm die Ausrichtung einer Einmalprämie als nicht opportun erscheint. Die G/JG-Fraktion begrüsst zwar das präsentierte Massnahmenpaket, mit dem der Stadtrat die Leistungen des Personals honoriert, und dennoch hinterfragt sie die ablehnende Haltung des Stadtrates. In seiner Medienmitteilung vom 19. Februar 2016 schreibt er aber, das erfreuliche Ergebnis sei beeinflusst worden durch ein „hohes Kostenbewusstsein“ und einen „sparsamen Umgang mit finanziellen Mitteln“. Das wurde genau durch jene Mitarbeitenden erreicht, die jetzt auch etwas zurückerhalten sollen. Besonders stossend ist für die G/JG-Fraktion, dass der Stadtrat seine ablehnende Haltung damit begründet, dass die finanziellen Auswirkungen des KP17 noch nicht bekannt sind. Darf es sein, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung unter dem kantonalen Konsolidierungsprogramm leiden müssen? Will die Stadt Luzern ein attraktiver Arbeitgeber sein? Und will die Stadt Luzern motivierte Angestellte? Die G/JG-Fraktion hält an der Motion fest.

Max Bühler: Häufig gehört das Personal zu den ersten, die von Sparmassnahmen betroffen sind. So wurde auch bei den Sparrunden, die wir jetzt in der Stadt Luzern hatten, unter anderem beim Personal gespart. Schon seit längerer Zeit betragen die individuellen Lohnerhöhungen maximal 0,5 % der gesamten Lohnsumme, und man wurde stets auf das nächste Jahr vertröstet, wenn es um grössere Lohnerhöhungen ging.

Vor dem Hintergrund des gut 19 Mio. Franken hohen Ertragsüberschusses findet die SP/JUSO-Fraktion es richtig, dass dem Personal ein Teil von dem zurückgegeben wird, was ihm vorher weggenommen wurde. Denn nicht zuletzt durch die Anstrengungen des Personals, das unter schwierigsten Bedingungen eine sehr gute Arbeit macht und machte, konnte ein solcher Überschuss überhaupt erst zustande kommen. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt darum die Überweisung der Motion, allerdings nicht ohne noch eine kurze kritische Bemerkung zu der geforderten Einmalprämie zu machen: Das Ziel muss sein, dass das Personal unter geregelten und vertraglich festgelegten Bedingungen fair und angemessen entlohnt wird, und dass es dabei auch ein adäquates Lohnwachstum gibt. Das ist nicht mehr als recht. Es kann aber nicht sein, dass die Vergütung des Personals durch solche einmalig ausgezahlten „Zückerli“ schlussendlich vom Goodwill und vom Grossmut des Arbeitgebers abhängt.

Franziska Bitzi Staub: Die Stadt Luzern ist eine gute Arbeitgeberin, die viele treue Mitarbeitende hat – wie man z. B. beim Pensionskassen-B+A sehen konnte; überdurchschnittlich viele Leute sind 58-jährig oder älter. Der Stadtrat führt in der Antwort zu dieser Motion gut aus, was er alles macht im Rahmen von PK, Ferien, Personalanlässen usw. Die Sprechende versteht nicht, warum von linker Seite eine Boni-Mentalität gefördert wird – das wird sonst ja immer bekämpft. Die guten Mitarbeitenden der Stadt Luzern haben für ihre gute Arbeit einen angemessenen Lohn – für qualitativ gute Arbeit gibt es entsprechende Einstufungen – zugute. Es ist ja auch nicht so, dass es ein Nullwachstum gegeben hätte; für 2016 und auch für die Folgejahre ist Lohnwachstum eingerechnet. Letztlich geht es aber um Steuergelder, und die Sprechende findet nicht, dass man diese wie Boni verteilen kann. Individuelle Leistung sollte belohnt werden, ja, aber generelles Lohnwachstum in Zeiten einer Negativsteuerung kann die CVP-Fraktion nicht nachvollziehen. Sie lehnt die Motion ab.

Sonja Döbeli Stirnemann kann eigentlich das Votum von Franziska Bitzi Staub unterzeichnen. Die FDP-Fraktion anerkennt die gute Leistung der Mitarbeitenden der Stadt Luzern, die dafür sorgen, dass man sich in Luzern wohlfühlt – und das macht die Stadt Luzern ja aus. Trotzdem wird die FDP-Fraktion die Motion ablehnen. Der Stadtrat zeigte sehr schön auf, dass jetzt viel gemacht wurde, wie eben zusätzliche Ferientage – was auch eine monetäre Leistung ist – oder die Verdoppelung der Personalanlässe. Zudem wurden doch 8,6 Mio. Franken in die Pensionskasse eingezahlt, das ist eine sehr grosse Leistung vonseiten eines Arbeitgebers, und es gibt selten einen Arbeitgeber, der überhaupt die finanziellen Möglichkeiten hat für einen solchen Ausgleich. Verglichen mit dem kantonalen Personal geniesst das städtische Personal eine gute Leistung, darauf ist die FDP-Fraktion stolz, und das soll auch so sein. Die Fraktion findet es gut so und sieht keinen Bedarf für einen weiteren Ausbau. Wie auch Franziska Bitzi Staub sagte: Boni auszuzahlen auf Einmalleistungen, wie eben die Auslagerung HAS, Erbschaftssteuern oder Liegenschaftssteuern, ist sehr weit hergeholt.

Laura Kopp: Drei Mitglieder der GLP-Fraktion sind in einer öffentlichen Verwaltung tätig und derzeit daher mehr oder weniger stark von Sparmassnahmen betroffen. Die Diskussion innerhalb der Fraktion war deshalb auch geprägt von eigenen Erfahrungen. Das führte auch dazu, dass sich die Fraktion in Bezug auf die Motion nicht unbedingt einigen konnte. Deshalb muss die Sprechende an dieser Stelle ein bisschen ausholen.

Im Fokus der Sparmassnahmen auf Verwaltungsebene stehen in diesem Jahr zum Glück nicht die städtischen Angestellten, sondern jene der kantonalen Verwaltungen und der Bundesverwaltung. Man spricht von Personalabbau und führt Massnahmen ein, welche die Jobs in der öffentlichen Verwaltung allgemein unattraktiver machen. Und nachher beklagt man sich wieder darüber, dass man keine qualifizierten Leute findet. In der ganzen Diskussion sollte man aber nicht vergessen, dass der Grossteil des Personals im öffentlichen Dienst, egal auf welcher Ebene, eigentlich nur das macht, was die Parlamentarierinnen und Parlamentarier fordern: Es vollzieht Bestimmungen. Wenn man also beim Personal sparen will, sollte man genau hier ansetzen. Wenn die Sprechende die Entwicklung in diesem Bereich anschaut, sieht sie, dass im Moment eher das Gegenteil der Fall ist, vor allem auf nationaler Ebene. Dabei haben aus Sicht der Sprechenden genau jene Kräfte, die jetzt über die Personalausgaben schimpfen, ihren Job nicht richtig gemacht und das sind jene, die auf kantonalen und nationa-

ler Ebene die Mehrheit haben. Vielleicht müsste man beim Legiferieren halt einmal darüber nachdenken, welche Klientel man begünstigen möchte.

Zurück zur Motion: Ein Teil der GLP-Fraktion beurteilt die Situation des städtischen Personals gleich wie der Stadtrat. Dieser Teil ist der Meinung, dass aktuell genügend Massnahmen zugunsten des Personals ergriffen wurden. Zudem findet dieser Teil, dass Einmalprämien zwar eine nett gemeinte Geste sind, aber nicht unbedingt eine sinnvolle Massnahme. Innerhalb der Verwaltung können sie sogar auch Missmut auslösen. Aus Sicht dieses Teils der Fraktion braucht es individuelle Massnahmen, dank derer individuelle Leistungen gezielt belohnt werden können. Dieser Teil wird die Motion ablehnen. Ein anderer Teil ist der Ansicht, dass gerade in Zeiten, in denen auf allen Ebenen immer vom Sparen auf dem Buckel der Angestellten gesprochen wird, ein Zeichen gesetzt werden soll. Dieser Teil wird die Motion annehmen.

Marcel Lingg: In einem Teil ist diese Motion eigentlich gegenstandslos, nämlich bezüglich der Berücksichtigung des Personals bei der Gewinnverwendung – die Gewinnverwendung wurde bereits beschlossen. Gleichzeitig fordert die Motion auch, dass man bei der Budgetierung 2017 aktiv wird. Auch die SVP-Fraktion honoriert die Leistung des Personals natürlich und will überhaupt keine Kritik anbringen. Jeder städtische Angestellte unterschreibt einen Vertrag und letztendlich ist es ein Geben und Nehmen, so wie es vertraglich abgemacht ist. Wenn man die ganze Thematik weiterdenkt, könnte man argumentieren, dass nicht nur das Personal, sondern letztendlich auch die Bevölkerung zum guten Ergebnis beitrug. Die Bevölkerung musste durch die Sparmassnahmen vielleicht sogar ein bisschen „verzichten“ oder mehr Gebühren zahlen. Die Bevölkerung verhielt sich vielleicht so, dass der Stadt Luzern nicht zusätzliche Kosten erwuchsen, indem sie z. B. weniger Littering betrieb und allgemein weniger städtische Dienstleistungen in Anspruch nahm. Somit müsste man also nicht das Personal honorieren, sondern den Steuerzahler. Weitergedacht würde das heissen, dass man bei einem guten Ergebnis, das man weitergeben müsste, eine Steuersenkung ins Auge fassen sollte. Der Sprechende möchte das nicht fordern, sondern einfach sagen, dass diese Argumentation, wonach im Fall eines guten Ergebnisses im nächsten Jahr eine Ausschüttung an einen bestimmten Kreis erfolgen sollte, vermutlich einfach die falsche Politik ist. Es wurde vorhin auch im Rahmen der Jahresrechnung wieder diskutiert; es bestehen zusätzliche Aufgaben in der Stadt Luzern, vor allem im Investitionsbereich. Die Mittel, die jetzt zum Glück angehäuft werden konnten, müssen in den Bereichen Bildung, Verkehr, Kultur usw. investiert werden, und es sollen nicht wieder zusätzliche Einmalausgaben in der Laufenden Rechnung generiert werden. In diesem Sinn lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab.

Katharina Hubacher: Es ist richtig, Boni sind nicht das, was die G/JG-Fraktion grundsätzlich unterstützt. Trotzdem, das Personal hatte schon vor einem Jahr nichts, obwohl es einen Gewinn gab, und dieses Jahr ist es wieder so – deshalb fordert die Fraktion einen Einmalbonus. Was die FDP-Fraktion hervorhebt, stimmt; es wird in die Pensionskasse eingezahlt. Aber: Die Stadt Luzern machte schliesslich auch einen Gewinn, deshalb zahlt sie in die Pensionskasse ein, damit die älteren, erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger bleiben. Es bestand ja die Angst, sie würden früher gehen – so selbstlos war das also auch wieder nicht. Von daher ist es okay, und die G/JG-Fraktion unterstützte es auch, aber es ist eben nicht nur selbstlos, sondern kommt der ganzen Stadt Luzern zugute. Die geforderte Lohnerhöhung ist auch dazu gedacht, dass junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert und länger behalten

werden können. Junge Leute steigen tief ein, was auch richtig ist, denn sie müssen zuerst Erfahrung sammeln, aber irgendwann muss man doch eine Lohnentwicklung machen können. Das fand in den letzten Jahren in der Stadt Luzern fast nicht mehr statt, weil zu wenig Lohngeld zur Verfügung stand, und eine Förderung jener Mitarbeiter/innen, die am Anfang vielleicht tief eingestuft wurden, fast nicht mehr möglich war. Das ist gemeint, hier könnte man – ebenfalls wieder für alle – einen Gewinn daraus schlagen, wenn man zustimmen würde.

Marcel Lingg wurde jetzt noch einmal herausgefordert: Die Aussage von Katharina Hubacher, das Personal bekomme nichts, ist schlichtweg nicht wahr. Es muss ganz klar festgehalten werden: Ab 2017 hat das Personal zusätzliche Frei- oder Ferientage, was umgerechnet einer Lohnerhöhung von zirka 1,5 % entspricht – das wurde damals im Rat auch ausgerechnet. Zudem liess man dem Personal erst vor Kurzem über die Pensionskasse sehr viele zusätzliche Mittel zukommen. Jetzt sollte man nicht herausschreien, das Personal habe nichts erhalten. Gerade in diesem Jahr erhielt das Personal einen rechten zusätzlichen Obolus von der Stadt Luzern, das soll bitte zur Kenntnis genommen werden, statt immer zu jammern, das Personal müsse leiden. Die Angestellten machen eine gute Arbeit, das wird nicht bestritten, aber sie haben in diesem Jahr auch zusätzlich etwas bekommen. Der Sprechende bittet um Kenntnisnahme.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Das eine tun und das andere nicht lassen. Es wurde ein Anerkennungssystem aufgebaut, was sehr aufwendig ist, weil das Geld eben nicht nach dem Giesskannenprinzip verteilt werden soll. Dieses System befindet sich in Überarbeitung, der Stadtrat entschied aber, in diesem Bereich jetzt nichts zu geben. Es geht hier nicht um die nationale oder kantonale Ebene, sondern um die Stadt Luzern. Und die Stadt Luzern darf selbstbewusst sagen, dass sie eine gute Arbeitgeberin ist – dahinter steht selbstverständlich auch der Grosse Stadtrat, der als höchste Stelle solche Anerkennungen verabschiedet. Die Sprechende bedauert es ein bisschen, dass die Rückstellungen für die Pensionskasse nicht bewilligt wurden, das wäre nämlich Geld, das – wie die Sprechende glaubt – in den nächsten Jahren weniger Wert haben wird. Die Sprechende mischte sich vorher nicht in die Diskussion ein, sie ist einfach sehr überrascht und möchte noch zwei, drei Sachen sagen: Unter dem Strich sind es drei zusätzliche Ferientage, nicht zwei. Das findet die Sprechende wichtig.

Die Erhöhung des Personalanlass-Geldes von 50 auf 100 Franken kam sehr gut an.

Merken sollte man sich auch: Manche Leute haben mehr Chancen, eine ausserordentlich gute Leistung zu erbringen, als andere es haben. Die Sprechende merkt das beim Personal. Deshalb ist es wichtig, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Die Sprechende ist sehr nahe an den Leuten und glaubt, dass ihnen eine langfristige Massnahme, wie z. B. mehr Ferien oder eine Erhöhung des Beitrags an den Personalanlass, lieber ist als eine einmalige Auszahlung eines Bonus oder die Honorierung einer besonderen ausserordentlichen Leistung, weil eben nicht alle die Möglichkeit haben, an letzteren zu partizipieren.

Noch ein Wort zu den Entwicklungsmöglichkeiten beim Lohn: Es ist richtig und schon lange bekannt; im mittleren Bereich ist die Stadt Luzern nicht sehr konkurrenzfähig mit der Privatwirtschaft. Im Moment ist es sicher nicht so schlecht, das wurde anerkannt. Es wurde auch die Besoldungsordnung erneuert, und der Personalchef ist dabei, sich Gedanken zu machen, wie

sich das verbessern liesse. Es ist sicher schade, dass dieses Jahr nichts gemacht werden konnte, aber mit den Ferien und der Verdoppelung des Geldes für die Personalanlässe ist das Personal, so glaubt die Sprechende, zufrieden.

Stadtpräsident Stefan Roth: Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst zeigte die Situation auf. Den Personalverbänden wurde dargelegt, dass die Stadt Luzern im Bereich Lohnentwicklung jetzt ein Gefäss schafft, das für strukturelle und individuelle Lohnanpassungen sowie für das Anreiz- und Anerkennungssystem verwendet wird. Beim städtischen Personalverband stiess das auf sehr grossen Goodwill. Die Forderung einer generellen Lohnerhöhung ist im Jahr 2017 angesichts der Minusteuerung nicht zu rechtfertigen. Zudem ist die Rentenentwicklung der Pensionierten an das Reglement gebunden, d. h., wenn es in der Stadt Luzern eine generelle Lohnerhöhung gibt, ist das gekoppelt mit den Renten. Würde z. B. eine generelle Teuerung von 1 % genehmigt, kostete das die Stadt Luzern für die Pensioniertenrenten 3 Mio. Franken und belastete die Laufende Rechnung.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Motion 322 ab.

4.3 Interpellation 333, Ali R. Celik, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 23. März 2016:

Wie wirkt sich das kantonale Konsolidierungsprogramm auf die Stadt Luzern aus?

Christian Hochstrasser beantragt Diskussion.

Der Diskussion wird stattgegeben.

Christian Hochstrasser: Der Kantonsrat fällt diese Woche einen Zwischenentscheid zum Konsolidierungsprogramm, das im Herbst definitiv beschlossen werden soll. Inzwischen, wo man auch weiss, dass es bei den NFA-Geldern (Finanzausgleich) Ausfälle geben wird, ist das eine differenzierte Aussage: Die kantonale Finanzpolitik und Steuerstrategie sind völlig aus dem Ruder gelaufen. Die Gemeinden konnten sich in dieser Debatte bisher am besten Gehör verschaffen. Was macht man aber mit den weiteren Löchern, die kommen – wo müssen diese gestopft werden? Das weiss man bei den kantonalen Finanzen nicht. Warum betrifft das die Stadt Luzern, und was sind die Folgen für alle, die von diesen Leistungen betroffen sind? Bei den in der Interpellation gestellten Fragen bleibt für die G/JG-Fraktion einiges offen, deshalb muss sie nachhaken.

Bei der 1. Frage geht es darum, wie es für die Stadt Luzern eigentlich aussieht; ob sie zu den Gewinnern oder zu den Verlierern gehört. In der Antwort schreibt der Stadtrat, die Höhe der Netto-Mehrbelastungen für die Stadt Luzern hänge davon ab, was tatsächlich umgesetzt werde. Das weiss man jetzt eigentlich noch nicht, aber man kennt in einem gewissen Mass die Tendenz. Der Sprechende fragt den Finanzdirektor und Kantonsrat Stefan Roth direkt: Weiss man nach der Debatte jetzt mehr, ob die Stadt Luzern zu den Gewinnern oder zu den Verlierern gehört?

Bei der 2. Frage geht es um die Wochenlektionen in den Volksschulen, auf die die Stadt Luzern leider keinen Einfluss hat. Die Stadt Luzern stellt die Lehrer zwar ein, die Wochenlektionen und die Bedingungen sind aber vom Kanton vorgegeben. Hier zeigt sich, dass aufgrund der Sparmassnahmen 28 Stellen wegfallen, d. h. 28 Personen werden nicht mehr eingesetzt, obwohl es nicht weniger Arbeit oder weniger Kinder und auch überhaupt keinen pädagogischen Grund dafür gibt, dass weniger Leute die gleiche Leistung erbringen könnten. Hier stellt die G/JG-Fraktion die Frage an Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Kann die Stadt Luzern irgendetwas unternehmen, damit sie im Bereich der Volksschulen nicht so massiv geschwächt wird?

Bei der 3. Frage geht es um das Polizeipersonal, das seit Jahren massiv Überstunden leistet und unter grossem Druck steht, der sich auch auf die Stimmung auswirkt. Wie man weiss, kann sich eine schlechte Stimmung auch auf die Leistung auswirken, und das möchte man speziell in diesem Bereich nicht. Den Umgang mit den Polizistinnen und Polizisten, die einen Job machen, den viele vielleicht nicht machen möchten, erachtet die G/JG-Fraktion in der Zwischenzeit – nach all den Jahren, in denen der Druck aufgebaut wurde – schlichtweg als unanständig. Der Kantonsrat bestätigte diesen Kurs, er will das weiterhin nicht ausbauen. Für die Fraktion stellt sich die Frage der Sicherheit und der Leistungen der Polizei: Kann der Stadtrat hier in irgendeiner Art und Weise Gegensteuer geben?

Bei der 4. Frage geht es um die Finanzierung der Gemeindestrassen. Das korrigierte der Kantonsrat erfreulicherweise im Zwischenentscheid.

Bei der 5. Frage auf der letzten Seite der Antwort des Stadtrates geht es um Verschiedenes in den Bereichen Soziales und Gesundheit. Der Kantonsrat brachte hier ebenfalls eine gewisse Korrektur an, und zwar insofern als die Dossiers nicht nach zehn, sondern nach acht Jahren angepasst werden, was für die Gemeinden eine gewisse Entlastung bedeutet. Grundsätzlich gibt es aber noch andere Punkte, die auch aufgelistet wurden. Unter anderem geht es um die Senkung des Grundbedarfs für die Asylsuchenden. Der Kanton will die Beiträge an die Sozialberatungszentren reduzieren, das führt dazu, dass die einzelnen Gemeinden jetzt entscheiden müssen: Entweder reduzieren sie das Angebot, finanzieren es selber oder bauen es sogar ganz ab. Es fragt sich, ob das wirklich weiterhilft. Speziell bei der Thematik Suchtberatung ist auch zu fragen, was für Folgekosten für die Gesellschaft das am Schluss wieder auslöst. Ein happiger Punkt ist noch die Erhöhung der Beiträge für die Eltern mit Kindern in Sonderschulheimen. Das ist für die G/JG-Fraktion eine höchst fragwürdige Position, die die Leute in der Stadt Luzern z. T. auch stark betrifft. Ein grosser Teil der betroffenen Eltern, die solche Kinder haben, ist bereits heute in der Sozialhilfe, denn die Belastungen sind sonst schon recht gross. Wenn man jetzt noch zusätzlich die Beiträge erhöht, kann das in der Rechnung zwar schön aussehen, am Schluss müssen die Eltern aber wieder antraben und Gesuche um Sozialhilfe stellen. Es ist eigentlich nicht die Art, die Leute zu diesem unschönen Gang zum Sozialamt zu verpflichten und am Schluss vielleicht nicht einmal etwas einzusparen. Da stellt sich für die G/JG-Fraktion wieder die Frage: Was kann die Stadt Luzern machen? Es ist zwar nicht direkt ihr Aufgabenbereich, aber sie ist betroffen, und wenn es ihr wichtig ist, muss sie sich Gehör verschaffen.

Stadtpräsident Stefan Roth: Das KP17 betrifft die Gemeinden mit brutto 30 Mio. Franken, das sind netto 10 Mio. Franken. In der Regel betrifft es die Stadt Luzern zu einem Drittel oder bis zu 40 %, man könnte also sagen, es mache 3 bis 4 Mio. Franken aus. Nur greift diese Betrach-

tungsweise in diesen Fragen natürlich zu kurz, denn aufgrund des Planungsberichts, der bis jetzt zum KP17 vorlag, konnte man die Auswirkungen auf die Stadt Luzern nicht in einem genügenden Detaillierungsgrad berechnen. Sowohl aus der schriftlich vorliegenden Botschaft als auch auf mündliche Nachfrage bei den kantonalen Departementen hin erhielt die Stadt Luzern keine verlässlichen Angaben. Der VLG fordert jetzt auf die konkrete Botschaft hin, die im November/Dezember behandelt wird, dass die Auswirkungen auf die Gemeinden individuell dargestellt werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt wird man wissen, wie der Kanton Luzern das beurteilt. Zu den beiden Massnahmen, die herausgegriffen wurden:

In der Antwort unter Punkt 4 wurde ausgewiesen, dass 1,8 Mio. Franken theoretisch eine Entlastung für die Gemeinden bedeuten.

In Bezug auf die Dossiers der vorläufig Aufgenommenen weiss man es aktuell zu wenig scharf.

Der Sprechende kann sich vorstellen, dass die Nettobetrachtung von 10 Mio. Franken am Schluss leider bleiben wird. Er hofft es nicht, aber auf kantonaler Seite ist man wahrscheinlich versucht, die Nettobelastung der Gemeinden bei 10 Mio. Franken zu belassen und probiert, es mit anderen Massnahmen zu bekommen.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Der Stadtrat hat einen langen Schnauf, er gibt nie auf und trabt immer wieder an. Er hat aber keine Chance, er wird auch nie gefragt. Erwähnt sei nur das Stichwort Musikschullehrerorganisation – das wird den Rat noch beschäftigen. Solange der Kanton Luzern nicht profitiert, die Sprechende sagt das ganz klar, ist die Stadt Luzern nicht gefragt.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Wie Christian Hochstrasser feststellte, ist der Job der Polizistin und des Polizisten sehr anspruchsvoll und tendenziell zunehmend unter Druck, weil die Umgangsformen in der Öffentlichkeit nicht unbedingt besser, sondern eher rauer werden. Das ist ein Problem. Im städtischen Corps sagen z. B. viele junge Leute irgendwann, sie seien jetzt lange genug an der Front gewesen. Eine gewisse interne Fluktuation findet statt Richtung ländlichere Gebiete, wo der Job vielleicht ein bisschen weniger anspruchsvoll und heftig ist. Der Stadtrat kann vor allem in der guten Zusammenarbeit im strategischen Bereich Gegensteuer geben. Wie der Rat weiss, gab es in den letzten vier Jahren einige Strategiewechsel, die im Sinn der städtischen Polizeiarbeit waren, nämlich z. B. die Schaffung des Elements City-Plus, das auf Präsenz, vermehrt auf Prävention und vor allem auch auf die Bewirtschaftung von Brennpunkten setzt. Da besteht eine enge Zusammenarbeit; die Stadt Luzern diskutiert wöchentlich bzw. zweiwöchentlich mit der Polizei, wer was machen kann. Die Stadt Luzern kann insofern Gegensteuer geben, als sie versucht, die Arbeit effizienter zu machen. Im Rahmen der Reorganisation der Luzerner Polizei gibt es jetzt eine Polizei LuzernSüd, d. h. eine Agglo-Polizei zusammen mit umliegenden Gemeinden. Die urbane Sichtweise der Polizeiarbeit wurde dadurch gestärkt, und das ist eigentlich positiv. Persönlich würde der Sprechende natürlich auch sagen, man müsste versuchen, den Kantonsrat dazu zu bringen, dass er die erforderlichen personellen Mittel im entsprechenden Zeitrahmen tatsächlich zur Verfügung stellt. Hier hat der Stadtrat aber weniger Möglichkeiten. Er versucht deshalb, vor allem im strategischen Bereich Gegensteuer zu geben mit einer sehr guten Zusammenarbeit, was im Moment eigentlich auch gut gelingt.

Sozialdirektor Martin Merki: Zu den Beiträgen SoBZ: Die Stadt Luzern bezieht ein reduziertes Leistungspaket, das allein die Suchtberatung betrifft. Sollte das SoBZ auch betroffen sein, werden wir uns eine Lösung überlegen müssen, eventuell mit einer separaten Leistungsvereinbarung mit dem SoBZ.

Zu den Sonderschulheimen: Der Sprechende kann nicht sagen, in welcher Grössenordnung Eltern betroffen sein werden.

Ausgerechnet wurden die zusätzlichen Aufwendungen allerdings bezüglich des Wechsels von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in die Zuständigkeit der Gemeinden bereits nach acht Jahren. Hier müsste die Stadt Luzern nach unseren Berechnungen 2 bis 3 Mio. Franken zusätzlich finanzieren für jene Leute, die in der wirtschaftlichen Sozialhilfe wären und noch nicht auf eigenen Beinen stehen können. Das sind erhebliche Aufwendungen. Der Sprechende geht davon aus, dass der Kanton Luzern gerade auch im Zusammenhang mit den NFA-Zahlen auf neue Ideen kommen und neue Wege suchen wird, um die Gemeinden stärker zu belasten. Es heisst zwar 10 Mio. Franken für alle Gemeinden, aber es fragt sich, wie stark die Stadt Luzern zusätzlich zur Kasse gebeten wird. In der Regel gibt es bei diesen Mehraufwendungen bei den Gemeinden Gewinner und Verlierer, und da die Stadt Luzern nicht Mitglied des VLG ist, hat sie weniger Möglichkeiten, das Verhältnis zu ihren Gunsten zu verbessern.

Esther Burri: Die Antwort auf die vorliegenden Fragen und der Kontext, in dem die Antworten stehen, lassen eigentlich nur einen Schluss zu – Christian Hochstrasser sagte es auch schon: Die Finanzpolitik des Kantons Luzern ist gescheitert. Was wurde da nicht alles versprochen: Man müsste nur ein bisschen die Steuern senken, und schon würden wohlhabende und internationale Firmen in die Stadt Luzern ziehen und die finanziellen Löcher stopfen – und in der Stadt Luzern würden schlussendlich alle davon profitieren. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann sagte sogar, das alles sei ohne Sparpakete möglich, was sich ja als falsch herausstellte. Das aktuelle Sparpaket ist besonders bitter: 330 Mio. Franken müssen im Kanton Luzern gespart werden, mit grossen Auswirkungen auf die Gemeinden, wie soeben wieder gehört. Störend dabei findet die Sprechende vor allem, wie die Diskussion auf Seiten des Kantons vorstattgeht. Darauf kann die Stadt Luzern nicht viel Einfluss nehmen, aber trotzdem. Wer sich von der Beratung des KP17 letzte Woche mehr Klarheit versprach, lag falsch. Von den 330 einzusparenden Millionen sind immer noch 170 Mio. Franken nur Platzhalter. Angesichts von Begriffen wie „Transferaufwände“ und „Organisationsentwicklung“ und weiteren 90 Mio. Franken ist noch nicht klar, wie das gemacht werden soll. Nur einen Tag später folgte das Fiasko mit dem NFA, aus dem pro Jahr nun 38 Mio. Franken weniger kommen, als eingeplant war. Das macht in den drei Jahren des AFP aus einem 330- ein 550-Mio.-Sparpaket. Da kommt einem schon der Gedanke, dass – statt bei den Schulen zu sparen –, ein paar Leute aus dem Finanzdepartement das Grundrechnen noch etwas üben sollten.

Vor diesem Finanzdebakel dankt die Sprechende zwar der Interpellantin und den Interpellanten für ihre Fragen und dem Stadtrat für die Antworten. Aber man muss sich schon bewusst sein; für die Stadt Luzern wird es noch dicker kommen. Wie gehört, sind einige der Fragen im Moment erledigt, die verbleibenden Punkte haben es aber in sich. Wie bereits gesagt, bei den finanziellen Auswirkungen ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht.

Bei der 2. Frage zur Erhöhung der Wochenarbeitszeit ist die Sprechende aber schon der Meinung, dass die Stadt Luzern sich bewusst sein muss, was das nicht nur für das Personal, son-

dern auch für die Stadt als Arbeitgeberin und als Wohnort bedeutet. Als Arbeitgeberin wird die Stadt Luzern nicht attraktiver. Eine vor zwei Wochen veröffentlichte Studie zeigte, dass für das nächste Schuljahr nur gerade 17 % aller Schulleiterinnen und Schulleiter in der Deutschschweiz die offenen Stellen mit ausreichend qualifiziertem Personal besetzen konnten. Insbesondere Fachlehrpersonen und Spezialistinnen, wie z. B. Sprachlehrpersonen oder Heilpädagogen, sind schwer zu finden. Als Gründe dafür nennt die Studie die Lohnunterschiede und Ungleichheiten zwischen den Kantonen und Gemeinden. Wie viele Schulleiterinnen und Schulleiter in der Stadt Luzern werden wohl Mühe haben bei der Stellenbesetzung, auch im Hinblick auf das übernächste Schuljahr? Die Studie sagt weiter – und hier ist die Stadt Luzern als Wohnort betroffen – dies führe zu qualitativen Unterschieden zwischen den Schulen und gefährde die Chancengleichheit. Wie wirkt das zusammen mit den schweizweiten Schlagzeilen über Zwangsferien wohl auf Eltern? Darum muss der Stadtrat nach Meinung der Sprechenden mehr als nur bilanzieren. Er muss sich dafür einsetzen, dass sich die finanzielle Situation des Kantons Luzern nicht weiter verschlechtert, sondern mittelfristig wieder verbessert. Die politischen Chancen dazu sind gegeben. Erstens muss dafür gesorgt werden, dass die Ausfälle nicht noch grösser werden. Die Unternehmenssteuerreform III reiss nicht nur ein Loch von mind. 1,5 Mrd. Franken in die Bundeskasse, sondern wird wohl auch ein neues Rennen um die tiefsten Unternehmenssteuern auslösen. Ein Rennen, in dem der Kanton Luzern auch mit den tiefsten Steuersätzen wieder Verlierer sein wird. Die Sprechende hat ein paar Unterschriftenbögen für das Referendum dabei; in der Pause können die Ratsmitglieder gern bei ihr unterschreiben. Zweitens steht im September die Abstimmung zur Initiative für faire Unternehmenssteuern an. Diese will die desaströse Senkung zur Hälfte rückgängig machen. Damit wäre das Loch in den Kantonsfinanzen noch nicht gestopft, das Steuer aber immerhin in die richtige Richtung gedreht. Dem Stadtrat würde es nach Meinung der Sprechenden gut anstehen, im Interesse der Stadt Luzern und im Sinn der Beantwortung der Interpellation eine positive Abstimmungsparole zu diesem Thema zu kommunizieren. Die Sprechende bedankt sich.

Albert Schwarzenbach traf gestern eine Kantonsrätin und erfuhr von ihr, sie habe jetzt sechs Tage eingesetzt für die Debatte über das Konsolidierungsprogramm (Fraktionssitzung, Kommissionssitzung, Debatte im Parlament). Jetzt sei der neue Aspekt mit dem Nationalen Finanzausgleich von 38 Mio. Franken aufgekommen, und jetzt müsse man es sich eigentlich noch einmal grundsätzlich überlegen. Das ist eigentlich schon die Stellungnahme des Sprechenden, er geht nicht materiell auf die einzelnen Punkte ein. Es ist schwierig, es ist so vieles offen, es wurden so viele Fragen angesprochen. Der Sprechende sagt einzig: Die Stadt Luzern ist gut beraten, in der Finanzpolitik vorsichtig zu sein. In der letzten Runde im Kantonsrat konnten die Gemeinden ihre Rechte durchsetzen – ob es das nächste Mal auch so gelingt, wird man sehen. Die Stadt Luzern ist gut beraten, ihren finanziellen Spielraum zu behalten, damit sie auf das, was vom Kanton Luzern noch kommen könnte, richtig antworten kann.

Sonja Döbeli Stirnemann: Wie Albert Schwarzenbach sagte, es ist wirklich sehr vieles im Fluss. Die Interpellation und die ganze Diskussion gehören eindeutig in den Kantonsrat. Das Votum war sehr lang und über Themen, die nur im Kantonsrat debattiert werden. Die Sprechende bittet die Ratsmitglieder, sich noch einmal zu konzentrieren und zu schauen, was die Kompetenzen und Aufgaben des Grossen Stadtrates sind. Die Interpellation wurde auch von Kan-

tonsräten unterschrieben; die Sprechende bittet die Kantonsräte, die Voten direkt im Kantonsrat zu halten.

Damit ist die Interpellation 333 beantwortet.

**5. Bericht 12/2016 vom 4. Mai 2016:
Tagesstrukturen in der Volksschule. Entwicklungen und Konsequenzen 2018–2021**

EINTRETEN

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg: Ein Antrag auf Nichteintreten wurde mit 7 : 2 : 0 Stimmen abgelehnt. Die Bildungskommission trat ein und diskutierte den Bericht. Grossmehrheitlich wurde der Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Während der Ausbau der Betreuungsangebote für lernende Kinder im Kindergarten und in der Primarschule unbestritten war, lehnte eine Minderheit der Kommissionsmitglieder insbesondere den Aufbau eines Mittagstischangebots für Lernende an der Sekundarschule ab. Es wurden in der Kommission mehrere Fragen gestellt und auch beantwortet, die Sprechende verweist auf das Protokoll.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion bedankt sich für die sorgfältige Abklärung und Auflistung rund um die additive Betreuung in der Volksschule Stadt Luzern – Stand heute. Der Bericht bzw. die neuesten Zahlen erstaunen die FDP-Fraktion überhaupt nicht, diese konnten bereits 2012 vorausgesagt werden – da musste man weder Hellseher noch studiert sein. Diese Entwicklung ist normal, denn inzwischen ist es normal, dass Kinder fremdbetreut werden, und sei es nur an einzelnen Tagen. Heute wollen oder müssen sowohl Väter als auch Mütter einer bezahlten Arbeit nachgehen. Das ist der Wandel der Zeit. Schliesslich ist ein Grossteil der Eltern gut ausgebildet, und die Wirtschaft und das Gemeinwesen (z. B. Spitäler und Heime) sind auf das ausgebildete Fachpersonal angewiesen. Dazu werden aber gute Betreuungsplätze vom Vorschulalter über die Primarschule bis zur Sekundarschule benötigt, nur dann können die Eltern sich voll und ganz auf die Arbeit konzentrieren. Omis und Opas arbeiten heute ebenfalls vielfach beide oder wohnen nicht am gleichen Ort und kommen somit für die Betreuung nicht mehr in Frage. Mit anderen Worten: Wer heute noch generell gegen ausserfamiliäre Betreuung der Kinder ist, lebt noch im letzten Jahrhundert.

Die FDP-Fraktion steht klar hinter guten Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern. Dass die Betreuung jetzt auf die Sekundarschule ausgeweitet wird, ist folgerichtig, denn die Kinder, die jetzt in die Sekundarschule übertreten, sind sich mehr Betreuung bzw. Fremdbetreuung gewöhnt und konnten bereits schon vom zweijährigen Kindergarten profitieren. Dass die Einführung der Betreuungsangebote in der Sekundarschule auf später aufgeschoben wurde, stimmt für die Fraktion heute noch immer; an der geplanten Etappierung will sie festhalten. Prioritäten setzen und sich immer wieder auf das Wichtigste konzentrieren, das muss man nicht nur in der Politik, sondern auch tagtäglich im Beruf und im Privaten.

Den allgemeinen Ausbau der Tagesstrukturen in der Volksschule bzw. die Einführung des

Mittagsangebots stufenweise zu planen, zeigt Weitsicht und Achtsamkeit gegenüber den verantwortlichen Fachpersonen der Stadt Luzern. Die Etappierung ist absolut sinnvoll und gibt die nötige Luft für eine gute Umsetzung inkl. Abklärungen allfälliger Synergien, was oft ein weiterer Zeitfaktor ist. Eine Überregulierung und ein zu grosses Angebot (Plätze auf Vorrat...) möchte die FDP-Fraktion aber klar nicht. Das kann sich die Stadt Luzern schlicht nicht leisten.

Die FDP-Fraktion möchte aber klar festhalten, dass die Animation der Kinder im Sekundarschulalter zweite Priorität haben soll. Sie möchte auch nicht, dass die entsprechenden Betreuungspersonen falsche Erwartungen an ihren neuen Job haben, und in der Folge allenfalls weitere Begehrlichkeiten auftauchen, weil die personellen Ressourcen einfach nicht reichen würden. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion unter Punkt 6.2.1 auf Seite 21 eine entsprechende Protokollbemerkung zur Präzisierung stellen.

Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht ein und nimmt sowohl von Punkt I, dem Ausbau der Kapazität für Kindergarten- und Primarschulkinder, zustimmend Kenntnis als auch von Punkt II, dem Aufbau des Mittagsangebots für die Lernenden im Sekundarschulalter.

Mirjam Fries: Vor bald vier Jahren wurde mit dem B+A 30/2012 beschlossen, die Betreuung an der Volksschule in der Stadt Luzern etappenweise bis 2017 auszubauen. Damals ging man von einem Betreuungsbedarf von rund 30 % der Lernenden aus. Gleichzeitig wurde beschlossen, aus finanziellen Gründen zuerst einmal auf die Einführung des Mittagstisches auf der Sekundarschulstufe zu verzichten. Man wusste damals schon, dass irgendwann ein weiterer Ausbau schritt notwendig sein wird. Das ist jetzt tatsächlich der Fall, man geht davon aus, dass mittelfristig etwa 35 bis 40 % der Schülerinnen und Schüler resp. deren Eltern vom Angebot Gebrauch machen werden. Die CVP-Fraktion unterstützt darum einen weiteren Ausbau des Betreuungsangebots in der Stadt Luzern.

Die Sprechende denkt, die Notwendigkeit von Tagesstrukturen an der Volksschule ist mittlerweile allgemein anerkannt. Es ist wichtig, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle sozialen Schichten gewährleistet ist. Dies einerseits für die Wirtschaft, indem beide Elternteile arbeitstätig sein können. Andererseits sind Tagesschulen auch Orte der Sozialisierung resp. sie gehören zu einem gesamtheitlichen Bildungskonzept und sind ein wichtiger Faktor bei der Integration von fremdsprachigen Kindern.

Die Stadt Luzern setzt auf das Modell der additiven Tagesschule. Jede Familie kann bedarfsgerecht wählen, wie viel Betreuung sie braucht. Dieses À-la-carte-Modell ist für die Familien wirklich ideal, die meisten nehmen Betreuung ja nur an gewissen Tagen in Anspruch oder sie profitieren von gewissen Modulen – sei es am frühen Morgen, am Mittag, am frühen oder späten Nachmittag oder auch in den Ferien. Man darf an dieser Stelle aber ruhig auch sagen, dass das für die Volksschulen eine grosse organisatorische Herausforderung ist.

Mit dem vorliegenden Bericht will die Stadt Luzern nun auch das Mittagsangebot an der Sekundarschule einführen, wie es vom Kanton Luzern auch vorgegeben ist. Die CVP-Fraktion findet es gut, dass das Angebot niederschwellig ist, und man nur mit einem schmalen Personalressourceneinsatz rechnet. Die Sprechende denkt, es kann für die Schülerinnen und Schüler entlastend sein, wenn sie über den Mittag in der Schule bleiben können, so wie es in einem ersten Schritt geplant ist. Später will man ja auch noch Mahlzeiten anbieten, was schlussendlich ja die Idee eines Mittagstisches ist. Dass ein Schulhaus zusätzlich gewisse Freizeitaktivitäten organisiert, sieht die CVP-Fraktion als zweitrangig. Alles in allem findet die

Fraktion die Betreuung an der Volksschule eine gute Sache, die in der Stadt Luzern auch sehr gut umgesetzt ist. Die Fraktion unterstützt den weiteren bedarfsgerechten Ausbau.

René Meier freut es natürlich, dass er an seinem letzten Ratstag noch einen Bericht vertreten darf. Das Betreuungsangebot in der Volksschule ist für die SP/JUSO-Fraktion schon länger ein wichtiges Thema, darum verlangte sie auch schon beim jetzt gültigen Umsetzungsprogramm im Jahr 2012 mit der Dringlichen Motion 340 eine schnellere Gangart. Und es freut die Fraktion natürlich, wenn jetzt anschliessend an dieses Ausbauprogramm auch der weitere Ausbau gezielt weitergeführt wird.

Der Sprechende möchte sich herzlich bedanken bei der Bildungsdirektion und bei den oder der Verfassenden für den ausgezeichneten Bericht. Dieser zeigt auf, dass die Volksschule in der Stadt Luzern schon heute über ein sehr gutes, schrittweise gewachsenes Betreuungsangebot verfügt. Er zeigt aber auch klar auf, dass und wo noch Entwicklungsbedarf besteht. Mit dem 2008 von der ehemaligen Schulpflege gefällten Modellentscheid für eine additive Tageschule hat die Stadt Luzern ein freiwilliges Baukastensystem der Betreuung, das eigentlich alle Lebensmodelle unterstützt und es allen Familien mit Kindern ermöglicht, bei Bedarf eine optimale Vereinbarkeit von Beruf und Familie umzusetzen. Das ist, wie schon gesagt wurde, ein wichtiger Standortvorteil für die Stadt Luzern. Es ist auch für die Wirtschaft wichtig und attraktiv, damit die gut ausgebildeten Arbeitskräfte weiterhin behalten und beschäftigt werden können. Unbestritten ist es auch ein wichtiger Teil für die Sozialisierung, sei es bei Einzelkindern oder Migrationskindern.

Letztendlich geht es in diesem Bericht aber auch um die Erfüllung eines gesetzlichen Auftrags aus dem Volksschulbildungsgesetz (VBG), wonach die Gemeinden ja verpflichtet sind, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen. Mit dem heutigen Angebot können 27 % der Schulkinder von der Betreuung profitieren – und bis zum Abschluss des Ausbaus werden es rund 30 % der Kinder sein. Mit diesem Ausbau will man ja den mittelfristig erwarteten Bedarf von 35 bis 40 % abdecken, das entspricht immerhin rund 150 zusätzlichen Ganztagesplätzen. Wichtig ist zudem, dass die Angebotslücke in der Sekundarschule geschlossen wird.

Die SP/JUSO-Fraktion ist auch überzeugt, dass der Bedarf langfristig über die angestrebten 40 % Abdeckung hinausgehen wird, d. h., man wird auch in Zukunft, nach diesem Bericht, noch weitere Ausbauschritte angehen müssen. Der Bericht zeigt auf, in welchen Schritten der Ausbau erfolgen soll. Ob der geplante Ausbau die Bedürfnisse wirklich abdecken wird, wird man von Jahr zu Jahr neu beurteilen müssen und vielleicht muss man das Ausbautempo dann anpassen.

Der Bericht zeigt weiter auf, dass überall kostengünstige Lösungen gesucht und Synergien genutzt werden, vor allem im Bereich der Räume.

Fragen stellen sich bei der aufgezeigten Warteliste für Neueinsteigende. Wenn der Sprechende sich richtig erinnert, sind das auf Beginn des nächsten Schuljahrs etwa 70 Familien. Das ist sicher eine grosse Belastung für die betroffenen Familien, auch wenn viele von ihnen in Kitas noch Übergangslösungen finden können. Aber die Unsicherheit, ob ein Platz zur Verfügung steht, sowie auch der höhere Preis, der zu zahlen ist, sind sicher belastend. Hier wird man nach Lösungen suchen müssen, um diese Warteliste möglichst schnell zu schliessen – das ist aber nicht Bestandteil des vorliegenden Berichts.

Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den Bericht eintreten und beiden Anträgen zustimmen.

András Özvegyi: Aus Sicht der GLP-Fraktion war die Nachfrage für Tagesstrukturen an der Volksschule eigentlich schon immer gegeben. Leider wird es systembedingt auch weiterhin so bleiben, dass die Nachfrage grösser ist als das Angebot. Der vorgesehene Ausbau um 150 Plätze ist also berechtigt und schafft nicht etwa ein Überangebot.

Tagesstrukturen gehören heute einfach zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es ist wirtschaftlich sehr wichtig, dass alle ausgebildeten Leute ihrem Beruf auch wirklich nachgehen können. Leider befinden sich viele Arbeitsplätze nicht in der Stadt Luzern, sodass viele Mütter und Väter auswärts arbeiten müssen und über Mittag gar nicht nach Hause gehen können. Die GLP-Fraktion findet es logisch, dass jetzt in einem zweiten Schritt auch auf Sekundarstufe ein altersadäquates Mittagsangebot bereitgestellt wird. Die zwölfjährigen Kinder, die das Betreuungsangebot in der Primarschule wahrgenommen haben und es nun schon gewöhnt sind, suchen in der Sekundarschule eine Fortsetzungsmöglichkeit, bis sie sich ganz in der Selbstständigkeit gefunden haben und den Mittag allein verbringen werden.

Auf der anderen Seite ist der Fraktion aber auch klar, dass es Geld kostet – das sieht man ja im Bericht. Infrastrukturmässig kostet es 430'000 Franken und jährlich kostet es 200'000 bis 400'000 Franken. Aber genau wegen solchen notwendigen Ausbauschritten unterstützte die GLP-Fraktion das letztjährige HiG-Paket, damit die Stadt Luzern sich solche Ausbauschritte für die Bevölkerung leisten kann. Dies gesagt, ist die Fraktion für Eintreten und wird auch zustimmen.

Marcel Lingg: Für einmal ist die SVP innerhalb der Fraktion nicht ganz gleicher Meinung, d. h., es gibt bei der Schlussabstimmung zwei unterschiedliche Ansichten. Das kann es einmal geben, aber der Sprechende verspricht, dass es das letzte Mal in dieser Legislatur ist...

Der Bericht beinhaltet zwei eigenständige Teile, nämlich den Ausbau auf der Unterstufe und den Ausbau auf der Oberstufe. Betreffend die Unterstufe besteht in der SVP-Fraktion Einigkeit; sie ist weiterhin der Ansicht, dass die additive Tagesschule, wie sie in der Stadt Luzern aufgebaut wurde, ein Erfolgsmodell ist – sowohl bezüglich der Angebote als auch der Finanzierung mit den Betreuungsgutscheinen. Die SVP-Fraktion findet, das wurde richtig aufgegleist, und sie ist froh, dass keine flächendeckende obligatorische Tagesschule eingeführt wurde. So können die Eltern ihre Kinder so in das Angebot schicken, wie es in der Familie individuell erforderlich ist. In diesem Sinn wird die SVP-Fraktion dem ersten Teil einstimmig zustimmen.

Anders sieht es bei der Ausweitung des Angebots auf die Oberstufe aus; hier ist die Fraktion nicht ganz gleicher Ansicht. HiG und KP17 – es wird sehr viel gespart und es muss sehr viel gespart werden im Bereich Bildung. Schlagwörter sind etwa: Zwangsferien für Schüler und Lehrer, Schulreisen können nicht mehr stattfinden. Die SVP-Fraktion fragt sich da, ob wirklich alle Sparmassnahmen, die im Bildungsbereich nun vorgeschlagen oder umgesetzt werden, vertretbar sind. Die Fraktion sieht, im Sinn der Sache muss gespart werden, aber sie sieht auch, dass das Nachteile hat. Somit werden viele Sparmassnahmen im Bildungsbereich in einem gewissen Sinn kritisch hinterfragt, aber ein Teil der Fraktion findet, dass es wirklich nicht Sinn macht, jetzt ein neues Angebot zu kreieren für etwas, das heute ja eigentlich hervorragend funktioniert. Es wird jetzt immer wieder erwähnt, die Kinder seien sich an die Fremdbetreuung in der Primarschule gewöhnt, das mag ja sein. Man kann sich aber auch die Frage stellen, ab wann ein Kind entwöhnt werden sollte, damit es eben nicht mehr fremdbetreut

werden muss und selbstständig genug ist, um den Mittag verbringen zu können. Salopp gesagt und nicht ganz ernst gemeint: Mit der gleichen Argumentation könnte man dann auch sagen, das Kind sei sich Fremdbetreuung aus der Oberstufe gewöhnt, also müsse es auch in die Berufs- oder Gewerbeschule überführt werden. Es wird auch immer wieder gesagt, es müssten kantonale Vorgaben übernommen werden. Logisch, der Kanton schreibt eine Ausweitung auf die Oberstufe mehr oder weniger vor. Andererseits, im Hinblick auf die Diskussion im Kanton Luzern über weitere Sparmassnahmen, die möglicherweise beschlossen werden müssen, kann man sich schon fragen, ob der Kanton nicht auch diesen Entscheid einmal rückgängig machen müssen, sodass eben kein Angebot neu erfunden werden muss, sondern z. B. eine andere Sparmassnahme weniger intensiv umgesetzt würde.

Wie erwähnt, gibt es in der SVP-Fraktion aber auch Befürworter für den Ausbau auf der Oberstufe – viele dieser Argumente wurden schon gesagt, und der Sprechende möchte sie nicht explizit wiederholen, aber noch ein neues Argument anfügen: Es wurde festgestellt, dass die Schulhäuser über Mittag geschlossen werden, dabei wäre es aber sinnvoll, die Schulhäuser offenzuhalten. Das bedeutet aber, dass Betreuungs- oder Aufsichtsaufwand bewilligt werden muss, wodurch die Differenz vom jetzigen zum neuen System nicht mehr allzu gross ist. Wenn man die Schulhäuser über Mittag für die Schüler nämlich offenzuhalten will, fallen die Kosten sowieso an, und die Differenz zu einem Angebot mit Mittagessen oder sogar einem kulturellen oder sportlichen Angebot ist nicht mehr allzu gross. Das ist die Argumentation der Befürworter in der SVP-Fraktion.

In diesem Sinn wird die Fraktion auf einen Rückweisungsantrag verzichten und Ziffer I einstimmig zustimmen. Bei Ziffer II hat die Fraktion Stimmfreigabe. Der Sprechende bedankt sich für die Kenntnisnahme.

Noëlle Bucher möchte den Vorwurf von Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst, sie argumentiere unsorgfältig, nicht auf sich sitzen lassen. Deshalb wird das Votum zum vorliegenden Bericht ein bisschen ausführlicher ausfallen. Seit dem 1. Januar 2014 sollten alle Gemeinden im Kanton Luzern den Lernenden bedarfsgerecht schul- und familienergänzende Tagesstrukturen zur Verfügung stellen. Als eine von zwei Fraktionen im Rat begrüsst die G/JG-Fraktion 2012 bei der Behandlung des B+A „Tagesschulen in der Volksschule“ die Variante „Optimal“. Diese hätte dem gesetzlichen Auftrag Rechnung getragen. Leider war aber eine Mehrheit im Rat der Meinung, die Stadt Luzern sei ermächtigt, einen gesetzlichen Auftrag nicht zu erfüllen und bevorzugte aus finanzpolitischen Gründen eine Variante, bei der kein bedarfsgerechter Ausbau vorgesehen war. Zudem verhinderte der Rat 2012 den Angebotsausbau in der Sekundarschule. Es gibt viele Gründe, die für eine bedarfsgerechte schulergänzende Betreuung sprechen: die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die damit einhergehende Stärkung der Wirtschaft, Mobilität, demografische Entwicklungen, die Gleichstellung von Frau und Mann und nicht zuletzt die Chancengleichheit für die Kinder unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft. Die G/JG-Fraktion erwartete den vorliegenden Bericht mit Spannung. Sie stellt erfreut fest, dass der Stadtrat die Tagesstrukturen in der Volksschule weiter ausbauen will. Sie begrüsst insbesondere, dass der Stadtrat ein Mittagsangebot für Lernende in der Sekundarschule, die z. T. noch nicht einmal zwölf Jahre alt sind, aufbauen will. Der Ausbau auf der Kindergarten- und Primarstufe geht der G/JG-Fraktion aber zu wenig weit. 2014 wurden 26 % der Kinder auf der Kindergarten- und Primarstufe ergänzend zum Unterricht in der Volksschule betreut. Zwei Jahre vorher lag der Anteil der Kinder in dieser

Altersgruppe noch bei 18 %. Es ist also davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren noch mehr Kinder auf schulergänzende Betreuung angewiesen sein werden, das leitet sich u. a. auch aus den Zahlen zu den betreuten Kindern im Vorschulalter ab. So besuchten 2014 47 % der Stadtluzerner Kinder vor dem Kindergarten Eintritt eine Kita, eine Tagesfamilie oder eine Spielgruppe. Ein Grossteil dieser Kinder, vielleicht alle oder sogar noch mehr werden in den kommenden Jahren auf eine adäquate Tagesstruktur in der Volksschule angewiesen sein. Im vorliegenden Bericht wird aufgezeigt, dass mittelfristig zwischen 35 und 40 % der Lernenden in der Stadt Luzern ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen werden. In urbanen Zentren wie Basel oder Zürich nutzen bereits heute über 60 % der Kinder im Vorschulalter ein Tagesstrukturangebot – Tendenz steigend. Ist die Stadt Luzern kein urbanes Zentrum? Wird der Rat in vier Jahren über einen erneuten Ausbau diskutieren müssen? Die G/JG-Fraktion bedauert, dass der Stadtrat keinen Bericht vorlegte, mit dem der errechnete zukünftige Bedarf effektiv gedeckt werden könnte. Grundsätzlich vermisst die Fraktion im Bereich der Tagesstrukturen den Mut der Regierung. Während im Vorschulbereich inzwischen eine komfortable Situation besteht, dümpelt man im Bereich der Volksschule hinterher. Im Kanton Zürich gehen immer mehr Kinder in einen Hort oder essen an einem Mittagstisch. Diesem wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnis trägt der Regierungsrat im Rahmen seiner Legislaturziele 2015–2019 Rechnung. Die Regierung will die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern. Die Tagesschulen sollen eine Betreuung während des ganzen Tags anbieten. Unterricht und Betreuung sollen enger miteinander verbunden sein. Natürlich sagen jetzt ein paar Ratsmitglieder, das werde man sich nicht leisten können. Tagesschulen sind aber eine Investition, die sich mehrfach lohnen würde. Der geplante Ausbau der Tagesstrukturen in der Volksschule in den Jahren 2018–2021 erfolgt aus Sicht der G/JG-Fraktion nicht bedarfsgerecht. Die Stadt Luzern wird also auch in Zukunft in der Bereitstellung von Tagesstrukturen hinterher hinken. Nicht alle Familien haben die Möglichkeit, die Betreuung privat, z. B. mit Grosseltern oder Nachbarn, zu organisieren. Und auch nicht alle Familien haben die finanziellen Möglichkeiten, ihre Kinder statt in einem Hort in einer Kita weiterbetreuen zu lassen. Die Mittags- und Nachmittagsangebote sind heute in der Regel voll ausgelastet. Vor wenigen Wochen erhielten die Eltern von der Volksschule Bescheid, ob ihre Kinder im kommenden Schuljahr in einem Hort betreut werden können oder nicht. Die Sprechende wurde von mehreren Eltern, die leider negativen Bescheid erhalten hatten, angesprochen bzw. angeschrieben. Die Kinder dieser Eltern können im nächsten Jahr leider keinen Hort besuchen. Die Eltern müssen finanzielle Einbussen in Kauf nehmen, weil sie eine teure Alternativlösung suchen und Erschwernisse in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewältigen müssen. Zusammenfassend möchte die G/JG-Fraktion festhalten, dass ein Ausbau an Tagesstrukturen in der Volksschule dringend notwendig ist. Die Fraktion forderte in den vergangenen Jahren mehrfach die Ausweitung der Tagesstrukturen in der Volksschule. Sie ist froh, dass der Stadtrat dieses sehr wichtige Anliegen endlich aufgenommen hat, auch wenn es aus Sicht der Fraktion zu spät kommt. Die Fraktion begrüsst die Idee des Stadtrates, den Schülerinnen und Schülern ein organisiertes Mittagsangebot anzubieten. Der präsentierte Ausbau für die Kindergarten- und Primarstufe wird aber, wie gesagt, den Bedarf nicht abdecken. Es muss nämlich auch davon ausgegangen werden, dass der angemeldete Bedarf nicht dem effektiven Bedarf entspricht, weil sich viele Eltern privat organisieren, um auf Nummer sicher zu gehen. Sie wollen und können nicht riskieren, für ihre Kinder nach den Sommerferien kein adäquates Angebot zu haben. Die Sprechende kennt Familien, die extra wegen des Betreuungsangebots im Vorschulbereich und

des Systems mit den Betreuungsgutscheinen in die Stadt Luzern gezogen sind. Leider hörte die Sprechende jetzt aber auch schon von Familien, die sich ernsthaft überlegen, aus der Stadt Luzern zu ziehen, weil sie hier kein adäquates Betreuungsangebot für ihre Kindergarten- oder Schulkinder haben. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht ein und beantragt in der Schlussabstimmung blosser Kenntnisnahme von Ziffer I. Ziffer II wird die Fraktion zustimmend zur Kenntnis nehmen.

René Meier möchte zuhause von Marcel Lingg sagen, dass in Bezug auf die Sekundarstufe ein gesetzlicher Auftrag besteht, der aus finanziellen Gründen zurückgesetzt wurde. Das Argument der Finanzen gilt sicher nicht mehr, wie heute gesehen. Den gesetzlichen Auftrag muss und will die Stadt Luzern erfüllen. Es ist auch ein niederschwelliges Angebot, es wird ja kein riesiger Aufwand investiert. Der Sprechende glaubt, es ist absolut richtig, wenn man das jetzt an die Hand nimmt und umsetzt. Würde der Kanton Luzern das streichen und auf eine andere Idee kommen – was nach Überzeugung des Sprechenden nicht der Fall sein wird –, wäre noch Zeit, denn die Umsetzung erfolgt ja nicht auf 2016/2017. Von daher ist es sicher richtig, auch auf der Sekstufe ein adäquates Angebot zu machen.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst bedankt sich. Die Sprechende glaubt, alle spüren, dass ein gewisser Druck besteht. Was bedarfsgerecht ist, das lässt sich nicht genau messen. Die Sprechende ist überzeugt – das sagte sie auch in der Kommission –, dass der Druck bestehen bleiben wird. Das Parlament kann sich darauf einstellen, dass das Angebot sicher noch erweitert werden muss, das ist völlig klar. Die Stadt Luzern macht jetzt einen weiteren Schritt in die Richtung, die mit der sogenannten additiven Schule eingeschlagen wurde – es geht also nicht um eine Tagesschule, sondern um eine Wahlmöglichkeit für die Eltern, die entscheiden können, ob sie ihr Kind in der Schule, zu Hause oder bei einer Nachbarin oder Tagesmutter verpflegen lassen wollen. Früher war der Mittagstisch ja das Zentrum der Familie, wo man sich traf und wo es vielleicht auch noch Befehlsausgaben gab. Der Schwager der Sprechenden, der heute als Gast hier ist, weiss noch, dass sein Vater in der halbstündigen Mittagspause jeweils schnell heimrannte – die Suppe musste schon parat sein –, um seinen Buben gegenüber durchzugreifen, denn am Abend war er zu müde dafür. Es war also quasi ein Familientreffen, heute ist das aber völlig anders. Dabei ist es nicht so, dass die Schule diese Veränderungen machen würde; es ist nicht die Schule, die am Mittag ein Angebot machen will. Vielmehr sind es die gesellschaftlichen Veränderungen, denen die Schulen und die Stadt Luzern im Sinn einer Dienstleistung nachkommen. Die Sprechende weiss, dass es Familien gibt, die wegen des Betreuungsangebots in die Stadt Luzern ziehen, und sie glaubt, jene, die wegziehen, werden kaum eine Gemeinde mit einem besseren Angebot finden. Das Angebot in der Stadt Luzern wird jetzt um 150 Plätze ausgebaut. Es gibt natürlich immer Leute, die halt dann zwischen die Maschen des Netzes fallen, und das hat häufig damit zu tun – dessen muss man sich einfach auch bewusst sein –, dass das Angebot an gewissen Tagen total gefragt ist und an anderen Tagen nicht. Am Dienstag und Donnerstag könnten noch viel mehr Plätze angeboten werden, an den anderen Tagen weniger. Für jeden und jede, die ein bisschen wissen, wie es läuft, ist klar: Mit einem Teilzeitpensum arbeitet man vielleicht eher am Dienstag und Donnerstag, Mittwoch ist eh schulfrei, und Montag und Freitag sind weniger gefragt. Die Sprechende ist überzeugt, dass für einen gewissen Ausgleich gesorgt werden muss. Man ist nicht in der Lage – auch jetzt im Moment –, die Spitzen abzudecken. Das ist auch richtig, die Sprechende weiss

das selber auch. Zu ihrer Zeit war es so, dass die wenigsten Kinder ein solches Angebot hatten; sie selber musste sich auch mit Nachbarinnen organisieren, was nicht immer einfach war. Da sie damals schon im Kantonsparlament war, konnte sie es sich leisten, ihre Sek-Kinder am Mittag in die Kostgeberei zu schicken und diese Mittagessen zu zahlen. Das können sich aber nicht alle leisten, und deshalb ist die Sprechende der Überzeugung, dass ein solches Angebot auch auf der Sekstufe wichtig ist. Das Angebot wird jetzt ja stufenweise ausgebaut, wobei zuerst die Schulhäuser öffnen, und die Schülerinnen und Schüler ihr Essen mitnehmen können. Die Betreuung in der Schule, da ist die Sprechende überzeugt, ist hochprofessionell. Die Sprechende möchte Nicole Blasius, der Verfasserin des Berichts, ganz herzlich danken. Nicole Blasius ist ein wandelndes Lexikon zum Thema additive Tagesschule/Betreuung, und wenn man sie etwas dazu fragt, dann weiss sie es. Sie war auch noch in der SVP-Fraktion, um zu erklären, warum es auch auf der Sekundarstufe wichtig ist.

Vielleicht noch ein Wort zu dem, was sonst noch stattfindet. Der Stadtrat hat zur Kenntnis genommen und beschlossen, den freiwilligen Schulsport nach der Schule auf den verschiedenen Stufen anzubieten. Die Stadt Luzern wird dabei mit Jugend-und-Sport-Geldern vom Bund unterstützt sowie auch vom Kanton Luzern. So können die Kinder nach der Schule ein Schulsportangebot wahrnehmen.

Die Sprechende ergänzt noch etwas zum Angebot: In der Stadt Luzern besteht das Primat der Quartierschulen, das ist eine Tatsache. Die Quartierschulen will man hochhalten, das findet die Sprechende absolut richtig. Das gibt manchmal aber ein Problem mit den Mengen. Wenn man z. B. Tagesschulen hätte, wüsste man einfach, hier sind so und so viele Kinder, und dort sind so und so viele Kinder. Nun besteht aber das Problem, dass z. B. ein Kind aus dem Steinhofschulhaus zur Betreuung hinunter ins Sälischulhaus muss.

Der Stadtrat will die Quartierschulen erhalten und die Betreuung ausbauen, da muss man in Kauf nehmen – die Sprechende gibt Noëlle Bucher Recht –, dass einfach nicht alles perfekt ist. Auch wird man das künftig noch einmal ausbauen müssen. Die Sprechende freut sich sehr, denn sie weiss, das Parlament hat es nicht so gern, wenn man – wie vor vier Jahren – einen Bericht und Antrag bringt und sagt, das reiche, und später kommt man wieder und sagt, es brauche mehr. Die Sprechende möchte dem Rat danken. Die Schule ist sehr gut, auch die Betreuung ist sehr gut, denn auch dort wird viel Wert auf Qualität gelegt, und es gibt in diesem Bereich sogar Lehrstellen, worauf die Sprechende sehr stolz ist. Die Sprechende fordert den Rat auf, Sorge zu tragen zur Schule und zu den Lehr- und Kindergartenlehrpersonen. Eine gute Schule ist auf Neudeutsch gesagt ein USP (Unique Selling Point), also etwas ganz, ganz Wichtiges in einer Stadt. Die Stadt Luzern hat das ganz sicher, sie hat eine gute und gesunde Schule mit einer guten Durchmischung, was schlussendlich für das soziale Zusammenleben, aber auch für die Wirtschaft und nicht zuletzt auch für die Umwelt, die ja auch Behagen bedeutet, ganz wichtig ist. Die Sprechende spricht zum letzten Mal zur Schule und fordert die Ratsmitglieder auf: „Lueget zu üsere Schuel!“

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann bedankt sich. Die Detailberatung erfolgt erst am Nachmittag, nach Traktandum 6. Das Traktandum 5.1 (Postulat 300) wird unter Kapitel 4 behandelt, und die Behandlung von Traktandum 5.2 (Postulat 303) erfolgt unter Kapitel 6. Die Sprechende wünscht allen einen guten Appetit.

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Noëlle Bucher: Die G/JG-Fraktion hält aus folgenden Gründen am Postulat fest: In der Praxis ist es so, dass Kindergartenkinder mit einem Bedarf an additiver Tagesschule so eingeteilt werden, dass das Kindergarten- und das Betreuungsangebot nahe beieinander liegen. Konkret bedeutet das, dass jedes Jahr Kinder einen weiten Kindergartenweg auf sich nehmen müssen, weil sie in einen Kindergarten eingeteilt werden, der in der Nähe eines Betreuungsangebots ist. Und das, obwohl es unter Umständen in unmittelbarer Nähe zur Wohnadresse einen oder sogar mehrere Kindergärten gibt. Beispiel Tribschenstadt: Die Sprechende kennt Kinder, die von der Tribschenstadt ins Wartegg müssen, weil sie auf einen Hortplatz angewiesen sind – obwohl es in der Tribschenstadt vor Ort zwei quaternahe Kindergärten hat. Genau das Gleiche ist es im Brambergquartier, von wo die Kinder z. T. einen weiten Weg ins St. Karli auf sich nehmen müssen. Die Kinder müssen den Schulweg selber bzw. mit Hilfe ihrer Eltern oder grossen Geschwister absolvieren. Für die grossen Geschwister ist das aus Sicht der Sprechenden eine sehr grosse Verantwortung, und für die Eltern ist es manchmal schlichtweg nicht möglich. Man darf nicht vergessen, man spricht hier z. T. von Kindern, die noch nicht einmal oder gerade erst vier Jahre alt sind. Eine Alternative wäre, so hat die Sprechende es auch im Postulat formuliert, dass die Schule bzw. die Tagesstruktur eine Begleitperson delegieren würde, die mit den Kindergartenkindern den Weg vom Kindergarten zum Hort gehen würde. Das bräuchte es allenfalls auch nicht das ganze Schuljahr, sondern beispielsweise nur bis zu den Herbstferien. Die Sprechende kennt auch Fälle, in denen das gemacht wird, aber das ist dann einfach der Goodwill des entsprechenden Personals dieser Horte. Gemäss Stellungnahme zu diesem Postulat ist der Weg, den die Kinder von der Schule zu einem Betreuungselement zurücklegen müssen, in der Verantwortung der Schule. Auf diese Variante wurde in der Stellungnahme leider nicht eingegangen, und deshalb hält die G/JG-Fraktion an der Überweisung fest.

Sandra Felder-Estermann: Die Antwort des Stadtrates ist für die FDP-Fraktion schlüssig. Die Stadt Luzern darf auch stolz sein auf das, was sie bereits gut macht. Und sie bleibt ja nicht stehen, sie verbessert sich weiter und passt sich neuen Situationen immer wieder an. Der Ausbau der Tagesstrukturen zeigt den richtigen Weg. Allfällige Synergien müssen genutzt werden, das heisst auch, dass einzelne Betreuungslösungen in gewissen Fällen allenfalls ein Kompromiss sind. Die Kleinen müssen dann so lange wie nötig zur Betreuung begleitet werden. Eine Überregulierung und ein zu grosses Angebot möchte die FDP-Fraktion aber klar nicht. Es ist nicht nötig und es ist auch zu teuer.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion lehnt die vollständigen Forderungen des Postulats ab, wird es aber trotzdem zur Prüfung überweisen. Warum? Zu Postulat 311, das später noch behandelt wird, schreibt der Stadtrat, dass die ÖV-Anbindung in Reussbühl eine Lücke aufweist, weil die Anwohner mehr als 300 m zur nächsten Haltestelle laufen müssen. In den Quartieren ist es heute so, dass die Kinder bis zum Dreifachen dieser Strecke zum Mittagstisch laufen müssen.

Für die GLP-Fraktion ist das zumindest kritisch, und die weitere Entwicklung diesbezüglich ist im Auge zu behalten. Aus Sicht der Fraktion ist die Stadt Luzern weit davon entfernt, dass man sagen könnte, es sei alles im grünen Bereich, wie der Stadtrat es in der Antwort schreibt – zumal für die GLP-Wählerinnen und -Wähler der Mittagstisch bzw. die Ganztagesbetreuung ein ganz wichtiges Anliegen ist. Der Ruf nach Betreuung in jedem Schulhaus oder gar in jedem Kindergarten bzw. die Forderung nach einem allgemeinen Begleitschutz für die Kinder geht der GLP-Fraktion aber doch auch zu weit. Der GLP-Fraktion ist es aber ein grosses Anliegen, dass auf Druck des Parlaments familienfreundliche Lösungen – und eben nicht nur stadtkassenfreundliche und vielleicht auch liberale Lösungen – gesucht und tatsächlich auch realisiert werden.

Man darf nicht vergessen: Heute sind Vier- bis Viereinhalbjährige unterwegs zwischen Wohnung, Kindergarten und Mittagstisch. Für die GLP-Fraktion besteht sehr wohl Handlungsbedarf, obwohl sie – wie gesagt – nicht ganz so weit gehen will wie die Postulantin. Die Fraktion wird aber das vorliegende Postulat mit Überzeugung zur weiteren Prüfung überweisen.

René Meier: Die Forderung nach quaternahen Tagesstrukturen kann die SP/JUSO-Fraktion voll unterstützen. Es ist ja eigentlich auch die logische Konsequenz, wenn man Quartiersschulen hat, und Schule und Betreuung letztendlich möglichst nah zusammengehören, d. h. eine Einheit bilden, auch räumlich – im Idealfall auf dem gleichen Areal. Aus Sicht der Fraktion ist das in der Stadt Luzern mehrheitlich auch so umgesetzt, weshalb der Sprechende nicht ganz versteht, warum der Stadtrat diese Forderung ablehnt. Es ist aber auch klar, dass man nicht in jedem Kindergarten ein eigenes Betreuungsangebot aufbauen kann. Das wird im Vorstoss aber auch nicht gefordert – so hat der Sprechende es zumindest gelesen. Die Begleitung zwischen Schule und Hort ist ja eigentlich Aufgabe der Schule. Der Schulweg selber ist, wenn es kleine Kinder sind, halt aber auch noch Aufgabe der Eltern. Die SP/JUSO-Fraktion kann die Überweisung des Postulats zwar unterstützen, fragt sich aber, wieso man es nicht auch abschreiben kann.

Mirjam Fries: Das Primat der quaternahen Tagesschulen in der Stadt Luzern ist eigentlich unumstritten. Es wird auch so umgesetzt, dass man z. B. mit dem Modell der Basisstufe arbeitet, wenn es in einem Quartier nicht genügend Kinder für die einzelnen Klassen gibt. Aus Sicht der CVP-Fraktion darf die Quaternähe aber doch auch gewisse Grenzen haben. Im Bereich der Betreuung würde es zu weit führen, wenn jeder Kindergarten ein eigenes Betreuungsangebot schaffen würde. Man versucht ja jetzt schon, die Zuteilung der Kinder auf die Kindergärten und die Betreuung so zu machen, dass die Standorte möglichst zu Fuss erreichbar sind. Die Schule sieht es ja auch als ihre Aufgabe an, die Kinder vom Kindergarten zur Betreuung zu begleiten. In diesem Sinn ist die CVP-Fraktion einverstanden mit der Antwort des Stadtrates und lehnt das Postulat ebenfalls ab.

Die erste Abstimmung ergibt ein Resultat von 22 : 22 : 0 Stimmen.

Die zweite Abstimmung ergibt dasselbe Resultat.

In der dritten Abstimmung überweist der Grosse Stadtrat das Postulat 300 mit 23 : 21 : 0 Stimmen.

Sandra Felder-Estermann stellt namens der FDP-Fraktion einen **Abschreibungsantrag**: Es hiess ja, man könne es auch gleich abschreiben – jetzt sieht das Resultat vielleicht anders aus.

Die erste Abstimmung ergibt ein Stimmenverhältnis von 22 : 22 : 0.

In der zweiten Abstimmung wird das Postulat 300 durch Stichentscheid der Ratspräsidentin abgeschrieben.

Seite 18 ff. 6 Entwicklungen und Zielsetzungen 2018–2021 / Postulat 303

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Noëlle Bucher: Wie im Eintreten erwähnt, ist die Einführung eines adäquaten Betreuungsangebots für die Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler in der Stadt Luzern ein zentrales Anliegen der G/JG-Fraktion. Die Sprechende dankt dem Stadtrat dafür, dass er dieses Anliegen aufnahm und in allen Sekundarschulhäusern in der Stadt Luzern einen Mittagstisch anbieten will. Heute besuchen Kinder, die noch nicht einmal zwölf Jahre alt sind, die Sekundarschule. Die Nichte der Sprechenden wird erst im Oktober zwölfjährig und kommt nach dem Sommer ins Mariahilf Schulhaus. Sie hat das Glück, eine Tante zu haben, die einen Mittag abdecken kann, die anderen zwei Mittag, an denen sie auf Betreuung angewiesen wäre, geht sie in die Migros oder vielleicht auch vis-à-vis in den McDonald's essen. Nicht alle Eltern haben die Möglichkeit, am Mittag für ihre Kinder zu kochen oder nachbarschaftliche Hilfe zu organisieren. Für Kinder, die über Mittag nicht nach Hause können, braucht es ein Angebot. Das vom Stadtrat präsentierte Angebot macht aus Sicht der G/JG-Fraktion Sinn. Für die Fraktion ist aber nicht ganz nachvollziehbar, warum die Umsetzung des Angebots etappiert erfolgen soll. Es kann nicht sein, dass Kinder und junge Jugendliche unter der städtischen Sparpolitik leiden müssen, und darum fordert die G/JG-Fraktion – wie der Stadtrat auch – die Überweisung des Postulats, ist aber gegen dessen Abschreibung.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion ist ganz klar für die Abschreibung und hält nach wie vor am etappierten und bereits geplanten Ausbau fest. Mittagsbetreuung in der Sekundarschule ist wichtig, das ist klar. Die Sekundarschule Utenberg hat bereits einen solchen Verpflegungsraum, und für die Lernenden in den anderen Sekundarschulhäusern werden gemäss dem vorliegenden Bericht solche Räumlichkeiten geschaffen. Dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt, erstaunte die FDP-Fraktion, nichtsdestotrotz ist sie für die Abschreibung: Überweisen und abschreiben.

René Meier: Selbstverständlich unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die Forderung nach einem Mittagstisch auf der Sekundarstufe, das sagte der Sprechende bereits im Eintreten zum Bericht. Es ist ein wichtiges Anliegen, und es bestehen noch Lücken in der Betreuung. Die Umsetzung, wie sie im Postulat auf 2016/2017 gefordert wird, ist sicher illusorisch. Aber im Bericht ist ja aufgezeigt, wie es umgesetzt werden soll, deshalb unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die Überweisung. Sie ist aber auch gegen die Abschreibung, denn es ist ja noch nicht umgesetzt und erst geplant.

Noëlle Bucher: Wie gesagt, ist die G/JG-Fraktion auch gegen die gleichzeitige Abschreibung des Postulats. Im Bericht wird der Zeithorizont aufgezeigt. Geplant ist, dass ab Schuljahresbeginn 2018/2019 ein altersadäquates Mittagsangebot aufgebaut werden soll, ein Mittagstisch aber nochmal ein paar Jahre später. Im Postulat fordert die G/JG-Fraktion die Einführung eines Mittagstisches ab Schuljahr 2016/2017 – René Meier sagte, es sei wahrscheinlich illusorisch. Zumindest fordert die G/JG-Fraktion in diesem Fall, dass in allen Schulhäusern ein Raum zur Verfügung gestellt wird, in dem die Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler beaufsichtigt ihr Mittagessen zu sich nehmen können. Die Fraktion bittet den Stadtrat, die Umsetzung anzugehen, auf das kommende Schuljahr bereits eine Lösung bereitzustellen und dann spätestens ab dem Schuljahr 2018/2019, wie geplant, das Angebot einzuführen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 303 und schreibt es gleichzeitig ab.

Seite 19 ff. 6.2.1 Mittagsangebot Sekundarschulen

Sandra Felder-Estermann stellt folgende Protokollbemerkung:

Das Mittagessen zu beaufsichtigen hat klar erste Priorität. In zweiter Priorität werden freizeitorientierte Angebote gemacht, falls es die Personalressourcen zulassen.

Es gibt keine weiteren Auslagen, auch keine Ersparnis, sondern es geht um eine Präzisierung von dem, was im Bericht steht und eigentlich auch so erklärt wurde – aber es steht eben nicht so im Bericht. Kinder bzw. Jugendliche im Sekundarschulalter wollen und brauchen Freiräume und müssen auch lernen, sich selber zu organisieren. Es darf und soll also durchaus auch eine Zeit geben, in der die Kinder einfach nur ein bisschen chillen. Klar, der freiwillige Schulsport soll eingeführt bzw. gefördert werden, und allenfalls soll auch ein freiwilliger Kochkurs oder etwas ähnliches Platz haben. Aber die nötigen zusätzlichen Personalressourcen können in diesem Bericht nicht abgedeckt werden, und der Frust wäre vorprogrammiert, wenn man den Betreuungspersonen nicht explizit sagen würde, was sie in welcher Priorität zu erfüllen haben. Klar, es wird wahrscheinlich so gemacht, nichtsdestotrotz möchte die FDP-Fraktion das drin haben, damit keine weiteren Folgekosten entstehen.

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg: Die Protokollbemerkung wurde in der Kommission nicht gestellt.

René Meier: Die SP/JUSO-Fraktion kann die Protokollbemerkung nicht unterstützen und zieht die Formulierung, wie sie im Bericht enthalten ist, vor. Vor allem weil auf Seite 20 ja auch steht, dass das schulhauspezifische Angebote sind. Das Schulhaus kennt seine Klientel und weiss, welche Angebote notwendig und wichtig sind. Die Fraktion möchte es den Schulleitungen überlassen, die richtigen Angebote zu gestalten. Deshalb lehnt die SP/JUSO-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

Jules Gut ist Ingenieur und befasst sich mit Kilowattstunden und so, und es wäre vermessen, wenn er jetzt am Tisch entscheiden würde, was besser ist. Für das gibt es eine gute Verwaltung und eine gute Bildungsdirektorin. Ein liberales Element zeigt hier keine Grenzen auf.

Die Leute sollen sich selber organisieren. Wenn es schulhausintern möglich ist, ist das gut. Die GLP-Fraktion lehnt ab.

Mirjam Fries: Aus Sicht der CVP-Fraktion ist die Protokollbemerkung eigentlich nicht wirklich nötig. Im Bericht ist es ja auch so gemeint, dass zuerst die Betreuung kommt und erst in einer zweiten Priorität die freizeitorientierten Aktivitäten – das führte die Sprechende am Morgen aus Sicht der CVP-Fraktion auch so aus. Andererseits wurde die Protokollbemerkung jetzt einmal gestellt, und grundsätzlich heisst es ja nicht, dass keine freizeitorientierten Angebote gemacht werden sollen. Es zeigt nur die Prioritäten, und in diesem Sinn kann die CVP-Fraktion die Protokollbemerkung unterstützen.

Noëlle Bucher: Die G/JG-Fraktion unterstützt die Protokollbemerkung nicht, auch sie traut der Volksschule zu, Prioritäten richtig zu setzen. Aus Sicht der Fraktion beinhaltet die Protokollbemerkung einen versteckten Sparauftrag.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst fordert Sandra Felder-Estermann auf, Vertrauen und Zuversicht zu haben. Es gibt halt Unterschiede, und wenn eine Lehrperson in einem Schulhaus eine besonders gute Idee hat, wird das nicht in Rechnung gestellt. Man muss anpassen, dass man nicht zu fest in das operative Geschäft der Schulen eingreift. Im Bericht wird ganz klar gesagt, wofür das Geld gebraucht wird. Und wenn es einmal so wäre, dass ein Schulhaus eine grandiose Idee hätte, müsste das selbstverständlich budgetiert werden. Die Sprechende möchte beliebt machen, auch in der CVP-Fraktion, ein bisschen Vertrauen zu haben, loszulassen und den Lehrpersonen auch etwas zuzutrauen. Die Sprechende weiss aus eigener Erfahrung, dass Kinder in diesem Alter sich nicht wahnsinnig gern betreuen oder sich etwas vorschreiben lassen.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung ab.

Seite 30 f. 11 Antrag, Abstimmung

I.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann stellt den Antrag der G/JG-Fraktion auf **bloße Kenntnisnahme** dem Antrag des Stadtrates auf **zustimmende Kenntnisnahme** gegenüber. Der Grosse Stadtrat nimmt **zustimmend Kenntnis**.

II.

Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag.

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg: Der Antrag auf Streichung von Ziffer II wurde in der Kommission gestellt und mit 7 : 2 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion hat nachgerechnet und festgestellt, dass auf ihrer Seite eine Person mehr ist, sodass die Protokollbemerkung eigentlich überwiesen wäre.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann wendet ein, Reto Kessler sei bei der Abstimmung nicht anwesend gewesen.

Sandra Felder-Estermann: Doch, er war schon da.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Rückkommensantrag auf die Abstimmung über die Protokollbemerkung zu.

Die Protokollbemerkung wird mit 23 : 22 : 0 Stimmen abgelehnt.

**5.1 Postulat 300, Noëlle Bucher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion vom 23. November 2015:
Additive Tagesschule quatiernah umsetzen!**

Die Behandlung erfolgte im Rahmen der Detailberatung von Traktandum 5 (Kapitel 4).

**5.2 Postulat 303, Noëlle Bucher und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 14. Dezember 2015:
Einführung Mittagstisch in der Sekundarschule**

Die Behandlung erfolgte im Rahmen der Detailberatung von Traktandum 5 (Kapitel 6).

- Dringliche Interpellation 350, Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion, Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion vom 8. Juni 2016:
Rechtsstaatlichkeit verlangt Transparenz!**

**Fabian Reinhard beantragt Diskussion.
Der Diskussion wird stattgegeben.**

Fabian Reinhard: Die SP und die GLP Stadt Luzern schlossen vor dem zweiten Wahlgang einen Pakt, worin sich die GLP verpflichtete, politische Forderungen der SP zu unterstützen. Es gibt also einen politischen Vertrag, einen unterschriebenen Vertrag. Das ist mehr als nur aussergewöhnlich. Das ist problematisch aus zwei Gründen:

1. Dadurch sind die Stadträte der SP und der GLP vertraglich gebunden und damit in gewissen Bereichen nicht mehr frei in ihren Entscheidungen.
2. Offenbar sind nicht nur die Stadträte gebunden. Auch die Fraktionen der GLP und der SP

wurden ans Gängelband genommen, sind also ebenfalls vertraglich gebunden. Vor dem Hintergrund des freien Mandats ist das nicht nur politisch fragwürdig, sondern vielleicht sogar rechtlich problematisch.

So weit, so ungut. Das wäre ja eigentlich schon schlimm genug, es wird aber noch schlimmer, und zwar, weil der Deal zwischen der SP und ihrem neuen Juniorpartner GLP bis heute geheim ist. Solange man das Original nicht gesehen hat, weiss man nicht mit Sicherheit, was drinsteht. Die Wählerinnen und Wähler hätten aber ein Anrecht, es zu wissen. Es ist unverständlich, dass sich die Parteien bis heute wehren, das Original wirklich öffentlich zu machen und damit Transparenz herzustellen. Warum wehrt man sich so vehement gegen die Veröffentlichung dieses Originalvertrags?

Das geht so nicht. So ein Geheimdeal ist undemokratisch, und solche politischen Spiele wollen wir in der Stadt Luzern nicht sehen.

Jetzt etwas konkreter, zu den Antworten des Stadtrates, die für die FDP-Fraktion nicht befriedigend sind:

Aus der Antwort 2 geht hervor, dass Baudirektorin Manuela Jost am 8. Juni informierte. Das stimmt genau mit dem Datum der Interpellation überein. Die Frage ist also, wie viel Druck es da von der Interpellation brauchte, damit entsprechend informiert wurde. Ebenfalls nicht beantwortet wurde unter 2. die ganz einfache Frage: Hat der Stadtrat das Original des Vertrags gesehen, ja oder nein?

Zu Punkt 3 wird gesagt, solche Absprachen seien üblich, nicht unüblich. Da fragt sich der Sprechende schon: Eine Absprache und ein schriftlicher, unterschriebener Vertrag sind etwas ganz anderes, und wenn der Vertrag noch geheim ist, ist es noch einmal anders. Das ist präzedenzlos, das gibt es bis jetzt nicht, und da kann der Stadtrat in einer Antwort nicht einfach schreiben, das sei nicht unüblich.

Bei der Frage 4 steht, der Inhalt sei veröffentlicht. Der Sprechende ist nicht dieser Meinung; er hat das Original bis heute nicht gesehen. Und solange man das Original nicht gesehen hat, weiss man nicht, was wirklich drinsteht. Offensichtlich muss es ja Unterschiede geben zwischen dem Original und der bereinigten, revidierten Fassung, die in der Zeitung zu sehen war. 5. Der Vertrag ist immer noch nicht öffentlich, der Sprechende sagt es noch einmal. Auch diese Frage wird eigentlich nicht beantwortet. Es kann auch eine vertragliche Verpflichtung geben, wenn diese öffentlich wäre – das war hier die Frage. Die Frage war nicht, ob der Vertrag öffentlich sei oder nicht.

Bei Frage 6 ist vor allem der Zeitablauf interessant. Der Vertrag war einer breiten Öffentlichkeit nicht bekannt während den Wahlen, schon gar nicht bei den Grossstadtratswahlen. Die Öffentlichkeit wusste also nicht, dass es diesen Vertrag gibt und schon gar nicht, was darin steht.

Zu Frage 7: Es wird jetzt wirklich vollständige Transparenz gefordert. Hier steht, diese gebe es. Die vollständige Transparenz gibt es aber erst, wenn der Geheimvertrag auf dem Tisch liegt.

Thomas Gmür: Der Vorredner hat das meiste schon gesagt. Der Sprechende weist auf die Antwort zu Frage 7 hin. Da schreibt der Stadtrat, er wolle vollständige Transparenz und wenn er davon ausgeht, dass das Vorliegen eines Word- oder PDF-Dokuments, das irgendwie zeigt, was miteinander diskutiert wurde, vollständige Transparenz sei, dann ist er in dieser Frage vielleicht ziemlich naiv. Wenn Baudirektorin Manuela Jost diesen Vertrag unterschrieben hat,

ist das aus Sicht der CVP-Fraktion nachvollziehbar. Es ging um eine Wiederwahl, die zu diesem Zeitpunkt, als es geschah, nicht wirklich gesichert war. Wenn aber ein heute vereidigter Stadtrat und künftiger Stadtpräsident diesen Vertrag ebenfalls unterschreibt und eigentlich seiner künftigen Kollegin sagt, was sie dann zu tun hätte, sonst würde sie nicht unterstützt, dann ist das demokratiepolitisch ziemlich schwierig und eigentlich skandalös. Die SP hat hier natürlich unter dem Eindruck der Arroganz der Macht diese Macht ausgespielt, das ist man sich eigentlich nicht anders gewöhnt von zeitweiligen Erfahrungen im Rat. Aber so geht das nicht, das ist Missbrauch der Macht, der Politik, der Demokratie. Und eigentlich wäre hier jetzt analog zum Brexit ein „Spexit“ gefordert, nämlich dass die SP-Fraktion sich aus dem Parlament verabschieden würde, denn so geht man mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht um.

Urs Zimmermanns Mitunterzeichner haben schon vieles gesagt. Der SVP-Fraktion geht es natürlich ähnlich. Erstens ist sie gar nicht einverstanden mit der Beantwortung dieser Interpellation. Der Sprechende glaubt, noch nie so kurze Antworten auf Fragen gesehen zu haben – man hätte sie geradeso gut mit Ja oder Nein beantworten können, das wäre auf das Gleiche herausgekommen. Erfreulich ist dabei vielleicht, dass die Bearbeitung dieses Vorstosses nicht 6'000 Franken kostete. Die Vereinbarung wurde erst öffentlich, als der politische Druck relativ gross wurde, vor allem auch durch die eingereichte Interpellation. Es geht der SVP-Fraktion auch so: Sie hat das Original nicht gesehen. Der Sprechende erwartete eigentlich, dass heute eine Kopie zu dieser Antwort mitgeliefert würde, wo man sähe, wer an welchem Datum unterschrieben hat, und welchen effektiven Inhalt man aus dieser Vereinbarung, diesem Vertrag oder dieser Unterwürfigkeit – oder wie man es auch immer nennen will – herauslesen kann. Die SVP-Fraktion ist auch ganz klar der Meinung, es ist undemokratisch gegenüber dem Wähler, solche Vereinbarungen zu unterzeichnen und geheim zu halten. Dann soll man wenigstens ehrlich sein und das während den Wahlen öffentlich zugänglich machen. Es geht ja nicht um eine Listenverbindung, wie man – und auch die SVP – sie logischerweise mit anderen Parteien macht, sondern es werden hier politische, inhaltliche Zugeständnisse gemacht, und das geht nicht.

Simon Roth möchte die heutige Debatte nutzen, um ein paar Sachen klarzustellen. Nach Beginn der Debatte ist das offensichtlich auch nötig, sie ist jetzt ja schon leicht ins Lächerliche abgedriftet. Trotzdem versucht der Sprechende, das Ganze wieder auf den Boden der Realität zurückzuholen.

Es wird immer wieder gesagt, das Dokument sei ein Geheimvertrag. Wenn es aber wirklich ein Geheimvertrag wäre, würde der Rat heute gar nicht darüber diskutieren, weil er nämlich gar keine Ahnung von der Existenz hätte. So ist es aber offensichtlich nicht, denn es wird darüber diskutiert. Der Sprechende ruft gern noch einmal in Erinnerung, dass Stadträtin Manuela Jost vor vier Jahren mit Unterstützung der Bürgerlichen gewählt wurde. Dieses Jahr war das nicht mehr der Fall, im Gegenteil: Die bürgerliche Allianz griff sie direkt an und wollte sie abwählen. Es ist relativ naheliegend, dass sie sich in diesem Fall ihre Unterstützung an einem anderen Ort suchte. Die Geschäftsleitung der SP war offen dafür, Manuela Jost zu unterstützen. Bei der SP entscheiden das aber die Mitglieder, an einer Mitgliederversammlung. Und die SP-Mitglieder sind nicht bereit, einfach aus einer wahltaktischen Überlegung jemanden zu unterstützen. Die SP-Mitglieder unterstützen dann eine Person, wenn es politisch inhaltliche Übereinstimmungen gibt. Darum war es eben auch Aufgabe der Präsidien der SP und der

GLP, zu schauen, wo Übereinstimmungen bestehen. Es war auch kein Diktat; auch die GLP kam mit Vorschlägen und zeigte Übereinstimmungen auf. Es ist relativ nahe liegend, dass man das nachher so auszuarbeiten versucht. Aufgrund der kurzen Zeitspanne, die man hatte – vor dem 1. Mai wurde gar nie davon gesprochen, deshalb konnten die Wähler vor den Grossstadtratswahlen auch keine Kenntnis davon haben – wurde die Diskussion vor allem schriftlich geführt, schliesslich sind alle am Arbeiten und haben nicht Zeit, tagsüber an Sitzungen zu sein. Die Wähler honorierten es, dass man nicht einfach aus taktischen, sondern aus politischen Gründen ein Bündnis einging. Die SP, die Grünen und die Grünliberalen wollen die Stadt Luzern vorwärtsbringen, und der Sprechende glaubt, das Gleiche gilt auch für die anderen drei Parteien, die im Parlament vertreten sind. Vorwärtsbringen kann man die Stadt aber nicht nur einfach in der Kommissionsarbeit und in der Parlamentsdebatte. Es braucht dazu einen laufenden Austausch untereinander, um mehrheitsfähige Lösungen entwickeln und kreative Ideen generieren zu können. Diese werden nachher eben in den ordentlich-demokratischen Prozess eingebracht. Genau das haben die SP und die GLP zusammen probiert. Sehr gern diskutiert die SP aber auch mit jeder anderen Partei, die im Parlament vertreten ist – ob man das schriftlich oder mündlich macht, ist schlussendlich sekundär. Am Schluss zählt das Resultat. Der Sprechende hofft, dass mit dem heutigen Tag die doch ziemlich bemühte Debatte beendet ist, und dass sich der Rat wieder mit den tatsächlichen Problemen auseinandersetzen kann.

András Özvegyi äussert sich sehr gern auch noch kurz zu dieser Interpellation. Mit der Veröffentlichung am 8. Juni ist aus Sicht der GLP-Fraktion die geforderte Transparenz hergestellt. Die GLP hat viel gelernt in letzter Zeit – wie auch die Fussballmannschaft von Island in den letzten Jahren viel gelernt hat. Im Rückblick betrachtet, wäre es sicher richtig gewesen, von Beginn weg proaktiv mit einer Medienmitteilung zu informieren. Zu dieser Diskussion möchte sich der Sprechende zu drei Themenblöcken äussern:

- Zur Vereinbarung: Politik ist ein Zusammenarbeiten bei gleichen Interessen. Es ist immer ein Geben und Nehmen. Ihre Vereinbarung mit der SP versteht die GLP als eine Festschreibung von Gemeinsamkeiten. Die GLP anerkennt aber auch die Taktik der Wahlverlierer: Der sogenannte „Geheim-Deal“ wurde medienwirksam und immer wieder postuliert. Und damit wurde eigentlich geschickt von den eigenen Problemen und natürlich von der eigenen grossen Wahlniederlage abgelenkt. Was die Fraktion betrifft, sind in diesem Papier eigentlich zwei Themen zu finden, die auf Volksaufträgen beruhen, und die die GLP-Fraktion unterstützt – das hat sie schon mehrmals gesagt im Parlament: Es geht um die Umgestaltung der Bahnhofstrasse und um die neue Wohnpolitik mit 2'000 gemeinnützigen Wohnungen.
- Der zweite Block betrifft das Thema der Interpellation, das ja heisst: „Rechtsstaatlichkeit verlangt Transparenz!“, es geht also um die freie Meinungsäusserung. An der letzten Ratssitzung hat man deutlich und klar gesehen, wer für das Öffentlichkeitsprinzip ist und wer nicht. In der GLP-Fraktion ist klar: Jedes Mitglied ist frei in seiner Meinungsäusserung. Die Mitglieder sind einzig dem Volk verpflichtet, aber keiner Zunft, keinem Verband, keinem Geldgeber und auch keiner alten Parteigeneration – dies vielleicht im Gegensatz zu allen anderen Parteien. Die Freiheit der Stimme ist übrigens auch in der Bundesverfassung festgehalten. Da möchte der Sprechende den Ball zurückgeben und zweimal nachfragen:
1. Bezüglich der Frage 6 der Interpellation: Wie steht es jetzt eigentlich mit dem Frakti-

onszwang bei den anderen Parteien? Wie oft wurden nach bedeutenden Abstimmungen hier im Rat schon Pausengespräche geführt, in denen es etwa wie folgt tönte: „Eigentlich habt ihr GLP schon recht, aber ich muss mich halt an meine Fraktion halten.“

2. Wie sieht es mit der Transparenz bezüglich der Geldgeber für diesen Abstimmungskampf aus? Es ist öffentlich bekannt, dass die finanzielle Wahlhilfe 100'000 bis 200'000 Franken kostete, und jeder in diesem Saal weiss, dass niemand bedingungslos solche Geldbeträge zur Verfügung stellt.

- Zum Schluss das dritte Blockthema, das da lautet: Die GLP will trotz allem irgendwie ein Signal aussenden für eine starke liberale und ökologische Mittepolitik. Es ist doch so: Die Stadtratswahlen sind vorbei, es gibt Sieger und Verlierer – beides gehört wie im Sport zusammen. Der Fokus, wie schon von Simon Roth gehört, sollte doch jetzt nach vorne gerichtet werden. Es besteht eine Hauptaufgabe und diese heisst: Zum Wohl unserer Stadt und Stadtbevölkerung anstehende Probleme lösen. Behalten wir die bestehenden Arbeitsplätze, schaffen wir endlich neue, schaffen wir aber auch attraktive Aufenthaltsräume. Auch langfristig und nicht nur kurzfristig für einen nächsten Wahltermin. Es muss, wie im Wahlkampf gehört, jetzt endlich vorwärtsgemacht werden, und man sollte nicht wegen endloser Grabenkämpfe stehenbleiben. Deshalb ist für die GLP die Zusammenarbeit mit der CVP, FDP und SVP auch in Zukunft ein ganz wichtiger Teil ihrer Politik.

Fabian Reinhard: Das ist jetzt wirklich einfach abgelenkt, wenn man von drei Themenblöcken spricht und vonseiten SP-Fraktion noch die parteiinternen Abläufe erklären will. Um das geht es nicht. Es besteht eine ganz einfache Frage: Wird das unterschriebene Vertragsdokument veröffentlicht, ja oder nein? Damit verbunden ist die Forderung, dass das Dokument veröffentlicht werden soll. Das ist alles.

Albert Schwarzenbach: Man kann ja eine solche Vereinbarung machen und auch unterschreiben, wichtig ist aber, dass man das unter dem Thema Transparenz von Anfang an offenlegt, damit man sich ein Bild davon machen kann, was in dieser Vereinbarung steht – das ist ja relevant. Gerade von linker Seite wurde die Transparenzdebatte in den letzten Monaten immer wieder angestossen und hier wäre sie jetzt eben am Platz. Der Sprechende vernahm später mündlich, was in dieser Vereinbarung steht. Es war in der Zeitung; SP und GLP sagten ganz allgemein, worum es eigentlich geht. Es brauchte dann aber schon sehr, sehr viel, bis irgendwann einmal eine schriftliche Fassung kam. Die schriftliche Vereinbarung war dann nicht mehr so aufregend, weil sie sich nämlich in fast keinem Punkt mehr unterschied von dem, was man schon wusste – ausser, dass der Sprechende zur Kenntnis nahm, dass die SP, die Grünen und die GLP sich im Herbst 2016 zusammensetzen wollen, um über eine sachpolitische Zusammenarbeit zu sprechen. Das ist ja auch ein bisschen eine inhaltliche Aussage. Wenn in der Vereinbarung nicht so viel mehr drinsteht, als sowieso schon bekannt war, warum machte man dann ein solches Versteckspiel? Da wurde es erst recht spannend. Und es geht ja noch weiter: Man konnte vernehmen, es sei eine redigierte Fassung, und jetzt fängt es an, einen Wunder zu nehmen und man möchte wissen, was im Original, das unterschrieben wurde, stand. Im Zeitalter des Internets könnte man sagen, man schalte das Original einfach auf, damit eine Meinungsbildung möglich ist. Der Sprechende erkundigte sich, warum man sich so schwer tut mit der Veröffentlichung eines solchen Dokuments. Weil es eben ein internes Dokument ist – E-Mail-Verkehr und ähnliches. Wenn doch aber nichts drinsteht, was man nicht

wissen darf, ist es doch ganz einfach: Sie sollen es einfach zeigen, und nachher ist die Diskussion abgeschlossen und das Kapitel auch. Der Sprechende gibt jetzt den Ball an jene Leute, die die Vereinbarung machten. Er würde sich freuen, es morgen lesen zu können, wenn er das Internet öffnet.

Luzia Vetterli: Der Rat diskutiert hier über eine Interpellation, und das ist eine Frage an den Stadtrat. Der Stadtrat ist nun einmal einfach nicht befugt, irgendetwas dazu zu veröffentlichen, von daher ist eine Interpellation ein bisschen das falsche Forum für das Ganze. Der Rest wurde schon ausführlich in den Medien ausgetragen.

Die Sprechende möchte noch ein paar Sachen aus rechtlicher Sicht sagen: Fabian Reinhard muss eine Ahnung haben von rechtlichen Sachen, und deshalb wundert es die Sprechende schon ein bisschen, dass er einen Unterschied macht zwischen einem schriftlichen Vertrag und einer mündlichen Abrede. Man sollte wissen, dass ein Vertrag schriftlich oder mündlich sein kann; das kommt überhaupt nicht darauf an und ist genau das Gleiche. Die Sprechende ist doch froh, dass jetzt sowohl Fabian Reinhard als auch Albert Schwarzenbach eingestanden haben, dass es schon früher solche Abreden zwischen den Parteien gab. Für die Sprechende ist das gang und gäbe – so trafen die CVP, GLP und FDP damals bei der ersten Wahl von Manuela Jost irgendwo im Bereich der Finanzen auch eine Vereinbarung, wobei das nicht öffentlich transparent gemacht wurde, sondern das hörte man nachher einfach einmal. Da müssten sich die Interpellanten schon auch an der Nase nehmen und das jeweils ebenfalls offenlegen. Aber egal: Es macht keinen Unterschied, ob ein solcher Vertrag schriftlich abgefasst wurde oder ob es eine mündliche Abrede zwischen Parteipräsidien war. Das sind Absichtserklärungen, wohin man in der Politik gehen will, und das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass man das freie Mandat der Fraktionsmitglieder oder der Mitglieder im Stadtrat einschränken möchte. Es hat auch bewusst keine Konsequenzen dabei und keine konkreten Geschäfte, bei denen die Leute verpflichtet würden, so oder anders zu stimmen. Das ist einfach ein Unterschied. Es ist wirklich dahergeredet, dass das irgendwie eine Einschränkung des freien Mandats sein soll. Vielmehr geht es um inhaltliche Themen, bei denen sich die beiden Parteien einig sind, wie sie sich in den nächsten vier Jahren dafür einsetzen wollen. Das wurde den Wählern so offengelegt, und diese goutierten das offensichtlich. Es ist auch falsch, dass das erst auf Druck hin offengelegt worden wäre. Es ist nämlich so, dass der Inhalt dieser Vereinbarung an der Mitgliederversammlung der SP öffentlich gemacht wurde, als notabene auch die Medien vor Ort waren, u. a. jemand von Zentralplus, wenn auch nicht Luca Wolf. Im Nachhinein wurde dann gesagt, man wisse nicht, was drinsteht, aber das ist nicht so: Die Punkte wurden an der Mitgliederversammlung öffentlich gemacht, und die Medien, die zugegen waren, hatten davon Kenntnis und konnten es entsprechend auch verbreiten. Schliesslich möchte die Sprechende noch darauf hinweisen, dass es weder in der SP/JUSO-Fraktion noch für die Mitglieder aller Parteien im Stadtrat irgendeinen Stimmzwang gibt. Bei der SP ist es immer so; sie arbeitet mit den besseren Argumenten. Wer die besseren Argumente hat, mag die anderen vielleicht überzeugen, aber wenn die anderen sich nicht überzeugen lassen, dürfen sie stimmen, wie sie wollen. Und so wird es auch bleiben.

Stadtpräsident Stefan Roth: Es ist immer so, dass der Stadtrat bei Vorstössen so viel Güte und Quantität hinlegen kann, wie notwendig ist.

Zur Frage 2: Am 8. Juni, das war der Mittwoch nach dem Wahlsonntag, fand die erste Stadt-

ratssitzung statt, und als Stadtpräsident sprach der Sprechende die Vereinbarung vor der Konstituierung an. Das heisst mit anderen Worten: Der Stadtrat thematisierte am 8. Juni um 8.15 Uhr diese Vereinbarung. Und wie er in der Antwort zu Frage 2 schreibt, wurde er über Inhalt und Wortlaut informiert. Der Stadtrat ist auch im Besitz des Originals und stellt fest, dass der Inhalt dem Original dieser Vereinbarung entspricht.

Zur Antwort auf die Frage 7: Der Stadtrat ist der Auffassung, dass es richtig ist, wie die Antwort gegeben wurde. Der Stadtrat kann solche Vereinbarungen selbstverständlich nicht verhindern. Für das Kollegium ist es aber ganz zentral, dass die vollumfängliche Transparenz solcher Abmachungen zu Beginn einer Legislatur oder einer solchen Situation gegeben ist, und das ist in diesem Fall passiert.

Somit ist die Dringliche Interpellation 350 beantwortet.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann bittet die Geschäftsleitungsmitglieder, in der Pause mit der Agenda nach vorne zu kommen.

– Vereidigung des neuen Stadtrates und Stadtpräsidenten Beat Züsli

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann begrüsst alle Anwesenden zum Nachmittagsteil dieser Grossstadtratssitzung. Sie bittet den neuen Stadtrat und Stadtpräsidenten Beat Züsli zur Vereidigung nach vorne. Der Rat ist gebeten, aufzustehen.

„Beat Züsli, Sie geloben, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen. Beat Züsli, bitte sprechen Sie mir folgenden Satz nach: Das alles gelobe ich.“

Beat Züsli: „Das alles gelobe ich.“

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann gratuliert Beat Züsli ganz herzlich zum Amt als Stadtrat und Stadtpräsident.

[Der Rat applaudiert.]

Beat Züsli bedankt sich. Der Sprechende freut sich sehr auf sein neues Amt. Mit einem Bein ist er schon drin, so durfte er bereits am Stadtratsseminar mitmachen. Er möchte sich bei der Stadtverwaltung und beim Stadtrat ganz herzlich für die Unterstützung beim Einarbeiten bedanken. Der Sprechende freut sich sehr auf die Zusammenarbeit mit dem Parlament und mit dem Stadtrat. Er wünscht eine gute Sitzung und einen schönen Ausflug sowie allen einen schönen Sommer.

6. Bericht und Antrag 10/2016 vom 20. April 2016: Gletschergarten Luzern – Beitrag an das Projekt „Fels“

Rieska Dommann tritt in den Ausstand.

EINTRETEN

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg: Die Bildungskommission des Grossen Stadtrates hat den B+A „Gletschergarten“ an ihrer Sitzung vom 30. Mai 2016 diskutiert. Das Museum Gletschergarten soll teilweise unterirdisch ausgebaut werden. Der künstliche Hohlgang wird die Besucher durch den Fels führen. Die Sponsorensuche für die Realisierung dieser Vision, die 20 Mio. Franken kostet, harzte ein bisschen. Die Stadt Luzern will sich jetzt mit 3 Mio. Franken daran beteiligen. Würde sie dies nicht tun, wäre das Projekt praktisch gestorben. Mehrere Spender, darunter auch der Kanton Luzern, machten ihre Unterstützung vom städtischen Beitrag abhängig. Der Gletschergarten gehört zu den 20 meistbesuchten Museen der Schweiz und ist in der Zentralschweiz nach dem Verkehrshaus die Nummer 2. Mit dem Projekt „Fels“ geht die Stiftung Gletschergarten die zukunftsweisende Gesamterneuerung des Museums an, dafür soll eine städtische Projektierungsunterstützung von 3 Mio. Franken vorgesehen werden. Die Bildungskommission stimmte diesem Beitrag einstimmig zu und entschied dabei klar, dass der städtische Beitrag auf die genannte Summe beschränkt sein soll.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion findet die Initiative und den Mut seitens Gletschergarten sehr lobenswert. Wenn alle Kultur- und Non-Profit-Organisationen ein solches unternehmerisches Denken hätten, würden die Staatsfinanzen rosiger aussehen. Die FDP-Fraktion glaubt an das innovative Projekt und glaubt den Vertretern der Stiftung, dass sie die nötigen Gelder zusammenbringen werden. Sie glaubt auch, dass zusätzliches Geld gesammelt bzw. das Projekt redimensioniert werden müsste, falls die Investitionskosten höher ausfallen würden als geplant. Die Fraktion glaubt deshalb eben auch, dass die öffentliche Hand nicht weiter belastet werden müsste.

Die FDP-Fraktion weiss, dass der Gletschergarten in der Luzerner Bevölkerung extrem verankert ist. Jeder hat bleibende Kindheitserinnerungen an „unseren“ Gletschergarten. Die Fraktion weiss auch, dass für ein langfristiges Überleben und die Erhaltung des Gletschgartens zukunftsgerichtete Erneuerungen zwingend notwendig sind. Die Spuren des Reussgletschers sind uralt und entsprechend wertvoll. Auch die Gebäude im Gletschergarten sind in die Jahre gekommen, verstaubt und nicht mehr zeitgemäss. Eine Komplettsanierung ist daher absolut sinnvoll.

Die FDP-Fraktion und vor allem die Sprechende persönlich als Mitglied der BIKO hoffen, dass in Zukunft die politischen Diskussionen bei solch grossen Investitionen nicht nur hinter verschlossenen Türen im Stadtrat geführt werden, sondern auch in den Kommissionen stattfinden. Bevor die entsprechenden Millionen in der Investitionsrechnung erscheinen, sollte in der Kommission eine Diskussion stattfinden. Das war jetzt nicht der Fall und ein bisschen unschön. Kommunikation und Information schaffen Vertrauen und Transparenz, und das wollen in diesem Saal ja eigentlich alle. Die Hoffnung stirbt am Schluss.

Die Stiftung Gletschergarten machte ihre Investitionsrechnung, sie will und braucht von der

Stadt Luzern 3 Mio. Franken für dieses Megaprojekt. Erst dann werden weitere Millionen von anderen Geldgebern, inkl. des Kantons Luzern, verbindlich zugesichert. Die zuständigen Personen machten auch eine Betriebsrechnung. Zurzeit haben sie einen Eigenfinanzierungsgrad von über 96 % und erhoffen sich jetzt mit diesen Erneuerungen die nötigen Mehreinnahmen, welche überlebenswichtig sind für den weiteren Erhalt dieser wunderschönen, geschichtsträchtigen Anlage. Forderungen, die diese Betriebsrechnung negativ beeinflussen würden, lehnt die FDP-Fraktion ab.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Kredit von 3 Mio. Franken zu und wünscht dem ganzen Team des Gletschergartens viel Erfolg, aber auch Glück. Glück, weil man bei solch grossen Bauvorhaben ja nie weiss, was noch alles auf die Bauherrschaft zukommen wird.

Martina Akermann: Das Projekt ist nicht ganz neu, es wurde ja bereits in der Kulturagenda 2020 angekündigt. Der Gletschergarten als das zweitmeistbesuchte Luzerner Museum ist wirklich in die Jahre gekommen, die Anbauten am Schweizerhaus wirken etwas „müffelig“, und die Ausstellung ist schon fast selber museumsreif. Eine Gesamterneuerung ist also wirklich langsam dringend.

Das Museum hat mit seiner Sammlung und dem Standort mit den Gletschertöpfen und dem historischen Park ein grosses Potenzial, und das gilt es zu nutzen und wieder auf den aktuellsten Stand zu bringen. Das vorgestellte Projekt „Fels“ macht das und gibt mit dem innovativen Erlebnisrundgang Fels noch eins obendrauf. Es begeistert – zumindest die Sprechende – sehr. Die Vorschläge zur Erneuerung und Attraktivierung überzeugen:

- Der Erlebnisrundgang im Fels ist bautechnisch aufwendig und entsprechend kostenintensiv, wird sich aber sicher zu einem weiteren Publikumsmagnet des Gletschergartens entwickeln. Auch für Schulklassen wird der Rundgang mit dem auf den Lehrplan abgestimmten Vermittlungskonzept attraktiv.
- Durch die Erweiterung des Parks auf die Sommerau wird auch die ganze Anlage wieder einen Besuch wert sein.
- Die „romantische Felsengalerie“ auf der Sommerau wird sicher zu einem beliebten Veranstaltungsort werden.
- Allgemein überzeugte die SP/JUSO-Fraktion auch die Absicht, die Gesamtanlage unter Einbezug der Denkmalpflege wieder stärker in den Ursprungszustand zu versetzen, z. B. das Schweizerhaus von den wüsten Annexbauten zu befreien und auch den Wasserfall wieder in Betrieb zu nehmen.

Alles in allem überzeugt das Projekt: Es kommt zwar ziemlich unaufgeregt daher, bringt aber ein erlebnisorientiertes Vermittlungskonzept, das auf Inhalt und Qualität setzt, statt auf billiges Disneyland und laute Effekthascherei. Das verspricht auch eine grosse Nachhaltigkeit der Investitionen und rechtfertigt die hohen Erstellungskosten. Auch wird die Gesamterneuerung einen wichtigen Beitrag zur Attraktivierung der Kulturgutzone Löwenplatz leisten. Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den B+A eintreten und auch zustimmen.

Andreas Burri versprach **Urban Frye** vorhin, sie würden dann einen Kanal mit kühler Gletscherluft in den heissen Ratssaal legen – damit sind auch die letzten Zweifel ausgeräumt. Wahrscheinlich besuchten alle der hier im Saal anwesenden Personen mindestens einmal in ihrem Leben den Gletschergarten, die meisten wohl mehrmals: als Kind mit der Schule, mit den Eltern oder Grosseltern und später wieder mit den eigenen Kindern und Enkeln oder mit

ausländischen Freunden.

Aus der Kindheit dürfte den meisten der Spiegelsaal in Erinnerung geblieben sein und natürlich die Gletschermühlen. Vieles der Ausstellung war aber irgendwie nicht schlüssig: ein Sammelsurium von Sammlungsgegenständen in Gebäudekomplexen, die im Lauf der Zeit mehr und mehr verunstaltet wurden.

Nun legt die Stiftung Gletschergarten unter dem Namen „Fels“ ein grosses, tatsächlich wegweisendes Sanierungskonzept vor. Grosse Teile des Gletschergartens sollen wieder in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden als Zeugen des ersten grossen Luzerner Tourismusbooms – dazu eine Kaverne mit Bergsee und der Sichtbarmachung der Gesteinsschichten als Zeugen der Entstehungsgeschichte unseres Bodens.

Das Konzept überzeugt. Wobei die G/JG-Fraktion es sehr begrüssen würde, wenn nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Zukunft unserer Region mit Bergen und Gletschern unter all den dramatischen Einflüssen des Klimawandels den Besuchern nahegelegt würde. Es wäre eine wichtige Gelegenheit, unsere Jugend für ein Thema zu sensibilisieren, das ihr Leben wahrscheinlich noch viel stärker prägen wird, als es ihr lieb ist.

Der Gletschergarten ist ein sehr erfolgreiches Museum: nach dem Verkehrshaus das meistbesuchte Museum der Innerschweiz. Es weist, wie schon gehört, einen beachtlichen Eigenfinanzierungsgrad auf. Aber: Auch der Gletschergarten hat es bis heute nicht geschafft, Rückstellungen für zukünftige Sanierungen und Renovationen zu machen. Die G/JG-Fraktion hofft, dass mit einer erfolgreichen Neugestaltung auch das möglich werden wird.

3 Mio. Franken sind ein erheblicher Beitrag an eine gemeinnützige, aber doch privatrechtlich organisierte Institution. Die Fraktion möchte, dass die zahlende Bevölkerung dafür etwas zurückerhält. Sie möchte, dass im Gegenzug die Stiftung den unterirdischen Veranstaltungsraum Luzerner Institutionen und Vereinen analog den Nutzungsrechten des KKL zu vergünstigten Mietkonditionen zur Verfügung stellt. Deshalb wird die G/JG-Fraktion unter Punkt 4 „Kosten und Finanzierung“ eine entsprechende Protokollbemerkung stellen, die den Mitgliedern der BIKO zuhanden ihrer Fraktionen im Vorfeld zugestellt wurde. Die G/JG-Fraktion hofft, dass diese auch angenommen wird.

Die G/JG-Fraktion wird auf den B+A eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Jörg Krähenbühl: Vor einigen Monaten bestand die Möglichkeit einer Ortsbesichtigung, und man konnte sich von den Verantwortlichen bereits in das Projekt einführen lassen. Damals wie heute herrscht in der SVP-Fraktion eine positive Grundhaltung. Der Gletschergarten und das gesamte Umfeld um den Löwenplatz mit seinen kulturellen Betrieben ist ein wesentlicher Teil der Innenstadt. Mit dem Projekt „Fels“ kann das Nutzungsangebot im Umfeld des Löwenplatzes gestärkt werden. Die SVP-Fraktion unterstützt das Ziel, die Innenstadt für die Luzerner Bevölkerung, das Gewerbe und die Gäste der Stadt Luzern als attraktiven Stadtteil zu erhalten und zu stärken. Alle gestellten Fragen wurden in der Kommission zur Zufriedenheit beantwortet. Die Fraktion wird eintreten und dem Kredit von 3 Mio. Franken zustimmen.

András Özvegyi: Für die GLP-Fraktion gehört der Gletschergarten wie der Wasserturm, das Gütsch und der Pilatus selbstverständlich zu Luzern. Die privaten Institutionen haben den Dornröschenschlaf des Museums erkannt und möchten jetzt mit dem vorliegenden Projekt „Fels“ etwas Modernes machen. Die Fraktion findet das Projekt spannend und innovativ. Es ist sehr sorgfältig und von langer Hand geplant. Den Beitrag der Stadt Luzern von 3 Mio.

Franken sieht die Fraktion als sinnvolle Hilfe zur Selbsthilfe. Die Investition ist aus Sicht der GLP-Fraktion unter drei Gesichtspunkten mehr als gerechtfertigt:

1. Die Initialfinanzierung begünstigt die Restfinanzierung durch andere, wie den Kanton Luzern und vor allem auch private Sponsoren.
 2. Das ganze Quartier, das heute tendenziell etwas düster ist, wird durch ein modernes neues Projekt aufgewertet.
 3. Verglichen mit anderen Ausgaben erhält die Stadt Luzern hier einen echten Mehrwert für das Geld. Sie erhält ein einzigartiges Museum mit wissenschaftlichen Inhalten, einen neuen und grösseren Garten beim Aussichtspunkt, natürlich das ganze Projekt mit Tunnelsystem und ein attraktiveres touristisches Ziel. Das ist ein echter Mehrwert im Gegensatz zur letzten Ratsitzung, wo ein Millionenbetrag gesprochen wurde für Pflastersteine.
- Deshalb ist die GLP-Fraktion hier überzeugt für Eintreten und Zustimmung.

Thomas Gmür: Wer kennt den Gletschergarten nicht aus frühester Kindheit? Dann ging man später als Gymnasiast oder als Student wieder hin oder dann noch später mit Familie. Als Kind faszinierten vor allem der Spiegelsaal, die Gletschertöpfe oder der Aussichtsturm. Später liess man sich dann auch hinreissen von den eher kopflastigen Ausführungen zur Geologie der Stadt Luzern und der Zentralschweiz. Nun, der Gletschergarten ist eines der erfolgreichsten Museen in der Stadt Luzern und in der Zentralschweiz, er hat einen hohen Eigenfinanzierungsgrad, eine grosse Auslastung – und dies führt natürlich irgendwann dazu, dass man ein solches Museum erneuern oder sanieren muss. Mit dem Projekt „Fels“ legen die Verantwortlichen etwas vor, das einerseits wahnsinnig interessant ist bezüglich dessen, was zusätzlich vermittelt wird, und andererseits auch faszinierend in der Gestaltung. Es wird quasi ein neues Museum gestaltet, das sich im Berginnern befinden wird. Man kann die Erdgeschichte nicht nur erlesen, man kann sie auch erleben, indem man durch diese neu zu erstellenden Gänge geht. Zusätzlich gibt es noch Veranstaltungsräume und einen neuen Park in der Sommerau. Es ist ein neues Museum, das hier entstehen wird mit vielen Inhalten, die uns allen bereits vom bestehenden Museum bekannt sind. Und was den Sprechenden speziell freut: Das Kind im Manne kann sich daran erfreuen, dass das Spiegellabyrinth bestehen bleibt. Die CVP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird zustimmen.

Der Spiegelsaal... – nein, **Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst** will das jetzt nicht auch noch wiederholen, es sind sich wohl alle einig. Die Sprechende möchte einen kleinen Blick in die Zukunft machen: Von solch magischen Sachen liess und lässt man sich natürlich faszinieren, und wenn es gelingt, mit dem Projekt „Fels“ auch für die künftigen Generationen wieder etwas genauso Faszinierendes zu machen, das einen überrascht mit dem, was im Fels alles passiert, und man dadurch auch sehen kann, welche Bedeutung das für das Leben hat, für das Wasser, für Grund und Boden; was Erosionen für unseren Lebensraum bedeuten – dann ist das sicher eine ganz wichtige Sache. Die Sprechende freut sich sehr, dass ihr letztes Geschäft einstimmig und ohne Enthaltungen verabschiedet wird – davon geht sie zumindest aus. Ein kleiner Hinweis zuhanden der Verantwortlichen des Gletschergartens: Die Stadt Luzern und der Kanton Luzern geben beide je 3 Mio. Franken. Der Stadtrat war eigentlich der Auffassung, dass die Stadt einen kleineren Teil geben würde als der Kanton, denn die Stadt sollte ein bisschen davon wegkommen, immer den „Halbkanton“ zu spielen. Mit diesen 3 Mio. Franken bleibt die Stadt indirekt noch zusätzlich beteiligt. Es ist ein sehr grosszügiges, tolles

und unbestrittenes Zeichen dieses Parlaments, diese 3 Mio. Franken zu geben unabhängig davon, ob der Kanton mehr oder weniger gibt. Die Sprechende dankt allen ganz herzlich.

DETAIL

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Das Detail wird als Ganzes behandelt.

Urban Frye sagte es schon im Eintreten, dass die G/JG-Fraktion findet, man könnte der Bevölkerung, den Luzerner Vereinen und Institutionen eine Gegenleistung für die 3 Mio. Franken geben analog zum KKL. Der Sprechende glaubt, es ist ein wegweisendes System, das beim KKL sehr erfolgreich durchgeführt wurde, und er ist persönlich der Meinung, dieses könnte man zukünftig durchaus immer praktizieren, wo öffentliche Räume entstehen, die dann aber durch Private vermietet werden. Es müsste ja auch nicht bis am Sankt-Nimmerleins-Tag so sein; man könnte mit der Stiftung Gletschergarten eine bestimmte Anzahl Nutzungsrechte aushandeln. Dazu muss man auch keine spezielle neue Kommission machen; das könnte durchaus auch gerade die Nutzungsrechtekommission des KKL machen. Also: möglichst einfach und kostengünstig. Gleichzeitig wäre es ja auch wieder eine gute Werbung für den Gletschergarten, weil viele Leute zusätzlich dorthin kommen. Der Sprechende stellt folgende Protokollbemerkung:

Als Gegenleistung zu dem von der Stadt Luzern gesprochenen Beitrag in der Höhe von 3 Mio. Franken soll die Stiftung Gletschergarten Luzern Luzerner Institutionen und Vereinen den geplanten, als Felsengalerie bezeichneten Veranstaltungsraum analog den Nutzungsrechten KKL zu vergünstigten Mietkonditionen zur Verfügung stellen.

Sandra Felder-Estermann: Das ist jetzt genau so eine Forderung mit ungewissem Mehraufwand für den Gletschergarten. Die Betriebsrechnung ist gemacht und gerät mit einer solchen Forderung allenfalls ins Wanken. Ein Nutzungsrecht analog zum KKL politisch jetzt noch erzwingen zu wollen, findet die FDP-Fraktion falsch. Bestimmt hat der Verein auch ohne diese Protokollbemerkung ein sehr grosses Interesse daran, dass die Luzernerinnen und Luzerner möglichst stark mit „ihrem“ Gletschergarten verbunden sein werden. Dazu braucht es diese Protokollbemerkung nicht. Wie teuer die 3 Mio. Franken den Gletschergarten letztlich zu stehen kommen, weiss man jetzt ja auch nicht. Das sind allenfalls ein bisschen teure Millionen, und die FDP-Fraktion findet es falsch, dem Gletschergarten nachträglich eine solche Last aufzuerlegen.

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg: Die Protokollbemerkung wurde in der Kommission nicht gestellt, die Sprechende kann dazu nichts sagen.

Thomas Gmür: Die Protokollbemerkung wurde den Kommissionsmitgliedern zugestellt, und die CVP-Fraktion nimmt dazu wie folgt Stellung: Sie ist dagegen, dass hier quasi als Mehrwert günstigere Zutrittsbedingungen für die Stadtluzernerinnen und -luzerner geschaffen werden sollen. Mehrwert erhalten wir durch ein erneuertes, erweitertes und massiv attraktiviertes Museum. Es braucht nicht noch zusätzliche Mehrwertleistungen. In diesem B+A entscheidet der Rat über einen Beitrag an ein Projekt und nicht über das Projekt, nicht über Inhalte, auch nicht über das Bauprogramm oder über die Baudauer oder die Baubewilligung. All das ist

nicht Sache des Rats. Er entscheidet einzig und allein über 3 Mio. Franken an dieses Projekt. Und wenn der G/JG-Fraktion dieser Mehrwert – wie Urban Frye es sagte – so am Herzen liegt, dann kann dies allenfalls dann wieder gefordert werden, wenn es um die Leistungsvereinbarung mit dem Gletschergarten geht, und das ist alle paar Jahre der Fall. Die CVP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen.

Martina Akermann: Die Vorrednerinnen und Vorredner haben schon vieles gesagt. Die SP/JUSO-Fraktion versteht auch nicht so recht, warum jetzt diese Protokollbemerkung kommt. Das KKL ist doch ein bisschen eine andere Geschichte, immerhin entstand es auf Initiative des Kantons und der Stadt Luzern – mit sehr grosser Beteiligung und sehr grossem Interesse der Stadt. Der Gletschergarten wird seit Anbeginn von einer Stiftung getragen. Wie Thomas Gmür sagte: Es ist ein Projektbeitrag und kein grundlegender Beitrag. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ebenfalls ab.

Marcel Lingg glaubt, die Protokollbemerkung ist ein bisschen falsch gestellt. Sie enthält das Wort „analog“, was aber gefordert wird, ist gar nicht analog zum KKL. Beim KKL werden die Nutzungsrechte mit dem 4-Mio.-Beitrag der Stadt Luzern gezahlt, d. h., die Nutzungsrechte bleiben nicht beim KKL hängen, sondern werden eigentlich von der Stadt Luzern finanziert. Urban Frye fordert jetzt, dass der Gletschergarten aus der eigenen Rechnung verbilligte Räume abgeben muss. Das ist nicht ganz das Gleiche und ein bisschen Äpfel mit Birnen aufgewogen. Wenn schon müsste man die Protokollbemerkung anders formulieren, sodass die Stiftung Gletschergarten einfach verpflichtet wäre, die Räume zu Spezialkonditionen an Luzerner Vereine abzugeben. Aber diese Aufgabe sollte der Organisation des Gletschergartens selber überlassen werden. Sie müssen selber wirtschaften und selber entscheiden, wem, zu welchen Konditionen und unter welchen Aspekten sie ihre Räume vermieten. Die Stadt Luzern sollte sich da nicht gross einmischen. Die SVP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ebenfalls ab.

Die Protokollbemerkung wird abgelehnt.

Seite 13 f. 9 Antrag, Abstimmung

I. Der Grosse Stadtrat bewilligt den Kredit mit 43 : 0 : 0 Stimmen.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 10 vom 20. April 2016 betreffend

Gletschergarten Luzern – Beitrag an das Projekt „Fels“,

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 61 Abs. 1, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für den Beitrag an das Projekt „Fels“ der Stiftung Gletschergarten Luzern wird – vorbehältlich des Vorliegens einer rechtskräftigen Baubewilligung – ein Kredit von 3 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

7. Bericht und Antrag 11/2016 vom 27. April 2016: Abschreibung von Motionen und Postulaten

EINTRETEN und DETAIL

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Unter Ziffer I. Abzuschreibende Motionen und Postulate gibt es zwei Anträge der GPK. Die GPK möchte die Vorstösse unter den Ziffern 4 und 6 nicht abschreiben.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion hat beschlossen, den Vorstoss unter Ziffer 4 ab-schreiben zu wollen. Sie schliesst sich der Argumentation des Stadtrates an, wonach es ja ge-prüft und umgesetzt wurde. Somit sieht die Fraktion keinen Grund, warum mit der Abschrei-bung zugewartet werden sollte.

Der Grosse Stadtrat schreibt den Vorstoss unter Ziffer 4 nicht ab.

Zu Ziffer 6 wird aus dem Rat kein anderslautender Antrag zum Antrag der GPK auf Nichtab-schreiben gestellt.

Der Vorstoss unter Ziffer 6 wird somit nicht abgeschrieben.

András Özvegýi beantragt, den Vorstoss unter Ziffer 7 ebenfalls nicht abzuschreiben. Es geht um die öffentliche Mitwirkung, und die GLP-Fraktion findet, da muss der Druck aufrecht-erhalten bleiben.

Der Grosse Stadtrat schreibt den Vorstoss unter Ziffer 7 mit 23 : 22 : 0 Stimmen ab.

Keine weitere Wortmeldung.

Seite 12 f. III. Antrag, Abstimmung

- I. **Der Grosse Stadtrat schreibt die Postulate gemäss I., Ziffern 1–3, 5 und 7–9 ab.**
- II. **Der Grosse Stadtrat stimmt zu.**

III. Der Grosse Stadtrat stimmt zu.

IV. Der Grosse Stadtrat stimmt zu.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11 vom 27. April 2016 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Postulate gemäss I., Ziffern 1–3, 5 und 7–9, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motionen und des Postulates gemäss II. 1., Ziffern 1–3, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II. 2., Ziffern 1–5, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II. 3., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

**8. Interpellation 302, Theres Vinatzer und Judith Dörflinger Muff
namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. Dezember 2015:
Sind KITAS für Familien und Alleinerziehende in den unteren Einkommens-
klassen zu teuer?**

Theres Vinatzer beantragt Diskussion.

Der Diskussion wird stattgegeben.

Theres Vinatzer dankt für die Zustimmung zur Diskussion. Es ist schön, wie sich für die Sprechende persönlich der Kreis schliesst. Kinderbetreuung war eigentlich der Anlass, warum sie überhaupt in die Politik ging, deshalb freut es sie, dass sie zu diesem Thema kurz vor Schluss ihrer letzten Ratssitzung noch etwas sagen darf.

Die Sprechende dankt dem Stadtrat und der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie (KJF) für die informative Antwort. Der Grund für die Interpellation war ja, der Ursache für den Rück-

gang des Bezugs der Betreuungsgutscheine auf den Grund zu gehen und einen allfälligen Zusammenhang mit der Erhöhung der Kita-Tarife herzustellen. Kurz zusammengefasst, zeigt die Antwort Folgendes: Nämlich dass die Kita-Tarife seit der letzten Anpassung 2011 über alle Einkommensklassen gesehen durchschnittlich um 16 Franken pro Monat gestiegen sind. Dass die Erhöhung die Eltern in den unteren Einkommensklassen überproportional trifft. Und dass die Veränderung bei einem Betreuungstag pro Woche bei Einkommen bis 32'000 Franken 18 % ausmacht, bei einem Einkommen bis 56'000 Franken noch 7 % und bei einem Einkommen von 80'000 Franken noch 5 %. Die Unterschiede sind also frappant. Die Antwort zeigt weiter, dass in der gleichen Zeit die Betreuungsarrangements bei Tagesfamilien – das ist ein Angebot, das für die Eltern eher günstig ist – eingebrochen sind. Letztlich zeigt sich, dass der Bezug von Betreuungsgutscheinen bei Familien mit einem steuerbaren Einkommen von weniger als 50'000 Franken um 8 % zurückging, während er bei den höheren Einkommensklassen angestiegen ist. Die Frage, warum das so ist, wird mit dieser Interpellation nicht abschliessend analysiert. Es gibt eigentlich zwei Möglichkeiten: Die bessere Variante wäre, dass sich die Einkommenssituation bei der Luzerner Bevölkerung generell verbesserte, und es weniger Familien mit einem Einkommen von unter 50'000 Franken gibt. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen und Grafiken beim Steueramt sicher vorhanden sind oder sonst allenfalls bestellt werden könnten. Die SP/JUSO-Fraktion bedauert es ein bisschen, dass dies nicht bereits im Zusammenhang mit der Beantwortung dieser Interpellation erfolgte. Die zweite Variante, die in der Antwort auch genannt und von der SP/JUSO-Fraktion als wahrscheinlicher betrachtet wird, ist, dass sich vermehrt Eltern mit tieferen Einkommen ausserfamiliäre Kinderbetreuung nicht mehr leisten können. Wenn sich diese Annahme bewahrheitet, muss das korrigiert werden, und es sind möglichst schnell entsprechende Massnahmen einzuleiten. Die SP/JUSO-Fraktion versteht den Stadtrat, dass er die Gründe für den Rückgang der Betreuungsgutscheine in den unteren Einkommensklassen noch genauer analysieren möchte, bedauert aber – wie gesagt –, dass er dies nicht bereits auf die Beantwortung dieser Interpellation hin tat, denn dafür wäre die Interpellation ja eigentlich gedacht gewesen. Die Fragen wurden seit dem Geschäftsbericht 2014 schon mehrfach in den Kommissionen diskutiert. Die Fraktion findet einfach, da müsste es jetzt ein bisschen vorwärtsgehen. Für die betroffenen Familien, aber auch im Sinn der Chancengerechtigkeit und der neuen Fünfjahresziele der Sozialdirektion, benachteiligte Familien zu erreichen, ist es wichtig, jetzt möglichst schnell auch auf eine Handlungsebene zu kommen. Es wäre schön, wenn Sozialdirektor Martin Merki vielleicht noch sagen könnte, bis wann man ungefähr mit den Resultaten rechnen kann, und in welcher Art und Weise diese kommuniziert werden. Man könnte sich z. B. vorstellen, dass der Sozialdirektor dann auch wieder die Sozialkommission informiert.

Christian Hochstrasser: Die G/JG-Fraktion fragte sich aufgrund dieser sehr konkreten und äusserst interessanten Antwort natürlich auch, warum die untersten Einkommensschichten wegbrechen. Man muss sich natürlich grundsätzlich bewusst sein, dass die Systeme der Betreuungsgutscheine zwei Schienen haben, nämlich einerseits die soziale Komponente, wonach man die Leute mit wenig Einkommen zu entlasten versucht, und andererseits versucht man die Beibehaltung der Berufstätigkeit in breiten Kreisen, auch bei den mittleren und besseren Einkommen, zu fördern. Diese zwei Stossrichtungen stellen sich nicht in Frage. Aber entsprechend der Interpretation von Theres Vinatzer fragt sich schon, ob man da nicht eine leichte Korrektur machen müsste, und der Sprechende ist sehr froh, dass das geprüft wird. Gerade

für Eltern, die wenig Einkommen haben, obwohl beide voll verdienen und sehr selten zu Hause sind, während die älteren Geschwister vielleicht in Tagesstrukturen sind, sind Kindertagesstätten besonders wichtig, und da hat die Stadt Luzern nach Meinung des Sprechenden auch eine wichtige Aufgabe. Speziell stellt sich die Frage gerade im Bereich der Vermögen. Als selber von Betreuungsgutscheinen Betroffener stellte der Sprechende fest, wie die Betreuungsgutscheine berechnet werden: Erst ein Vermögen ab 300'000 Franken wird überhaupt als Einkommensbestandteil eingerechnet, um die Höhe der Betreuungsgutscheine festzulegen. Da stellt sich schon die Frage, ob man im Bereich derer, die mehr verdienen oder mehr Vermögen haben, leichte Korrekturen machen und auch die untersten Einkommensschichten entsprechend entlasten könnte – damit genau diese Kinder eben auch die Möglichkeit haben, in die Krippe zu gehen, und die Krippe kein Luxusgut ist.

Ein kleiner Hinweis zu Frage 4: Dort wird ja geschrieben, die Wettbewerbssituation unter den Krippen habe über die Betreuungsgutscheine dazu geführt, dass die Tarife so spät wie möglich erhöht werden, weil die Krippen ja in Konkurrenz stehen und alle eine Auslastung haben müssen. Das ist auf der einen Seite sehr erfreulich für Eltern, die diese Tarife zahlen müssen. Auf der anderen Seite muss man sich natürlich bewusst sein, dass die Krippen im Gegenzug auch ans Limit der von der Stadt Luzern vorgegebenen Mindestbedingungen gehen müssen, z. B. im Betreuungsschlüssel, und z. T. entstehen daraus relativ prekäre Anstellungsbedingungen auch für Praktikantinnen, die praktisch eins zu eins eingesetzt werden, aber eigentlich keinen richtigen Lohn haben. Es ist natürlich eine klassische Gratwanderung: Einerseits ist der Wettbewerb unter den Kindertagesstätten gut, auch mit dem System der Betreuungsgutscheine, und andererseits muss die Stadt Luzern klare Rahmenbedingungen machen – diese sind vorhanden – und auch kontrollieren, ob es anständig funktioniert.

Sozialdirektor Martin Merki dankt für die beiden sehr differenzierten Voten zu diesem Thema. Die zwei möglichen Gründe für den Rückgang des Bezugs der Betreuungsgutscheine bei den unteren Einkommen wurden genannt. Die Erhöhung der Kita-Tarife führte dazu, dass Eltern mit tiefen Einkommen weniger Betreuungsgutscheine beziehen, und zwar vor allem bei den Tagesfamilien, nicht bei den Kitas. Eine Anpassung der BG steht also im Raum. Auch die Anpassung der Baby-Tarife wird ein Thema sein. Diese Diskussion wird der Stadtrat im Spätherbst führen müssen, und anschliessend, im Winter/Frühling 2017 wird sich auch das Parlament mit dieser Frage beschäftigen. Mit einer Erhöhung der Betreuungsgutscheine wird es aber auch möglich sein, mehr Qualität zu verlangen. Im Moment gelten in der Stadt Luzern die VLG-Kriterien und diese legen ein Minimum fest. Es braucht auch minimale Anforderungen an die Trägerschaften. Manchmal ist es bei den Trägerschaften ganz schwierig, gerade wenn sie als Verein geführt sind. In diesem Zug würde man die Kriterien auch gleich überarbeiten und entschlacken, denn teilweise sind es zu viele Kriterien. Es gibt aber keinen Grund, zu einem anderen System zu wechseln. Dank der Einführung der Betreuungsgutscheine in den letzten Jahren stiegen die Familieneinkommen, die Betreuungsgutscheine beziehen, insgesamt um 5 bis 7 % an. Man kann also sagen, es ist eine Erfolgsgeschichte. Die Kitas drücken die Preise teilweise selber. Teilweise versuchen sie so über die Runden zu kommen, aber per se zu sagen, kleinere Kitas seien schlechter, gilt auch nicht. In einigen Fällen haben wir Probleme beim Management festgestellt, in andere zu tiefe Preise, schwache Trägerschaften – alle diese Fragen müssen angeschaut werden, um das System feiner einzustellen.

Thomas Gmür: Christian Hochstrasser sprach von zwei Aspekten, die es hier zu berücksichtigen gilt, nämlich vom sozialpolitischen und davon, dass man die Erwerbstätigkeit der Mütter und Väter gleichzeitig ermöglicht. Dieser zweite Punkt hat aber zur Folge, dass es einen dritten Aspekt gibt und das ist der fiskalpolitische. Die Einkommensgrenze für den Bezug von Betreuungsgutscheinen wurde derart hoch gelegt, dass eben auch hohe Einkommen entlastet werden, und das kann unter Umständen – das ist in der Antwort nicht erwähnt – zur Folge haben, dass am Schluss zu wenig Geld vorhanden ist, um wirklich die tiefen Einkommen zu entlasten. Und vielleicht müsste man sich hier die Frage stellen, wie weit man gehen möchte, um bei dieser sozialpolitisch wichtigen Frage auch einen finanzpolitischen Aspekt hineinzubringen. Der Sprechende findet, es ist wichtiger, hier den sozialpolitischen Aspekt zu berücksichtigen.

Theres Vinatzer: Damals war es ein bewusster Entscheid des Parlaments, nicht nur die Unterschicht, sondern auch die Mittelschicht zu entlasten. Das wurde dann so festgelegt. Es sind ja nicht hohe Einkommen, aber eben auch Mittelschichteinkommen, die auch profitieren können – aber natürlich abgestuft.

Damit ist die Interpellation 302 beantwortet.

**9. Postulat 311, Joseph Schärli und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016:
Verbesserung der ÖV-Anbindung Reussbühl**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 311.

**10. Interpellation 306, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. Januar 2016:
Was kostet das Parking Musegg den Steuerzahler bereits heute?**

Mario Stübi dankt dem Stadtrat. Unter dem Strich muss die SP/JUSO-Fraktion feststellen, dass der Stadtrat mit seinen öffentlichen Äusserungen zum Ausmass seiner Unterstützung der Parkhaus-Initianten bislang doch ein bisschen untertrieben hat. Die Fraktion bleibt dabei: Die Stadt Luzern braucht kein weiteres halbleeres Parkhaus, sondern Mobilitätslösungen mit Zukunft. Die SP/JUSO-Fraktion wird sich aber stark dafür engagieren, dass der Drive dieses Projekts am Ende nicht einfach ungenutzt verpufft, sondern in die Reduktion und Verdichtung des motorisierten Individualverkehrs und in die Attraktivierung des öffentlichen Raums umgeleitet wird.

Damit ist die Interpellation 306 beantwortet.

11. Postulat 304, Martina Akermann und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion sowie Albert Schwarzenbach vom 23. Dezember 2015: Luzern wird eine Fair Trade Town

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung, da es sich um eine Daueraufgabe handelt.

Martina Akermann: Die Postulanten sind mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden. Die Sprechende dankt für die Antwort, die zwar eher eine Ablehnung als eine teilweise Entgegennahme ist, denn die Forderung des Postulats, das Label „Fair Trade Town“ anzustreben, wird abgelehnt. Die SP/JUSO-Fraktion und die Mitunterzeichnenden erachteten das Label als grosse Chance für die Stadt Luzern. Zumindest für die SP/JUSO-Fraktion war in erster Linie wichtig, dass sich die Stadt Luzern klar zu sozialen und ökologischen Standards im öffentlichen Beschaffungswesen bekennt, damit eine Vorbildfunktion übernimmt und das auch gegenüber der Öffentlichkeit kundtut. Deshalb kann die SP/JUSO-Fraktion mit der teilweisen Überweisung leben, denn dieses Statement gab der Stadtrat jetzt mit der Antwort. Dass es für ihn eine Daueraufgabe ist, war auch ein Statement in der Antwort, und die Kolleginnen und Kollegen der Sprechenden werden ihn auch immer wieder daran erinnern.

Zum Schluss leider noch ein paar kritische Anmerkungen: Gern hätte die SP/JUSO-Fraktion in der Antwort mehr darüber erfahren, was die Stadt Luzern im Bereich Fair Trade effektiv macht, im Stil von „Tue Gutes und sprich darüber“. In der Antwort wird beispielsweise auf die Existenz diverser Empfehlungen zu nachhaltiger Beschaffung verwiesen, was die Stadt Luzern daraus für ihr Handeln ableitet, erfährt man aber nicht. Da wird die SP/JUSO-Fraktion zu gegebener Zeit nachhaken, denn die Thematik ist ihr zu wichtig, als dass sie sich mit dieser mageren Antwort zufrieden geben würde.

Enttäuschend an der Antwort war auch, wie der Stadtrat mit der Hauptforderung umging. Er erkundigte sich einerseits nicht bei den Kampagnenverantwortlichen von Fair Trade Town über die effektiven Auflagen, sondern reimte sich anhand der Webseite eine Antwort nach seinem Gusto zusammen. Auch brachte er in der Antwort nur das Beispiel der Stadt Winterthur, welche das Label abgelehnt hatte, und gleichzeitig verschwieg er aber, dass die Stadt Bern das Begehren annahm und jetzt auf dem Weg zum Label ist. Dem Stadtrat da eine unredliche Absicht zu unterstellen, wäre jetzt doch etwas gar verwegen, besonders auch weil dies das letzte Votum der Sprechenden ist.

Fabian Reinhard: Links-Grün will den Angestellten der Stadtverwaltung vorschreiben, welchen Kaffee sie zu trinken haben, nämlich Fair-Trade-Kaffee. Das ist wahrscheinlich gut gemeint, aber wie so oft ist gut gemeint eben das Gegenteil von gut gemacht. Warum?

1. Das Label ist wirkungslos. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die relativ ausführlichen Erläuterungen dazu, dass man im Coop und in der Migros Fair-Trade-Produkte kaufen kann, sie fragt sich aber ganz ehrlich, was das bringen soll: Ist irgendjemand schon einmal extra zum Einkaufen nach Glarus Nord gefahren? Glarus Nord und Zweisimmen sind bisher die einzigen Gemeinden, die das Label „Fair Trade Town“ eingeführt haben. Die FDP-Fraktion sagt, das ist wirkungslos.

2. Es kostet die Stadt Luzern direkt und auch indirekt Geld, und die FDP-Fraktion ist nicht bereit, Steuergelder für ein wirkungsloses Label auszugeben.

3. Fast am wichtigsten: Die FDP-Fraktion hält das Label für ordnungspolitisch problematisch. Wenn der Sprechende die Antwort des Stadtrates richtig verstanden hat, werden Geschäfte verpflichtet, gewisse Produkte anzubieten. Wenn man einem Geschäft vorschreibt, gewisse Produkte anzubieten, ist das ein Eingriff in die Gewerbefreiheit, und das ist ordnungspolitisch problematisch.

Das Label ist also wirkungslos, kostet Geld und es geht ordnungspolitisch nicht. Aus diesen Gründen kann die FDP-Fraktion nicht verstehen, warum der Stadtrat das Postulat – wenn auch nur teilweise – entgegennimmt. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion ist für die teilweise Überweisung des Postulats, allerdings eigentlich nicht für die sofortige Abschreibung. Der Sprechende findet es aber gut, wenn es im ordentlichen Haushalt als Aufgabe übernommen wird. Sehr viele Forderungen des Labels sind gut. Daneben gibt es aber auch ein paar ganz doofe Vorschläge, wie z. B. „Mr. oder Mrs. Fair Trade“. Jedenfalls gibt es sehr viel Gutes, das man locker nehmen kann. Persönlich findet der Sprechende die Antwort ein bisschen kleinlich; man spürt eher die Ablehnung als die Befürwortung. Aber da könnte man relativ schnell viel Gutes tun, wobei man eigentlich der Meinung ist, das würde in der Stadtverwaltung sowieso befolgt.

Albert Schwarzenbach: Das Bewusstsein für fairen, ökologischen und sozialen Handel ist in letzter Zeit sehr stark gewachsen, und zwar eigentlich auf allen Ebenen. Man sieht das bei Grossverteilern, wie hier aufgezeigt bei Coop, wo das schon seit 10, 20 Jahren ein wichtiges Anliegen ist. Man sieht es auch bei den erwähnten Gemeinden, die sich gezielt solchen Sachen verschrieben haben, und bis hinauf zur UNO, die entsprechende Programme auflegt – wer heute in einem Emerging Market investiert, dem zeigen Rahmenbedingungen auf, wie wichtig es ist. Die CVP-Fraktion steht hinter der grundsätzlichen Absicht des Stadtrates, solche Sachen ernst zu nehmen und aufzunehmen, deshalb wird sie auch im Sinn des Stadtrates das Postulat teilweise überweisen und ist einverstanden mit der Abschreibung.

Christian Hochstrasser: Die teilweise Entgegennahme bedeutet, dass man bei dem Label, das offenbar Fabian Reinhard's Stadtverständnis verletzt, nicht mitmacht, sondern versucht, dem Anliegen auf anderen Wegen Rechnung zu tragen. Zur von Fabian Reinhard angetönten Ordnungspolitik: Im Grundsatz lautet die Frage schon, wann man welche Produkte berücksichtigen muss und wann man wie ausschreibt. Es ist aber auf jeden Fall so, dass der Staat eine Verantwortung und einen gewissen Hebel hat, auch bei den Bedingungen für öffentliche Ausschreibungen. Und das ist eben genau das Korrektiv, das es braucht, wenn man öffentlich ausschreibt, wobei nicht allein der Preis massgebend sein soll, sondern gewisse Fair-Trade-Kriterien. Deshalb ist die teilweise Überweisung auch mit den ordnungspolitischen Überlegungen, die Fabian Reinhard ausgeführt hat, kompatibel.

Marcel Lingg: Auch die SVP-Fraktion kann mehr oder weniger mit dem Vorgehen des Stadtrates leben. Sie wäre natürlich die erste Fraktion gewesen, die aufgestanden wäre und Radau gemacht hätte, wenn es darum gegangen wäre, in der Stadt Luzern irgendein Label zu initiieren. Gemäss der Antwort des Stadtrates steht das Label nicht mehr zur Diskussion; mit einer

teilweisen Überweisung ist das also definitiv vom Tisch. Es ist offen, wie die SVP-Fraktion stimmen wird, vor allem auch im Hinblick auf die Abschreibung. Wichtig ist einfach, dass nicht wieder zusätzliche Massnahmen ergriffen werden. Bei der SVP-Fraktion gibt es ganz leichte Sympathien für das Anliegen. Ein aktuelles Beispiel, das vielleicht nur indirekt mit dem Postulat zu tun hat: Am Luzerner Stadtfest letztes Wochenende kauften sich externe Betreiber von Verkaufsständen zu weiss nicht wie teuren Konditionen ein, und die lokalen Anbieter blieben wieder auf der Strecke – das ist in einem gewissen Sinn eben auch nicht Fair Trade. Wie gesagt, es steht der Fraktion offen, ob sie das Postulat komplett ablehnt oder aber im Sinn des Stadtrates teilweise überweist und anschliessend sicher abschreibt – denn die SVP-Fraktion will das als normale Daueraufgabe und nicht, dass der Stadtrat irgendwelche personellen und finanziellen Ressourcen in Umlauf bringt. Über den Wert eines Labels kann man natürlich lange diskutieren.

Fabian Reinhards ordnungspolitische Bedenken beziehen sich nicht nur auf das Beschaffungswesen, sondern ganz direkt auch auf die hier festgehaltenen Bedingungen. Laut der Antwort des Stadtrates sind die lokalen Detailhandelsgeschäfte verpflichtet, mindestens fünf Fair-Trade-Produkte zu führen, was sie grösstenteils wahrscheinlich schon machen, sodass das kein Problem wäre. Unten steht aber, dass die Unternehmen auf Fair-Trade-Produkte setzen. Da fragt sich der Sprechende ganz konkret, ob er bei sich im IT-Unternehmen dann auch nur noch Fair-Trade-Kaffee ausschenken darf.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann stellt fest, dass niemand an der vollständigen Überweisung festhält. Die teilweise Überweisung und der Ablehnungsantrag werden einander gegenübergestellt.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 304 teilweise und schreibt es gleichzeitig ab.

– **Verabschiedung von Ratsmitgliedern und von Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst**

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Verabschiedung von zehn Ratsmitgliedern sowie von Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst hat ihre Schatten heute z. T. schon ein bisschen vorausgeworfen. Der Sprechenden kam es manchmal vor, als wäre der Grosse Stadtrat eine Fussballmannschaft, in der gewisse Spieler sich fühlen wie in der 88. Minute, wo es manchmal heisst: Alles nach vorne und jetzt noch einen draufgeben! Die Verabschiedung beginnt beim amtsjüngsten Mitglied.

Ernst Brunner wurde am 28. Januar 2016 vereidigt und war seither Mitglied der Bildungskommission sowie Stimmzähler für das Amtsjahr 2015/2016. Er verbrachte eine kurze Zeit im Rat, dafür wurde er heute gleich noch ein bisschen gefordert als Stimmzähler.

Esther Burri wurde am 14. November 2013 vereidigt und erfüllte ihr Amt als Stimmzählerin 2015/2016 sehr zuverlässig. Sie reichte mehrere Vorstösse ein, wovon zwei noch nicht beantwortet sind.

Martina Akermann wurde am 6. September 2012 vereidigt und war seither Mitglied der Bildungskommission. Sie war recht aktiv, was Vorstösse anging – der letzte konnte heute noch bereinigt werden. Ihre Vorstossthemen waren breit gefächert und gingen von Kultur über Tourismus und hindernisfreien Zugang für Menschen mit Behinderungen bis zu genereller Generationenthematik.

Max Bühler wurde ebenfalls am 6. September 2012 vereidigt und war ab dann bis heute Mitglied der Sozialkommission. Er reichte 28 Vorstösse ein, natürlich zu Themen im Sozialbereich, gerade auch zu verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit der Auslagerung HAS, aber auch zu Tourismus – und bei ein paar Vorstössen spürte man seine Jugend und Urbanität heraus.

Auch Reto Derungs trat am 6. September 2012 in den Rat ein und war seither Mitglied der Bildungskommission. Er stieg recht aktiv ein mit Vorstössen, später wurde es dann ein bisschen ruhiger.

Ali R. Celik wurde am 1. September 2011 vereidigt und war vom 6. September 2012 bis heute Mitglied der Sozialkommission sowie während eines Jahres in der Baukommission. Er war sehr aktiv und engagiert: Er reichte 50 Vorstösse ein, vor allem zu sozialen Themen wie z. B. Migration, aber auch zu Verkehrsthemen. Er tritt auf den 1. September 2016 zurück, weil er in den Kantonsrat gewählt wurde. Die Sprechende hofft, dass er an die Anliegen der Stadt Luzern denkt, und wünscht ihm viel Erfolg.

René Meier wurde am 16. Dezember 2010 vereidigt und war vom 1. Januar 2011 bis heute in der Bildungskommission. Er befasste sich vor allem mit Schul- und Bildungsthemen und reichte in diesem Bereich verschiedene Vorstösse ein. Er vertrat auch Littauer Anliegen und setzte sich für eine starke Stadtregion Luzern ein.

Für **René Meier** ist die Littauer Geschichte längst abgeschlossen; er fühlt sich als Stadtluzerner. Er nutzt die Gelegenheit, Werbung für die Bildungskommission zu machen: Soll die digitale Revolution gut überstanden werden, muss der Rohstoff Bildung gepflegt werden. Der Sprechende hofft, dass die Fraktionen gute, interessierte und motivierte Leute in die Bildungskommission delegieren.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann:

Theres Vinatzer wurde am 7. Januar 2010 vereidigt, war vorher aber schon seit 2004 im Einwohnerrat Littau. Vom 7. Januar 2010 bis 31. August 2012 war sie Mitglied der Sozialkommission, amtierte anschliessend als Ratspräsidentin und wurde nachher Präsidentin der Sozialkommission (bis heute). Sie war sehr aktiv und engagiert, vor allem in den für sie wichtigen Themen Pflege und Kinderbetreuung sowie auch für Littauer Anliegen.

Thomas Gmür trat am 1. September 2000 in den Rat ein und startete gleich als Stimmenzähler. Vom September 2001 bis August 2012 war er Mitglied der GPK. Er war zudem Mitglied diverser Spezialkommissionen (Strukturelle Entlastung KKL / Seeclub-Gebäude (inkl. Ausschuss), Liegenschaftenpolitik, Fusion Littau-Luzern). Von 2011 bis 2013 war er Fraktionschef der CVP sowie 2013/2014 Ratspräsident. In Bezug auf Vorstösse beschäftigte er die Verwaltung nicht übermässig, jedoch forderte er bereits 2005 mit einer Motion eine neue Rechtsform für die Betagtenzentren.

Auch Markus Mächler trat am 1. September 2000 ein und war von da an bis heute Mitglied der Baukommission. Ab 2003 war er zudem Mitglied der Verkehrskommission und ab 2005 deren Präsident. Er war Mitglied der Spezialkommissionen Liegenschaftenpolitik (inkl. Präsidium) und Strukturelle Entlastung KKL / Seeclub-Gebäude. Von September 2002 bis Mai 2011 war er Fraktionschef der CVP und damit auch Mitglied der Geschäftsleitung. Er reichte 69 Vorstösse ein zu den Themen Verkehr, Parkplätze und Sportinfrastrukturen. Viele seiner Anregungen sind längst umgesetzt (z. B. Erschliessung Ober-/Unterlöchli – Linie 7, Hallenbad, Sanierung Nadelwehr), aber nicht alle (z. B. Saalsporthalle, Mehrzweckhalle Allmend).

Die Sprechende dankt allen ganz herzlich für ihren Einsatz und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft.

[Die Anwesenden schliessen sich dem Dank und den Wünschen für die verabschiedeten Personen mit einem kräftigen Applaus an.]

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst war seit 2001 Stadträtin von Luzern. Bis 2012 war sie Vorsteherin der Sicherheitsdirektion, die nachher im Zuge einer Neuorganisation zur Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit wurde. In ihre Zeit als Sicherheits- bzw. UVS-Direktorin fielen die Einführung des Sicherheitsmanagers, die Fusion der Feuerwehren Littau-Luzern, die Fusion der Stadtpolizei und der Kantonspolizei sowie auch die Einführung von SIP. 2012 wurde sie dann Bildungs- und Kulturdirektorin, und nach diesem Wechsel wurde es – bedingt durch die neue Direktion – etwas ruhiger um sie. Sie war immer sehr pragmatisch und kämpfte für ihre Projekte, indem sie den Betroffenen und den Einwohnerinnen und Einwohnern den Puls fühlte, sie informierte und auch überzeugte – so ganz am Schluss auch bei der Halle Modulare. Im Namen des Grossen Stadtrates und der Stadt Luzern dankt die Sprechende Ursula Stämmer-Horst herzlich für ihre langjährige grosse, engagierte Arbeit und wünscht ihr alles Gute sowie Musse zum Lesen und für alles, worauf sie Lust hat.

[Die Anwesenden schliessen sich dem Dank und den Wünschen für Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst mit einem kräftigen Applaus an.]

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst bedankt sich und möchte zwei Wörter sagen: Vertrauen und Zuversicht. Die Sprechende bat den Rat heute Morgen, Sorge zur Schule zu tragen und ergänzt diese Bitte: Auch zu den Menschen, zur Kultur, zu den Finanzen, zum Boden und zu sich selbst gilt es Sorge zu tragen. Seit dem Jahr 2000 besteht eine Balance im Parlament, was eine grosse Herausforderung bedeutet. Vielleicht wäre es da manchmal gut, ein Time-out zu machen und noch einmal miteinander zu reden, um zu schauen, was die richtige Lösung ist. Die Sprechende hat es immer sehr genossen im Rat und dankt vielmals für die Zusammenarbeit – egal bei welchen Themen. Sie hat es sehr geschätzt, dass man sich über Sachthemen auseinandersetzen und nachher wieder beisammen sitzen konnte. Die Sprechende dankt Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann ganz herzlich und gratuliert ihr zu diesem ausgezeichneten Präsidialjahr.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann möchte sich als Sitzungsleiterin verabschieden. Sie dankt dem Parlament, dem Stadtrat und auch der Stadtkanzlei für die gute Zusammenarbeit. Es war ein schönes Jahr, die Sprechende hat es genossen. Es war ihr eine Freude, die Stadt Luzern zu repräsentieren und viele spannende Leute kennenzulernen. Die Ratsmitglieder sind gebeten, ihre Badges bei Brigitte Gisler abzugeben. Es besteht die Möglichkeit, ein aktuelles Foto für den neuen Badge einzureichen. Die Sprechende erklärt die Sitzung für geschlossen und wünscht allen einen guten Sommer.

Im Anschluss an die Sitzung findet der Ratsausflug statt.

Schluss der Sitzung: 16.35 Uhr

Luzern, 1. September 2016

Die Protokollführerin:



Isabelle Ryf

Eingesehen von:



Toni Göpfert, Stadtschreiber



Daniel Egli, Stadtschreiber-Stv.